

Ins All geflogen, auf dem Boden geblieben

Am 26. August jährte sich das 40. Jubiläum von Dr. Sigmund Jähns erfolgreichem Flug zur Weltraumstation Saljut 6. Während er in der DDR als erster Deutscher im All gefeiert und mit Orden überhäuft wurde, verspotteten ihn die Westmedien gehässig als „Mitsesser auf der Russenrakete“. Solche Gemeinheiten im Kalten Krieg dürften den heute 81jährigen kalt lassen. Seine wissenschaftliche Arbeit am Zentralinstitut für Physik der Erde steht für sich. Nach 1990 hat er sich darüber hinaus bei der Ausbildung von Raumfahrern und als Berater der Europäischen und der Russischen Weltraumbehörde bleibende Verdienste erworben.



Wenn man Interviews von Sigmund Jähn liest, fällt auf, wie sehr er bis heute für eine ethisch reflektierte Tradition der Raumforschung steht. Kaum ein Gespräch, in dem er den Titel „erster Deutscher im Weltraum“ nicht auf den gemeinsamen Erfolg der kollektiven Arbeit der russischen, polnischen, ungarischen und tschechischen Kollegen verweist. Erst jüngst sprach Jähn davon, dass die Raumfahrt einen verstehen lasse, „dass die Dummheiten oder Verbrechen, die wir mit dieser kleinen Erde betreiben, nicht endlos bestraft bleiben.“ Sein Freund Ulf Merbold, der fünf Jahre nach ihm für die Bundesrepublik ins All flog, ergänzt, dass wer „in 90 Minuten den Erdball umrundet [...] von dort oben keine Grenzen mehr sieht.“

Das sind Gegenbilder zu den skrupellosen deutschen Raumfahrt-pionieren wie Wernher von Braun, nach dem noch heute manche Straße in der Bundesrepublik benannt ist. Während seine Raketentechnik bei deren Produktion tausende ZwangsarbeiterInnen zu Tode geschunden wurden, und die noch im letzten Kriegsjahr Städte in Belgien, Frankreich und England verwüstete sowie zahllose Zivilisten tötete, sind Jähn und Merbold durch den Blick aus dem All für das gemeinsame Schicksal der Menschheit noch sensibler geworden. An ihre humanistische Botschaft lohnt heute mehr denn je zu erinnern.

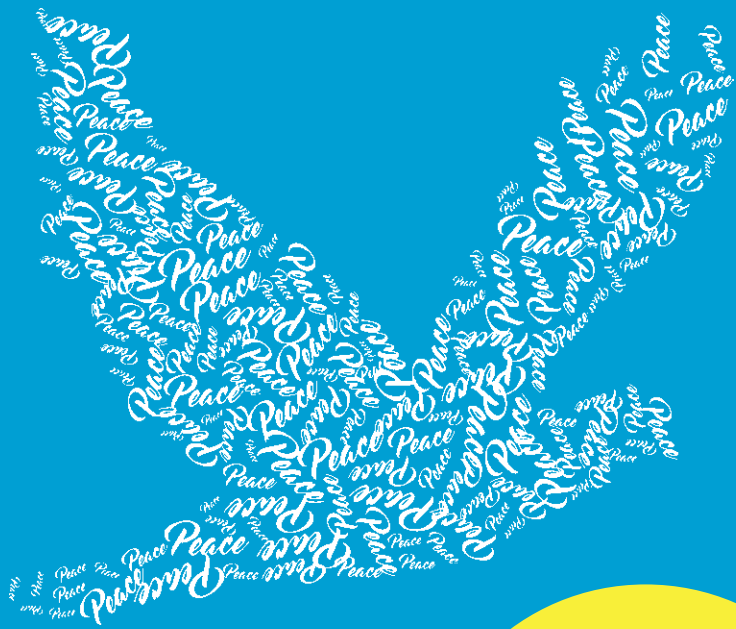
Für wissenschaftliche Zwecke wird die bemannte Raumfahrt vermutlich zunehmend obsolet. Stattdessen treiben Milliardäre wie Elon Musk die kommerzialisierte touristische

Erschließung des Alls für Multimillionäre mit immensen finanziellen und ökologischen Kosten voran. Eigentlicher Treiber der Entwicklung von Raumfahrttechnik bleibt leider wie im Kalten Krieg das Militär. Das gilt für die USA, in der Donald Trump jüngst für die Aufstellung einer „Weltraumarmee“ als eigenständiger sechster Arm des US-Militärs plädierte. Es gilt aber auch für die Raumfahrtprojekte von China, Indien, Russland und mit einigen Einschränkungen auch für die EU, wo militärische Überlegungen in der Regel weniger offen kommuniziert werden.

Wer Sigmund Jähn, dem der Rummel um seine Person und die ihm zugeordneten Phrasen immer erkennbar unangenehm waren, ehren will, der sollte an einer ernsthaften Demilitarisierung der Raumfahrt arbeiten. Dies beinhaltet die Weiterentwicklung des UN-Weltraumvertrags und des PAROS-Abkommens zur Verhinderung des Wettrüstens im All. Ihr Ziel ist die ausschließlich friedliche Nutzung des Alls zugunsten der gesamten Menschheit.

• Katja Kipping

Dieser Beitrag erschien zuerst in „Raumfahrt Concret“, Heft 102, Juli 2018. Foto: Standardizer / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0



Links!

im Digitalabo. Jede
Ausgabe schon drei Tage
früher im Mailpostfach!

Mit Sonder-
beilage
„Griechenland-
Info“

Jetzt kostenlos bestellen:
www.links-sachsen.de/abonnieren,
aboservice@links-sachsen.de
oder 0351/84 38 9773.

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt
September 2018

ISSN 2193 682X



9 772193 682004

Sie wären ein Thema für sich: die seit 1989 vernichteten und umgewandelten Gedenkstätten in Sachsen. Wer heute die Dresdner Neustadt besucht und auf der Alaunstraße an der „Scheune“ vorbeiläuft, wird bei diesem Kulturtempel kaum wissen, dass es sich erstens um den ehemaligen FDJ-Jugendklub Martin Andersen Nexö handelt und dass es zweitens auf dem Weißen Hirsch bis zur „Wende“ eine Martin Andersen Nexö-Gedenkstätte gab. Der dänische Schriftsteller lebte in Dresden – woran man seit 1990 nicht mehr erinnert. Ein anderer Schriftsteller, Bruno Apitz, dessen Meisterwerk „Nackt unter Wölfen“ unlängst neu verfilmt wurde, gibt es dank dieser Medienproduktion wieder beim Aufbau-Verlag. Sogar als E-Book. Was die wenigstens wissen: Bevor Bruno Apitz ins KZ Buchenwald kam, war er im KZ Sachsenburg inhaftiert. Dieses KZ hat wenig mit einem klassischen KZ zu tun – es befand sich auf einem ungenutzten Textilfabrikgelände bei Frankenberg im Zschopautal, etwa zehn Kilometer von Chemnitz entfernt. Auch dort hatte es schon eine Gedenkstätte gegeben. Aber die ursprüngliche Ausstellung ist weg. Es wird nicht mehr daran erinnert. Dafür gibt es eine neu gestaltete aus dem Jahr 1998 zu sehen. Heute bemühen sich junge Leute um den Erhalt der Anlage und um die Einrichtung einer neuen Gedenkstätte. Besonders aktiv ist Anna Schüller, eine junge Gymnasiallehrerin für Kunst und Geschichte aus Chemnitz.

Sie beschäftigen sich bereits seit 2009 mit dem KZ Sachsenburg. Wie kam es dazu?

Wir haben uns als Freundeskreis mit Tatornten des Nationalsozialismus in Chemnitz beschäftigt. Dabei sind wir über den Kontakt mit dem VVN BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten – Anm. d. Red.) auf den Ort Sachsenburg aufmerksam geworden. Das hat uns dann so interessiert, dass wir uns näher mit der Geschichte des KZ beschäftigen haben.

Sie hatten Kontakt mit hier Inhaftierten?

Karl Stenzel kam Jahrzehnte nach seiner Inhaftierung nach Sachsenburg. Das war für uns der Anlass, mit ihm und über ihn ein Filmprojekt zu machen. Seitdem lässt mich das Thema nicht mehr los. Wir haben 2011 und 2012 Workshop-Wochen gemacht, Führungen, Projektstage und kleinere Veranstaltungen. Dabei habe ich festgestellt, dass noch sehr vieles unerforscht ist. Für die pädagogische Wissensvermittlung aber ist es einfach notwendig, mehr Kenntnisse zu haben, und so habe ich damit begonnen, zu dem Ort zu forschen.

Seither sind Sie kontinuierlich bei der Beschäftigung mit dem Thema geblieben.

Zunächst hatten wir den Fokus mehr auf die pädagogischen Angebote gerichtet. Politik hat uns da weniger interessiert. Dass eine Gedenkstätte entstehen könnte, war für uns nicht so bedeutsam. Wir wollten uns einfach mit dem Ort beschäftigen und andere da „mitnehmen“. Erst im Laufe der Jahre ist uns bewusst geworden, wie wichtig eine Gedenkstätte ist, schon wegen der Infrastruktur: Es

Gedenkstätte KZ Sachsenburg – dritter Anlauf

Ralf Richter sprach mit Anna Schüller, die seit langem für ein würdevolles Gedenken kämpft



gibt keine Toilette, kein Wasser, keinen Strom. Außerdem ist es natürlich darüber hinaus wichtig, für die Umsetzung pädagogischer Angebote auch Tafeln oder Bilder zeigen zu können. So sind wir allmählich zu der Überzeugung gelangt, dass wir eine Gedenkstätte brauchen, und jetzt wollen wir uns auch dafür einsetzen, dass hier eine entsteht.

Wie knüpfen Sie an die Erinnerungskultur der DDR an?

Wir haben in den Archiven die Gästebücher gefunden, die es für die zugehörige Gedenkstätte im Betrieb gab, und haben uns darüber der Form des damaligen Gedenkens angenähert. Allerdings ist das noch ein sehr offener Prozess, da bin ich noch nicht so tief vorgedrungen. Aber in der Begegnung mit den Sachsenburgern haben wir schon einiges erfahren, denn die Menschen hier wissen, dass es hier bereits eine Gedenkstätte gegeben hat. Eine „materielle Verbindung“ aber gibt es zwischen dem neuen von uns geschaffenen Gedenkstein im Steinbruch und der alten DDR-Gedenkstätte mit dem Skulpturenmonument: Beides besteht aus Rochlitzer Porphyr!

Die heutige Gedenkskulptur mit der Figurengruppe war aber nicht das erste Gedenkmonument hier.

Schon 1957 bei der Einweihung gab es einen ersten kleineren Gedenkstein, der 1968 ersetzt wurde. Zudem gab es die Initiative eines Sachsenburger Lehrers, der sich dafür eingesetzt hat, dass es Gedenkräume gibt, wo man Besucher empfangen und die Geschichte darstellen und daran erinnern kann. Der Lehrer hieß Gottfried Weber und es war 1974,

als die erste Gedenkstätte im Fabrikgebäude entstand. Sie bestand bis 1990, als die Fabrik geschlossen wurde. Sie war ja ein Teil davon. Teile der Ausstellung sind allerdings „verschwunden“.

Später gab dann noch eine Ausstellung hoch oben im Schloss Sachsenburg über dem Zschopautal und der Fabrik, in der das KZ sich befand. Was wissen Sie zu dieser?

Anfang der 90er gab es in der Presse lebhaft Auseinandersetzungen zur Frage, ob es sich in Sachsenburg überhaupt um ein KZ handelte oder ob es „nur“ ein Arbeitslager gewesen sei. Im Ergebnis des Disputes gründete sich 1992 ein Interessenverband, der dann diese neue Ausstellung initiierte, die 1997 eröffnet wurde. Zuvor trat die Interessengemeinschaft an die Gruppen der ehemaligen Häftlinge heran und fragte, ob sie nicht zur Ausstellung etwas beitragen wollten. Zunächst wurde die Ausstellung im Schloss gezeigt, bis dieses baupolizeilich gesperrt wurde. Anschließend wurde sie verwahrt und dann ermöglichte der Eigentümer Marcel Hett, dem ein Teil des ehemaligen KZ Geländes gehört, die Präsentation in den Garagenräumen – wo sie sich noch heute befindet.

Wer waren die Gefangenen?

Es waren zum größten Teil politische Gefangene, auch Zeugen Jehovas, Pfarrer der Bekennenden Kirche und einfach politisch engagierte Menschen, die keiner Partei zuzuordnen sind. Sie kamen zum großen Teil aus Chemnitz und Umgebung, aber auch aus Leipzig, Dres-

den ... Gegen Ende der Zeit, also 1937 kommt eine ganz große Gruppe aus Nordrhein-Westfalen, von sogenannten kriminellen Häftlingen, das ist eine weitere Gruppe, die bisher völlig unterschlagen wurde. Die Kommunisten bildeten die größte Gruppe der politischen Gefangenen neben Sozialdemokraten und Gewerkschaftern. Einer der später namhaftesten war der Kommunist und Autor von „Nackt unter Wölfen“, Bruno Apitz.

Wie viele „frühe Lager“ gab es in Sachsen?

Nach meinem bisherigen Stand gab es 25 – aber die Gruppe um den Zschopauer Heimatforscher Hans Brenner hat 110 Haftstätten in Sachsen recherchiert. Die Forschung geht da weiter. Es sind ja oft Turnhallen gewesen, Schlösser, Arbeitersportheime wurden beschlagnahmt, um Menschen inhaftieren zu können. In Sachsenburg aber war es eine leerstehende Fabrik.

Hatte Sachsen einen besonders hohen Anteil an frühen KZ im Deutschen Reich?

Ja, denn ein Viertel sämtlicher Lager entstand in Sachsen. Die Insassen waren nicht nur Deutsche. Zum Beispiel gab es in Sachsenburg tschechische Häftlinge und auch mindestens einen Italiener.

Sie haben eine Gedenkstättenkonzeption erarbeitet. Wie soll es nun weiter gehen?

Der Stadtrat hat es nun beschlossen, nachdem die Gremien der Stiftung Sächsische Gedenkstätten das Konzept empfohlen haben. Jetzt werden Bundesmittel beantragt und aus dem sächsischen Haushalt sollen ebenfalls Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das ist sehr wichtig – denn nur wenn Landesmittel zur Verfügung gestellt werden, können auch Bundesmittel genehmigt werden. Sobald die Bundesmittel da sind, könnten die Sanierung der Gebäude und der Aufbau einer Ausstellung beginnen.

Was heißt das konkret?

Das Konzept eröffnet verschiedene Varianten und der Stadtrat hat sich für die Variante entschieden, die Ausstellung in die Zellengebäude und das benachbarte Gebäude hinein zu bringen und die Kommandantenvilla (Foto) und das Fabrikgebäude erst einmal außen vor zu lassen. Im Rahmen des Forschungsprojektes habe ich einen Beschluss des Stadtrates von 2015 entdeckt, die Kommandantenvilla abzureißen, obwohl sie unter Denkmalschutz steht. Sie zu erhalten wäre natürlich im historischen Interesse äußerst wichtig. Zwar verstehe ich den Stadtrat, der an seine begrenzten Mittel denkt, aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Egal ob über neue Möglichkeiten der Crowdfunding oder Spenden – selbst wenn die Mittel aktuell nicht zur Verfügung stehen, wäre ein Abriss bis auf die Grundmauern eine nicht wieder gut zu machende Vernichtung historischen Erbes.

Haben Sie einen Wunsch an unsere Leserinnen und Leser?

Bitte prüfen Sie in der Familiengeschichte, ob möglicherweise ein Familienmitglied in Sachsenburg als Häftling oder Wachmann war. Wir sind für alle Informationen und Materialien sehr dankbar!

#wirsindmehr

Ich war am Nachmittag des 2. September in Chemnitz, die evangelische Kirche hatte zu einer Kundgebung aufgerufen. Zu den Rednerinnen zählten der Ministerpräsident, die Oberbürgermeisterin und verschiedene Kirchenvertreter. Die Chemnitzer Oberbürgermeisterin wies darauf hin, dass sowohl das Tötungsverbrechen, aber auch dessen Instrumentalisierung inakzeptabel seien. Sie sagte auch: Wenn jemand bei der rechten Demo mitgelaufen sei und nun sage, er sei kein Nazi, dann sei das so. Und einmal da mitzulaufen sei nicht schlimm. Aber nach den jetzigen Erkenntnissen, dass es auf diesem Demozug Hassparolen und den Hitlergruß gab, müsse man als mündiger Bürger wissen, dass man Nazis und rechten Hetzern nicht hinterherläuft. Es dürfe sich nicht wiederholen.

Der Evangelische Landesbischof Carsten Rentzing machte unter anderem deutlich, dass es Mut braucht, um Liebe zu geben, wenn einem Hass entgegenschlägt. Und er sagte, dass die Freiheit das Geheimnis des Glücks sei und das Geheimnis der Freiheit sei der Mut. Mich persönlich am meisten bewegt haben die Worte des katholischen Probst der Pfarrei „Heilige Mutter Therese“ Clemens Rehor. Er begann seine kurze Rede mit einem Verweis auf eine kürzlich in einer Chemnitzer Schule stattgefundenen Veranstaltung mit einer Überlebenden des Holocaust. Dieser habe Bezug auf die Ereignisse in Chemnitz genommen

und den Schülerinnen und Schülern erklärt, dass es so auch damals angefangen habe.

Eine war eine tolle Veranstaltung, die sich klar gegen Fremdenfeindlichkeit und Hass positionierte und gleichzeitig deutlich machte, wie wichtig es ist, im Gespräch zu bleiben. In diesem Sinne wünsche ich mir von den Kirchen in unserem Land, dass sie immer deutlich Position gegen jede Art von Ausgrenzung, Herabwürdigung und Fremdenfeindlichkeit beziehen und gleichzeitig den Raum für die nötigen Dialoge schaffen.

Am Montag danach fand dann ein tolles Konzert mit verschiedenen Bands statt, die allesamt kostenlos auftraten.

Das Konzert und die Mobilisierung dazu liefen unter dem Motto „#wirsindmehr“ und im Netz gab es verschiedene Meinungen, ob dieses Motto nun besonders politisch sei oder nicht. Ich finde es großartig, insbesondere wenn ich dabei berücksichtige, wer sich alles dahinter versammelte. Da fuhr nämlich nicht nur Fans der Band aus der Punk- und Linksszene zum Konzert. Mit dabei waren ebenso Mitglieder der katholischen Jugend oder der Liberalen/Jungen Liberalen und viele andere. Der Hashtag vereinte deutschlandweit Menschen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und jede Form von Hass engagieren. Da gab es parallel Demos in anderen Städten, beispielsweise Hamburg, Stuttgart usw., BAP nahm ihn mit auf die Büh-

ne und in ihr Konzert am Wochenende auf, die Bistümer Munster und Essen nahmen den Hashtag in ihr Titelbild auf Facebook. Wann hat es in den ganzen Jahren jemals eine so breite Solidarisierung mit den Demokratinnen und Demokraten in unserem Land, die sich in großen und noch viel mehr kleinen alltäglichen Projekten gegen Fremdenfeindlichkeit und jede Form von Ausgrenzung und Hass engagieren, gegeben? Allein dass dies unter dem Hashtag #wirsindmehr möglich und Realität wurde, ist eine politische Botschaft, die durch fast 70.000 Konzertbesucher und weitere rund 80.000 Zuschauer im Livestream noch unterstrichen wurde.

Dieses Gefühl, in diesem Kampf gerade hier im Osten, hier in Sachsen nicht alleine zu sein, war wichtig und gibt Kraft. Nehmen wir dieses großartige Gefühl mit in den Alltag und pflegen wir die sich in den letzten Tagen neu gebildeten Bündnisse gegen Rechts. Jede friedliche Form des Widerstands ist wichtig und richtig. Wenn es uns gelingt, die vielfältigen Ansätze, Ideen und Fähigkeiten der einzelnen Akteure zu bündeln und zu einem großen bunten Mosaik zusammenzuführen, können wir unsere Gesellschaft zu einem friedlichen und freiheitlich-demokratischen Miteinander verändern, in der jeder und jede seinen und ihren Platz hat und findet.

• Simone Hock



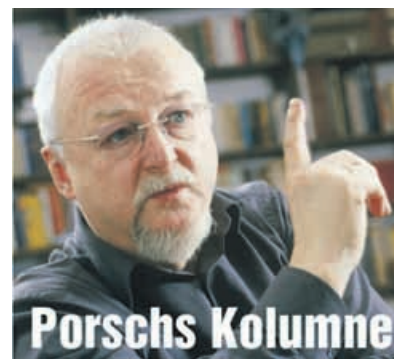
Wem gehört Afrika?

In dem Roman, den ich gerade lese (Juli Zeh, Unterleuten, Luchterhand, 2016), wird über eine Versammlung in einem brandenburgischen Dorf, mitten in einem Vogelschutzgebiet gelegen, erzählt. Der geschneigte Agent einer Windradfirma versucht mit einer ausgefeilten Präsentation die Dorfbewohner davon zu überzeugen, auf ihren Grundstücken Windräder aufstellen zu lassen, zum Vorteil ökologischer Energieproduktion, die die Landesregierung ja fördern will, und zum eigenen Vorteil durch den Erlös des notwendigen Landverkaufs. Die Firma, die die Windräder produziert und aufstellt, würde alles dafür tun. Es geht nun zu wie überall. Manche träumen von schnell und leicht erreichtem Wohlstand. Andere fürchten um den langfristigen Nutzen aus ihrem Land. Einige ängstigen mögliche Folgen wie Geräuschbelästigung und Schlagschatten. Die Vogelschützer sprechen von den seltenen Vögeln der Region, die gefährdet wären. Die Region würde ihre touristische Attraktivität für das nahe Berlin verlieren. Eine erst kürzlich aus Berlin zugezogene Frau beschwört Interessengegensätze zwischen Stadt und Land: „So etwas wird in Städten beschlossen und auf dem

Land gebaut.“ (S. 127) Sie appelliert an einheimische Solidarität.

Ich lese nicht nur Romane. Ich lese auch Zeitung. Da erfahre ich in meinem Leibblatt „Neues Deutschland“ am 7. August, dass im ostafrikanischen Uganda reiche Ölvorkommen entdeckt wurden und sich vor allem ein französischer und ein britischer Ölkonzern mit ugandischer Hilfe um die Ausbeutung bemühen. Geplant sind zudem eine Raffinerie und eine Pipeline. Da gibt es viel zu verdienen. Es gibt aber auch Kleinbauern, die seit Generationen von der Bestellung des nun so begehrten Landes leben. Sie sollen völlig unzureichend für ihr Land entschädigt werden. Dagegen wehren sie sich. Das Land ist nebst ihrer Lebensgrundlage „Träger ihrer Geschichte, ihrer Identität und ihres Wissens.“ (ebenda). Sie wehren sich, scheinen aber wohl auf verlorenem Posten zu stehen. Die Konzerne versuchen die Solidarität der Betroffenen durch unterschiedliche Angebote zu zerstören. Auch Gewalt und illegale Landbesetzung sind im Spiel. Die betroffenen Menschen freilich kämpfen tapfer weiter. Die Chancen zum Sieg sind jedoch ungleich verteilt.

Ich lese nicht nur, sondern ich schaue mir manchmal Ausstellungen an. Da gab es diesen Sommer eine außerordentlich interessante; interessant wegen des Ortes, wegen der Objekte und der Art ihres Zeigens und wegen einiger Inhalte-, die sehr nachdenk-



lich machten. Der Ort war Baden bei Wien. Ein Ort, der sich „der kaiserliche“ nennt – mit Recht, denn das war einst das „Naherholungszentrum“ des Kaisers, der Adeligen und Reichen von Wien. Der Reichtum glänzt einem auch heute noch aus fast allen Häusern und Parks entgegen. Die ausgestellten Objekte waren 2.000 Fotografien aus Afrika, großflächig angebracht an den Hauswänden der Stadt. Gezeigt wurden Landschaften und Tiere des Kontinents, Menschen, ihre Wohnungen und ihre Arbeitsplätze. Meine besondere

Aufmerksamkeit erregten zwei Bilder einer dunklen Landschaft, mit kleinen Feuern und öligen Pfützen. Der Kommentar zu den Bildern belehrte mich, dass es sich um die Bilder „einer illegalen Raffinerie, die in ihrer Umgebung die gesamte Pflanzenwelt vernichtet hat“ handelt. „Der Schmuggel mit dem schwarzen Gold bedeutet nicht nur einen Verlust für die Erdölgesellschaften ...“

Moment mal: „Verlust für die Erdölgesellschaften“? Ja wer erlitt denn zuerst den existenzvernichtenden Verlust? Wem gehörte denn dieses Afrika? Hat sich hier nicht Unrecht in Recht verkehrt? Und was machen die raffinierten Illegalen, wenn man ihre Anlagen zerstört? Werden sie nicht versuchen, sich das, was sie sich jetzt in Afrika als Entschädigung für den Landraub der Konzerne erschleichen, in den Heimatländern dieser Konzerne zu holen, wo die Profite landen und sich in übrigen höchst ungleich verteilten Wohlstand verwandeln.

Es wird eben in Europa entschieden, aber in Afrika Beute gemacht; mit Betrug, Gewalt, Bestechung. Egoismus, Rassismus und Entsolidarisierung in Europa sind Kollaborateure. Sie kriminalisieren und weisen jene ab, die sich durch Widerstand und Flucht verweigern.

Immer wieder wächst das Gras

Uwe Schaarschmidt zur Premiere des Gundermann-Films bei den Filmnächten am Elbufer

Irgendwann im Herbst 1994, hinter der Bühne des Studentenclubs Bärenzwinger in Dresden. Wir stehen vor Gundermann, nach dem Konzert. Schwitzend kaut der schlaksige Liedermacher an einer Körnersemmel und hört sich an, was wir wollen: Ihn, als Musiker, im nächsten Frühjahr, für die Jugendweiche des Roten Baums. Schließlich nickt er. „Mach ich. Klärt die Termine mit meiner Ollen. Kleene Gigs macht alle meine Olle.“

Hat sie auch wirklich gemacht, die Olle. Und Gundi die kleinen Gigs, zwei Lenze lang, zu unserer großen Freude und bisweilen zum Schreck einiger Großmütter im Publikum. Denn Gundermann spielte nicht nur Gitarre und sang dazu mit seiner spröden Stimme – er erzählte zwischen den Liedern auch Sprödes aus seinem Leben.

Dass Gundermann so schnell gehen würde, hatte keiner gedacht. Und so standen wir – fassungslos und tief traurig – in einer Reihe mit Hunderten anderen traurigen Gestalten auf dem Waldfriedhof, am Rande von Hoyerswerda, um uns zu verabschieden, gut drei Jahre nach dem Abend im Bärenzwinger. „Tankstelle für Verlierer“ nannte Hans-Dieter Schütt sein Buch, in dem er die 1996 mit Gundermann geführten Gespräche veröffentlichte. Und das war Gundermann tatsächlich, eine Tankstelle für Verlierer – egal ob man selbst einer war. Bei ihm durfte sich jeder als Verlierer fühlen und wer eben gerade keiner zu sein meinte,



„Gundermann & Seilschaft“

dem sang er all jene Verluste und all jene Niederlagen wieder in den Kopf, die schon schon fast vergessen schienen oder die man geheim gehalten hatte – vor sich selbst und vor anderen. „Überlebe – wenigstens bis morgen ...“

43 Jahre alt wurde Gerhard Gundermann und nun, über zwanzig Jahre nach seinem Tod in jener dämlichen Mittsommernacht – also fast ein halbes Gundi-Leben später – kommt ein Spielfilm in die Kinos, ein Film über das ganze Leben des Sängers, Musikers, Offizierschülers, Stasi-IMS, Bergmanns, Geschichtenerzählers, Witzboldes, Moralisten und ewig Zweifelnden. Andreas Dresen hat dieses Leben verfilmt und man konnte einige Angst vor dem Film haben. Wie wird

er sein, der Film-Gundi? Wie redet er, singt er, guckt er aus der großen Brille? Wie kommt sein Moralismus rüber, heute, in dieser Zeit, in der die Moral am Pranger steht – verlacht, denunziert, bespuckt, gehasst.

Ich habe auf's richtige Pferd gesetzt – aber es hat leider nicht gewonnen

Kurz gesagt: Es ist ein feiner Film geworden. Das Publikum am ausverkauften Dresdner Elbufer dürfte dennoch mit gemischten Gefühlen nach Hause gegangen sein. Das lag gewiss nicht am großartig spielenden Hauptdarsteller Alexander Scheer, der den Gundermann mit großem komödiantischem Eifer gab und auch nicht an den gut besetzten Nebenrollen (Axel

Prahl als gönnerhafter MfS-Führungsoffizier, Peter Sodann als grummeliger Parteiveteran). Vielmehr ist es die Zentrierung auf Gundermanns Stasi-Geschichte, hinter der vieles am Menschen Gundermann und seiner Kunst zurückstehen musste und welche dem Film eine bedrückende Haube überstülpt.

Andererseits ist dadurch die Zerrissenheit des kauzigen Sängers natürlich erst skizzierbar geworden, eine Zerrissenheit, die wohl viele nachvollziehen können, die versucht haben, in dieser Zeit ihren Weg halbwegs gerade zu gehen, loyal zu Land und anständig vor sich selbst zu bleiben – und es nicht immer schafften. Letztlich kommt keine der verschiedenen Zeitebenen im Film ohne das Thema aus.

Immerhin: Wunderbar eingebettet in das Filmgeschehen ist die Liebesgeschichte zwischen Conny und Gerhard Gundermann – erstere im Film mit Anna Unterberger auch wirklich grandios besetzt – und es war ein ganz besonderer Moment an einem besonderen Abend, als Conny Gundermann vor dem Film plötzlich auf der Bühne stand und mit der Prahl-Dresen-Band jenes Lied sang, das Gundermann einst für sie als Hochzeitslied geschrieben hatte. Wie gesagt – es ist ein feiner Film geworden und für den DDR-Kundigen gibt es auch eine Menge zu lachen – ebenso, wie es für alle, die den Musiker noch erlebt haben, den einen oder anderen Schluchz-Moment gibt.

Altersarmut zwingt Rentner zum Arbeiten

Sozial-Skandal des Monats

Susanne Schaper über eine besorgniserregende Entwicklung

Nach Plänen der SPD in der letzten Legislaturperiode des Bundestages, sollten Arbeitnehmer nach 45 Beitragsjahren abschlagsfrei in Renten gehen können. In der Realität sieht das jedoch anders aus. In den letzten drei Jahren ist die Zahl der Menschen in Sachsen, die auch nach dem 65. Geburtstag sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, um etwa 30 Prozent (Männer) bzw. um 47 Prozent (Frauen) angestiegen. Mithin arbeiten derzeit insgesamt 11.900 Personen im Freistaat auch im Rentenalter weiter. Die Zahl der geringfügig Beschäftigten über 65-Jährigen stieg stetig von 20.950 Männern und 16.335 Frauen im Jahr 2015 auf 26.500 Männer bzw. 22.300 Frauen im Jahr 2017. Den stärksten Anstieg mit insgesamt 49,7 Prozent im Vergleich zu 2015 gab es im Landkreis Görlitz, gefolgt vom Erzgebirgskreis (42,6 Prozent) und Dresden (42,2 Prozent). Diese Entwicklung, die in der Antwort der Staatsregierung auf meine Kleine

Anfrage 6/14197 dokumentiert wird, ist besorgniserregend und das Ergebnis der von der Bundes-SPD maßgeblich initiierten Rentenreform.

Es gibt verschiedene Gründe dafür, dass auch in Sachsen immer mehr Rentnerinnen und Rentner weiterarbeiten – den Fachkräftemangel, sicher auch den freien Willen mancher, aber auch zu geringe Renten. Die Zahlbeträge werden laut der Deutschen Rentenversicherung immer kleiner – erhielten Männer, die zum 31.12.2016 im Osten in Rente waren, noch durchschnittlich 1.118 Euro, waren es im Neuzugang 2017 nur noch 968 Euro. Daran werden auch die jüngsten Ankündigungen der Bundesregierung nichts ändern, die Riester-Rente weiter zu stärken. CDU und SPD legen keine wirklichen Vorschläge vor, um die gesetzliche Rentenversicherung so auszubauen, dass sie allen einen würdevollen Ruhestand sichert. Niemand soll mehr dazu gezwun-

gen sein, nach dem Renteneintritt weiterzuarbeiten!

Erste und längst überfällige Schritte wären die Abschaffung von Beitragsbemessungsgrenzen, damit Spitzenverdiener sich nicht weiter eines Teils ihrer Verantwortung entledigen können, so-

wie eine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige und Beamte. Auch die sächsische Landesregierung steht in der Verantwortung, auf der Bundesebene für ein solidarisches Versicherungsmodell zu streiten, das alle einbezieht. Aber dazu braucht es eine andere politische Mehrheit, auch in Sachsen.



Welche Perspektive eröffnet sich beim Blick auf die neuen Polizeigesetze (Polizeivollzugsdienstgesetz und Polizeibehördengesetz) für den Freistaat, und das vor dem Hintergrund der Sicherheitsarchitektur in Sachsen und Deutschland? Beiden Gesetzen, die nach dem Willen der CDU-geführten Landesregierung das bisherige Polizeigesetz ersetzen sollen, kommt eine große Bedeutung zu. Sie regeln Befugnisse und Pflichten sowie die rechtsstaatliche Kontrolle der Polizei. Sie haben zudem weitreichende Auswirkungen auf jeden Menschen, der sich in Sachsen aufhält.

Die Änderung des Polizeigesetzes findet innerhalb eines Diskurses statt, der sich stark verschiebt. Das neue Polizeigesetz ist Teil von Veränderungen der Sicherheitsarchitektur. Verschiedene Autoren haben bereits versucht, diese Veränderungen unter einem Begriff zu fassen – wie z. B. „Kontrollgesellschaft“ (Deleuze, 2014). Die populärste Theorie im deutschsprachigen Raum stammt von Tobias Singelstein und Peer Stolle. Grob handelt es sich um eine Verschiebung weg von der Abwehr konkreter Gefahren hin zur Polizeiarbeit mit Wahrscheinlichkeiten, unter der Maßgabe einer ökonomisch effektiven Steuerung von Ressourcen (Singelstein/Stolle 2012). Die neuen Gesetze des Polizei- und Ordnungsrechts stellen jedoch nicht „den“ Paradigmenwechsel dar, sondern nur einen Teil der Gesamtverschiebung. Zweifelsohne aber sind sie wesentlich, da sie, einmal als „Wegstein“ gesetzt, nur schwer wieder verschoben werden können (Krahmer 2018a), anders als weitere neue Formen wie „Community Policing“ (Enge Beziehungsarbeit der Polizei mit den Menschen vor Ort, Bässmann/Vogt 1997) oder „Predictive Policing“ (Steuerung der Polizeiarbeit auf der Basis berechneter Wahrscheinlichkeiten von Straftaten, Gerstner 2017), die institutionell und rechtlich niedrigschwelliger angesiedelt sind.

Neben den sächsischen sind neue Polizeigesetze u. a. im Saarland und Nordrhein-Westfalen in der parlamentarischen Befassung oder, wie in Bayern, bereits beschlossen. Innerhalb des politischen Diskurses entwickeln die neuen Polizeigesetze ganz abgesehen vom neuen Bundeskriminalamtsgesetz eine besonders problematische Bedeutung:

a) Ihre Notwendigkeit wird nicht aus empirischen Befunden wie einer Zunahme der Kriminalitätsbelastung abgeleitet (Galli 2018), sondern aus der Absicht, mögliche künftige Bedrohungen vorbeugend zu bekämpfen: „[Innenminister] Wöllner zufolge will Sachsen die Gefahrenabwehr verstärken – zu einem Zeitpunkt, an dem das Kind noch nicht in den Brunnen gefallen ist. ‚Wir wollen Straftaten oder Anschläge verhindern.‘“ (Sächsische Zeitung 2018a)

b) Der Diskurs um die Polizeigesetze geht einher mit einer Verschiebung der politischen Argumentation nach rechts. So dient nicht die Entwicklung der Straftaten als Begründung, sondern es wird eine Korrelation zwischen dem Anstieg der Zahl der Asylsuchenden und der Anzahl der „Gefährder“ und damit

Gefährliche Symbolpolitik

Wie passt das neue Polizeigesetz in die politische Landschaft? Teil 1/3 – von *Enrico Stange und Florian Krahmer*



einem Anstieg der Wahrscheinlichkeit terroristischer Anschläge hergestellt: „Hunderte ‚Gefährder‘ beantragen in Deutschland Asyl – Polizeibehörden trauen ‚Gefährdern‘ schwere Straftaten zu. 1.560 leben in Deutschland. Ein Viertel sind Asylbewerber. Das berichtet der ‚Spiegel‘ unter Berufung auf ein Papier der Bundesregierung. Die Behörden versuchen zwar seit dem Terroranschlag von Berlin, ‚Gefährder‘ schneller abzuschieben. Aber das ist nicht so einfach.“ (MDR 2018) Die Logik hinter dieser Argumentation wird seit längerem unter dem Begriff „Versicherheitlichung“ (Buzan/Wäver/de Wilde 1997) gefasst. Die Theorie geht davon aus, dass wichtige soziale und ökologische Probleme vorrangig unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen auf die Sicherheit betrachtet werden und dass sich damit die Möglichkeit für die Politik öffnet, Scheinlösungen anzubieten.

c) Die Polizeigesetze werden in einem Diskurs über Innere Sicherheit verabschiedet, in dem zusehends ein Bewusstsein über die Bedeutung und die Prinzipien des Rechtsstaats verloren geht. Ein Beispiel ist die rechtswidrige Abschiebung eines sogenannten Gefährders (Sami A.), dem trotz Ermittlungen keine Straftaten nachgewiesen wurden. Dennoch wird die prognostische Annahme der Gefährder-Eigenschaft zum zentralen Entscheidungselement für politische Entscheidungsträger. Dieses Vorgehen erhöht die Gefahr der Unterhöhlung des rechtsstaatlichen Fundaments: „Die Abschiebung von Sami A. sei ‚grob rechtswidrig und verletzt grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien‘, teilte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen mit.“ (Rheinische Post 2018) Armin Laschet, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, sagte: „Im Ergebnis

können wir froh sein, dass der Gefährder nicht mehr in Deutschland ist.“ (Tagesschau 2018) Armin Schuster, Vorsitzender des Amri-Untersuchungsausschusses des Bundestags, gab zu Protokoll: „Da habe ich keine schlaflosen Nächte. Immerhin handelt es sich um einen ausreisepflichtigen Gefährder mit Al-Kaida-Ausbildung.“ (Tagesspiegel 2018) Und Michael Kretschmer, Sachsens Ministerpräsident, fügte hinzu: „Ich bin froh, dass Sami A. Deutschland verlassen hat. Er soll nicht wiederkommen.“ (Sächsische Zeitung 2018b)

d) Die neuen Polizeigesetze sind Teil der politischen Kommunikation innerhalb der Landtagswahlkämpfe: „Freie Presse: Ab wann werden Sachsens Polizisten mehr Befugnisse haben? – Roland Wöllner: Das wird realistisch nicht vor Ende nächsten Jahres passieren. Nach der Sommerpause wollen wir den Gesetzentwurf im Kabinett beschließen und an den Landtag überweisen. Der wird das Gesetz aber nicht vor dem Frühjahr 2019 verabschieden, danach sind noch einmal acht Monate bis zum Inkrafttreten vorgesehen. – Freie Presse: Also gerade richtig für den Landtagswahlkampf 2019.“ (Freie Presse 2018) Aufgrund der Tragweite sind die neuen Polizeigesetze ein sehr gefährliches Mittel symbolischer Politik (Edelman 2005).

e) Die Einführung neuer Befugnisse (z. B. „Ausschreibung zur gezielten Kontrolle“, vgl. § 60 Referentenentwurf des Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetzes) und neuer Einsatzmittel (z. B. „Fußfessel“, vgl. § 61 Referentenentwurf des Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetzes) sowie die Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe (z. B. „überschaubare Zukunft“, vgl. § 21 Referentenentwurf des Sächsischen

Polizeivollzugsdienstgesetzes) müssen erst durch die Rechtsprechung konkretisiert werden und unterliegen bis dahin weitreichenden Interpretations- und Auslegungsspielräumen durch die Exekutive. Hochproblematisch wird dies, sollten Rechtspopulisten die Regierung stellen: „In Sachsen etwa besteht die reale Gefahr, dass die AfD im nächsten Jahr die stärkste Kraft im Landtag wird. Es gibt nicht wenige prominente Vertreter_innen dieser Partei, die bestimmten Gruppen von Menschen grundlegende Menschenrechte absprechen und dabei, um die öffentliche Stimmung zu schüren, auch vor Lügen und Manipulation nicht zurückschrecken. Das sind keine Menschen, bei denen man sich darauf verlassen kann, dass sie, einmal an der wirklichen Macht, schon bestimmte menschenrechtliche Mindeststandards einhalten würden.“ (Galli 2018)

Literatur

- Bässmann, Jörg/Vogt, Sabine: Community Policing. BKA-Forschung, Wiesbaden 1997.
- Buzan, Barry/Wäver, Ole/de Wilde, Jaap: Security - A New Framework for Analysis. 1997.
- Deleuze, Gilles: Unterhaltungen. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 2014.
- Edelman, Murray: Politik als Ritual. Campus Verlag, Frankfurt a.M. 2005.
- Freie Presse: Sachsens Innenminister wirbt für strengeres Polizeigesetz. 2018. www.freiepresse.de/nachrichten/sachsen/sachsens-innenminister-wirbt-fuer-strengeres-polizeigesetz-artikel10261815, zuletzt aufgerufen am 18.07.2018.
- Galli/Thomas: Das neue bayrische Polizeiaufgabengesetz. Fritz Bauer Blog 2018. <https://www.fritz-bauer-blog.de/de/startseite/aktuell/thomas-galli-28-05-2018-polizeiaufgabengesetz>, zuletzt aufgerufen am 18.07.2018.
- Gerstner, Dominik: Predictive Policing als Instrument zur Prävention von Wohnungseinbruchsdiebstahl. Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg 2017.
- Krahmer, Florian: Grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien werden außer Kraft gesetzt. Neues Deutschland, 2018 a. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1090603-verschaerfung-der-polizeigesetze-grundlegende-rechtsstaatliche-prinzipien-werden-ausser-kraft-gesetzt.html>, zuletzt aufgerufen am 18.07.2018.
- MDR: Hunderte „Gefährder“ beantragen in Deutschland Asyl. 2018. www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/islamisten-gefaehrder-deutschland-drittel-asylbewerber-100.html, zuletzt aufgerufen am 18.07.2018.
- Rheinische Post: Ex-Bin-Laden-Leibwächter soll nach Deutschland zurückgeholt werden. 2018. https://rp-online.de/nrw/panorama/abschiebung-von-sami-a-juristisches-tauziehen-um-ex-leibwachter-bin-ladens_aid-23926995, zuletzt aufgerufen am 18.07.2018.
- Sächsische Zeitung: Lücken und Tücken im neuen Polizeigesetz. 2018a. <https://www.sz-online.de/sachsen/luecken-und-tuecken-im-neuen-polizeigesetz-3920098.html>, zuletzt aufgerufen am 18.07.2018.
- Sächsische Zeitung: „Kretschmer begrüßt Abschiebung von Sami A.“ 2018 b. <https://www.sz-online.de/sachsen/kretschmer-begruesst-abschiebung-von-sami-a-3976345.html>, zuletzt aufgerufen am 18.07.2018.
- Singelstein, Tobias/Stolle, Peer: Die Sicherheitsgesellschaft. VS Verlag, Wiesbaden 2012.
- Tagesschau: „Nach Recht und Gesetz entscheiden“. 2018. <https://www.tagesschau.de/inland/leibwachter-gerichtsurtel-107.html>, zuletzt aufgerufen am 18.07.2018.
- Tagesspiegel: Tunesische Justiz will Gefährder Sami A. vorerst nicht zurückschicken. 2018. <https://www.tagesspiegel.de/politik/fall-sami-a-tunesische-justiz-will-gefaehrder-sami-a-vor-erst-nicht-zurueckschicken/22798128.html>, zuletzt aufgerufen am 18.07.2018.

Wir drucken in drei Teilen einen Aufsatz von Enrico Stange und Florian Krahmer. Stange ist Mitglied des Landtags und innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, Krahmer ist Politikwissenschaftler und Lehrbeauftragter an der Uni Leipzig.

Der G20-Gipfel ist in der Hamburger Stadtgesellschaft noch sehr präsent. Das wird immer wieder deutlich: in Veranstaltungen und Filmvorführungen, in Gesprächen oder durch Berichte und Diskussionen zum 1. Jahrestag in den Hamburger Medien. Bis heute halten sich in der Stadt zwei Erzählungen, die schwer miteinander in Einklang zu bringen sind.

Die „offizielle“ Erzählung wurde vom Hamburger Abendblatt so auf den Punkt gebracht: Die Proteste waren gewalttätig. Tatsächlich überschatteten die ziellosen Zerstörungen, die eine Gruppe Vermummter am Morgen des 7. Juli in der Elbchaussee anrichteten, und die Rauchwolken, die am Abend des 7. Juli den Himmel über dem linken Schanzenviertel verdunkelten, für einen Teil der Öffentlichkeit bis heute alles andere. Die Gegenerzählung berichtet von (insgesamt 150) eindrucksvollen Demonstrationen und kreativen Aktionen während der Protestwoche, von einer polizeilichen Eskalationsstrategie und erfahrener Polizeigewalt, vom Terror tagelangen Hubschrauberlärms und einer sich in den innenstadtnahen Vierteln als „Besatzungsmacht“ aufführenden Polizei, die sich ausgerechnet nicht blicken ließ, als AnwohnerInnen im Schanzenviertel nach Schutz vor Zerstörungen, Plünderungen und versuchten Brandstiftungen riefen.

Der von der Bürgerschaft eingerichtete Sonderausschuss hat seine Arbeit beendet. Zurzeit werden die Abschlussberichte geschrieben. Zur Aufklärung hat er wenig beigetragen. Denn für die Aufklärung wichtige Informationen – viele Akten, sämtliche Videos und Bilddateien – wurden uns vorenthalten. Die polizeiliche Sicht auf die Proteste konnte dominieren. Dennoch haben wir fleißig Fakten zusammengetragen, diese Sicht immer wieder hinterfragt und die wenig versammlungsfreundliche polizeiliche Einsatztaktik kritisiert. Eine unserer Schlussfolgerungen ist, dass die demokratische Protestkultur in Hamburg weiterzuentwickeln ist und dass die Polizei mit einer zukünftig kooperativen, deeskalierenden Einsatzstrategie einen entscheidenden Beitrag dazu leisten muss.

Früh war mit Hartmut Dudde ein für seine harte „Hamburger Linie“ und ein ausgeprägtes Feindbild „Links“ bekannter Polizeiführer zum G20-Gesamteinsatzleiter ernannt worden. In einem ersten Akt legte er 16 Monate vor dem Gipfel den Konfrontationskurs fest: Ein Camp werde es nicht geben – auswärtige G20-Gegner_innen sollten von der Anreise abgeschreckt werden. Daran hielt er fast bis zum Schluss fest: Am 2. Juli 2017, zum Auftakt der G20-Protestwoche, setzte sich die Polizei über einen Verwaltungsgerichtsbeschluss hinweg, mit dem die Errichtung eines Camps auf der Elbhalbinsel Entenwerder genehmigt wurde, und ließ mit einem gewaltsamen Einsatz gegen friedliche Demonstrant_innen elf aufgestellte Schlafzelte räumen. Erst drei Tage später machte das Oberverwaltungsgericht den Weg zu einem Camp doch noch frei, für viele zu spät.

Ein Jahr danach – G20 und die Folgen

Von *Christiane Schneider*, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

Im zweiten Akt setzte die Polizei bei Gericht mit Berufung auf einen „polizeilichen Notstand“ eine 38 km² große Demonstrationsverbotszone im Innenstadtbereich durch. 31.000 Polizist_innen wurden zum Schutz des Gipfels und zur Eindämmung der Gegenproteste aus Bund und Ländern zusammengezogen, „mit allem, was Polizeiern so besitzen, sowohl an Technik als auch an anderem Equipment“ (Dudde). Eine Woche lang befand sich die Stadt in einer Art polizeilichem Ausnahmezustand.

Am Abend des dritten Protesttages ließ Dudde ein sogenanntes „Massencornern“ am Rande des Schanzenviertels auflösen. Ohne nachvollziehbaren Anlass schritt Polizei mit Wasserwerfern gegen weit über 1.000 Menschen ein, die sich hier wie anderswo zu politisch-kulturellen Veranstaltungen im Freien oder zwanglosen Gesprächen auf Plätzen und Bürgersteigen versammelt hatten. Mit diesem Einsatz gegen eine friedlich-fröhliche Men-

sung der „Welcome to hell“-Demonstration. 12.000 Menschen kamen zu dieser von autonomen Strukturen organisierten Demonstration, obwohl oder weil alle befürchteten, dass diese Demonstration ihr Ziel nicht erreichen soll. Tatsächlich stoppte die Polizei die Demonstration, bevor sie überhaupt losging, an einem, wie sie glaubte, strategisch günstigen Ort zwischen Häuserfronten und Flutschutzmauer. Begründung: die Vermummung zahlreicher Teilnehmer_innen in den vorderen Blöcken. Obwohl der Großteil die Vermummung ablehnte, trennte die Polizei den vorderen Teil ab und kesselte ihn ein. Dabei nahm sie eine Massenpanik mit unübersehbaren Folgen in Kauf. Zu ihr kam es allein deshalb nicht, weil viele Menschen die Flutschutzmauer überwinden und sich der Einkesselung entziehen konnten. Wir können es nicht beweisen, aber die Fakten legen nahe, dass die Polizei die Auflösung an genau diesem Ort geplant hatte, und dass die Vermummung lediglich der



Foto: Frank Schwenberg / CC BY-SA 4.0

schenmenge sandte die Polizei, bevor auch nur der erste Stein geworfen wurde, zum zweiten Mal nach Entenwerder das Signal aus, dass Proteste, ob friedlich oder nicht, unerwünscht und für Teilnehmer_innen potenziell gefährlich sind. Dieser willkürliche Polizeieinsatz hat die Stimmung enorm angeheizt.

Die ersten Steine flogen am 6. Juli, dem 5. Protesttag, nach der Auflö-

willkommene Vorwand war. Einige Tage nach der Ausschusssitzung, auf der die Demonstration behandelt wurde, sagte ein sächsischer Polizist vor Gericht aus, dass er sich mit drei Kollegen als Tatbeobachter in „szenetypischer“ Kleidung und verumummt im Schwarzen Block aufgehalten hat. Sie haben, womöglich als Agents Provocateurs, zum Vorwand für die Auflösung der Demonstration beigetragen. Nun dürfte der Beitrag von vier Polizi-

ten nicht ausschlaggebend gewesen sein. Angesichts der Tatsache, dass während der G20-Tage einige hundert „Tatbeobachter_innen“ im Einsatz waren, gehen wir aber von mindestens einer größeren zweistelligen Zahl bei der Welcome to hell-Demonstration aus, vor der die Sicherheitsbehörden wochenlang gewarnt hatten. Einige Dutzend verumummt Tatbeobachter_innen hätten allerdings einen maßgeblichen Einfluss auf den Auflösungsgrund gehabt.

In den Akten konnten wir dann lesen, dass die Polizei vorhatte, auch die Abschlussdemonstration mit ihren 76.000 Teilnehmer_innen gewaltsam aufzulösen. Im Elektronischen Einsatzprotokoll heißt es: „13:42, Meßberg: Der Schwarze Block wird nicht an dieser Stelle abgetrennt. Das wird an einer anderen Örtlichkeit versucht.“ „Schwarzer Block“ suggeriert Gewalt. Die Demonstration war friedlich, auch dort, wo die Polizei den Schwarzen Block wählte. Warum war ein solcher Angriff noch um 13:42 geplant? Warum wurde er später abgesagt? Wir können es nur vermuten. Die Einsatzleitung, die sich um 13:42 am Meßberg aufhielt, hat nach unserer Kenntnis ziemlich genau zu der Zeit realisiert, dass nicht die maximal 30.000 gekommen waren, die sie den Akten zufolge erwartet hatte, sondern nach ihrer eigenen Zählung 70.000. Der Angriff auf die friedliche Großdemonstration hätte unabsehbare Folgen gehabt, deshalb hat sie, so glauben wir, davon abgesehen.

G20 hat neue Maßstäbe gesetzt und tut es bis heute. Polizeieinheiten aus anderen Bundesländern, auch aus Sachsen, haben mit der MZP 1 (einer Granatpistole, mit der 40mm-Granaten und verschiedene Typen von Munition verschossen werden) u.a. Tränengasgranaten abgeschossen. Das war rechtswidrig, denn das Hamburger Polizeirecht schließt den Einsatz der MZP 1 in Hamburg aus. Wohl erstmals in der BRD wurden, von sächsischem SEK, Gummigeschosse abgeschossen, die schwere Verletzungen herbeiführen können. Deshalb hatte sich die Innenministerkonferenz Anfang der 1980er gegen den Einsatz entschieden. Mit Schnellfeuerwaffen bewaffnete paramilitärische SEK-Einheiten waren nicht nur in einem robusten Einsatz in der Nacht des 7. Juli im Schanzenviertel, sondern wurden auch am Abend darauf gegen eine entspannte Menschenmenge in Stellung gebracht. An den Einsatz von SEK werde man sich, hieß es von Senatsseite, zukünftig wohl gewöhnen müssen. Nach G20 führte die Soko „Schwarzer Block“ die bisher größte öffentliche Massenfahndung nach inzwischen fast 300 Personen durch, ohne dass klar ist, welcher erheblichen Straftaten die Gesuchten verdächtig sind. Sie stützt sich dabei u.a. auf eine Gesichtsanalyse- und -erkennungsoftware, die den Sicherheitsbehörden auch ganz neue Perspektiven zukünftiger Überwachung bietet, allerdings vom Datenschutzbeauftragten als rechtswidrig eingestuft wurde.

So werden uns der G20 und seine Folgen noch lange beschäftigen.

28. August, Goethes Geburtstag. Des Dichterfürsten „Willkommen und Abschied“ steht sinnbildlich auch für zwei disparate Momente bei Jour fixe 36. Erstmals wird im „unkonventionellen Gesprächskreis“ an der Leipziger Dependence der RLS Sachsen mit Petra Köpping (SPD) ministerialer Besuch aus Dresden willkommen geheißen. Zum letzten Mal hingegen dreht sich das Debattenkarussell in den vertrauten Räumen des ehrwürdigen Brückwald-Baus in der Harkortstraße 10. Die RLS-Geschäftsstelle verabschiedet sich demnächst von der Adresse.

Stiftungsvorsitzender Peter Porsch lässt es sich nicht nehmen, die Staatsministerin und ihre wissenschaftlichen Mitstreiter auf dem Podium, die Historiker Marcus Böick und Jörg Roesler, zu begrüßen. Die namhaften Gäste und das Reizthema – „Das Treuhandtrauma über die Privatisierung der DDR-Wirtschaft“ – haben über 70 Interessierte angelockt, so viele wie nie zuvor bei Jour fixe. Porsch lenkt ihre Aufmerksamkeit auf Köppings Idee, in Aufarbeitungs- und Wahrheitskommissionen dem von vielen Ostdeutschen erhobenen Vorwurf der Marktberreinigung und Vermögensverschiebung zugunsten des Westens auf den Grund zu gehen. „Ein großes Debattenthema“, übergibt er an die Moderatorin des Abends, Vereinsfreundin Ursula Wohlfeld.

Die führt sachkundig ins Thema ein, weist den Referenten knapp bemessene Redezeiten zu und sorgt mit souverän-lockerer Conférence für eine angenehm flotte und konzentrierte Podiumsdiskussion. Dass es rasch zur Sache geht, provoziert Wohlfeld bei der Vorstellung ihrer Gesprächspartner auch mit klug platzierten Selbstaussagen der Akteure. So fordert sie die Ministerin kurzerhand auf, wie anderswo nun auch hier „Tacheles“ zu reden. Diese Steilvorlage nutzt die 60-Jährige zu furiosen Auftritt.

Das Auditorium erlebt eine erschreckend authentische Politikerin, die wie zu ihren Zeiten als Bürgermeisterin und Landrätin die große Kümmerin geblieben ist, ihrer selbst verordneten Maxime getreu: für die Menschen da zu sein. Sie sei vielen ein Dorn im Auge, weil sie sich im Klartext um Ungerechtigkeiten nach der Wiedervereinigung Sorge, die andere unter den Teppich kehren wollten. Als erste sächsische Ministerin für Gleichstellung und Integration 2014 ins Amt gekommen, habe sie Migrationsprobleme im Auge gehabt – wie ihre Aufgabe auch im Dresdener Kabinett interpretiert worden sei. Doch habe sie angesichts Pegida und AfD ein umfassenderes Verständnis für ihr regierungsamtliches Wirken entwickelt. Begegnungen mit unzufriedenen Bürgern hätten ihr offenbart, dass sich deren Unmut nicht nur an der Flüchtlingspolitik entzündete. Viele Menschen im Osten fänden ihre Lebensleistung nicht anerkannt, hätten Kränkungen und Demütigungen erfahren, fühlten sich gesellschaftlich abgehängt, deklariert. Wie ein Hilfeschrei habe sich bei ihr da ein Satz eingebrannt: „Wenn Sie über Asylbewerber sprechen, integrieren Sie doch erst mal uns!“

Willkommen und Abschied

Staatsministerin Petra Köpping bei Jour fixe: Letzte Debatte an langjährigem Veranstaltungsort zum Thema Treuhandtrauma.

Von *Wulf Skaun*



Foto: Susann Scholz-Kanis

Fortan wusste sie, ihr größtes ministeriales Integrationsprojekt würden Inländer sein müssen. Viele von ihnen treibe ein Treuhandtrauma um. Wenn sie von ihren Leidens- und Bittergeschichten über den Verlust ihrer Arbeitsplätze, die Entwertung ihrer beruflichen Qualifikationen, über ihren sozialen und materiellen Abstieg erzählten, machten sie sehr oft die Treuhandanstalt für ihr Schicksal verantwortlich. Dass diese den Osten als Konkurrenz ausgeschaltet und das volkswirtschaftliche Vermögen der DDR zugunsten westdeutscher Kapitalbesitzer umverteilt habe. Das erzeuge Wut und Aggression, schein also mit zu erklären, weshalb die AfD ein Wählerpotenzial von 25 Prozent habe, sächsische Orte, wie zuletzt Chemnitz, immer wieder Schlagzeilen machten und mittlerweile auch jüngere Leute glaubten, dass der Osten benachteiligt wird. Man fühlt sich an Regine Hildebrandt, die frühere Mutter Courage des Ostens, erinnert, wenn Petra Köpping mit Nachdruck erklärt: „Da ist eine Aufarbeitung der Ungerechtigkeiten in der Nachwendzeit notwendig.“ Daher plädiere sie für gesamtdeutsche Aufarbeitungs- und Wahrheitskommissionen. Ausführlich habe sie ihre Ideen in ihrer Streitschrift „Integriert doch erst mal uns!“ begründet. Jenseits von Rache- und Abrechnungsgelüsten solle sachlich aufgedeckt werden, wie es zu Elitentausch, Abwertung von Berufsabschlüssen, Verlust von Betriebsrenten und eben zu verfehlter Treuhand-Politik gekommen sei. Darüber würden

die beiden Wissenschaftler an ihrer Seite Ergebnisse einschlägiger Forschung vortragen.

Moderatorin Wohlfeld bittet zunächst den Historiker Marcus Böick von der Universität Bochum ans Mikrofon. Der Autor der im Göttinger Wallstein Verlag erschienenen 767-Seiten-Studie „Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung“ hat nun zehn Minuten, die Quintessenz seines Mammutwerks in Kurzfassung vorzustellen. In bewundernswerter Präzision legt er dar, dass das Treuhandmodell als Privatisierungsagentur 1990 angesichts einer vermeintlich maroden und wettbewerbsunfähigen DDR-Wirtschaft als alternativlos begriffen wurde. Ursprüngliche Ansätze, das Volksvermögen zu bewahren und nichtkapitalistisch zu verwalten, wichen nach der Volkskammerwahl am 18. März 1990 endgültig marktwirtschaftlicher Wertungslogik. Dass die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft als „Schocktherapie“ ausfiel, habe auch daran gelegen, dass Vorbild- oder Orientierungsbeispiele fehlten. Mit der Herkulesaufgabe überforderte Manager und Unternehmer aus Westdeutschland, bar jeder Binnenkenntnis ostdeutschen Wirtschaftens, privatisierten bereits in zwei Jahren über 90 Prozent der DDR-Betriebe, sodass rund drei Viertel der hier Beschäftigten ihre Arbeitsplätze verloren. Böick schloss sein Treuhand-Stenogramm mit einem „Sittengemälde“ der Managerkaste. Viele hätten ihren Einsatz als „Abenteuer im wilden Osten“

erlebt. Sie seien mächtig und ohnmächtig zugleich gewesen, anfangs ohne Richtlinien und Regeln. Viele Entscheidungen, ökonomisch umstritten bis falsch, wurden politisch durchgedrückt. Nicht wenige Abwicklungen waren von Skandalen und Selbstbereicherungsfällen begleitet. Während das Treuhandthema heute im Westen öffentlich keine Rolle mehr spiele, verbinde es sich im Osten vor allem bei der älteren Generation mit traumatischen Nachwehen persönlicher Abwertung, ungerechter Behandlung und, gesellschaftlich betrachtet, der Unterwerfung unter den Westen.

Jörg Roesler, von Ursula Wohlfeld als einer der profiliertesten ostdeutschen Wirtschaftshistoriker mit einschlägigen Publikationen auch zum Diskursthema vorgestellt, vergleicht die „Schocktherapie“ der Treuhandanstalt mit den Transformationsprozessen bei einigen früheren RGW-Nachbarn, insbesondere Polen und der Tschechoslowakei/Tschechien. Dort habe der marktradikale Umbau der Volkswirtschaften zu derartigen ökonomischen und sozialpolitischen Verwerfungen geführt, dass die politischen Eliten dazu gezwungen wurden, die schlagartige Privatisierung nicht zuletzt aus Gründen des eigenen Machterhalts auf ein schrittweises Vorgehen (Gradualismus) zurückzufahren. Roeslers Fazit: Im Unterschied zu Polen und Tschechien dominierte in der Ex-DDR von Anfang bis Ende die „Schocktherapie“ die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt. Das entstandene Deindustrialisierungs-Desaster war, ökonomischer Vernunft zum Trotz, politisch gewollt und ebenso begründet.

Im Dialog mit den Podiumsgästen zu vertieften politökonomischen Aspekten des Treuhandthemas, an dem sich unter anderen Monika Runge, Susanna Karawanskij, Peter Porsch und Altreaktor Horst Hennig beteiligen, offenbart sich neben Zustimmung für Petra Köppings Initiative auch Skepsis, ob damit praktische Konsequenzen für die Beseitigung sozialer Ungerechtigkeiten im Osten erreichbar seien. Sie könne keine Versprechen abgeben, glaube aber an die Kraft der kleinen Schritte, wenn sie von vielen gegangen würden, gibt sich die Ministerin kämpferisch. Es komme etwas in Bewegung, wenn die Ostdeutschen statt zu jammern selbstbewusst und offensiv in die Politik eingriffen.

Das letzte Wort hat an diesem Abend Manfred Neuhaus. Mit Klaus Kinner hat er im Januar 2015 Jour fixe begründet. Angesichts alarmierender aktuell-politischer Entwicklungen, da solidar-demokratischer Diskurs durch zunehmend digitalisierte illiberale, konfrontative Kommunikation und vergiftete Fake-News verdrängt werde, erinnert er an das Grundanliegen von Jour fixe, einander zuzuhören, Nachbarschaft, ja Gemeinschaft zu stiften. „Nicht ohne Wehmut“ verkündet er dann Abschiednehmen: „Es war dies unsere letzte Debatte in diesen Räumen.“ Doch werde sie fortgesetzt. An anderem Ort, aber in bewährtem Geist und mit ungebrochenem Elan.

„Gutes Gegengewicht gegen Beliebigkeit“

Freunde des politischen Plakats kommen derzeit in Leipzig auf ihre Kosten

Dr. Volker Külöw sprach mit Grit Fiedler (GF), Vorsitzende des Vereins zur Förderung visueller Kultur e.V., und Wolfgang Blaschke (WB), Diplomfotograf und Vereinsmitglied. Beide betreiben mit anderen die Plattform www.plakat-sozial.de

Leipzig ist eine internationale Plakatstadt mit lebendiger Tradition, an die Sie beide anknüpfen wollen. Wie kam es zur Bildung der Internetplattform „plakat-sozial“?

WB: Die Berliner Kunstwissenschaftlerin Dr. Sylke Wunderlich und der Dresdener Plakatkünstler Bernd Hanke hatten vor fast zehn Jahren die Idee, eine verbindende Plattform Gleichgesinnter ins Leben zu rufen. Der zu früh verstorbene Maler und Grafiker Ulli Strube und ich schlossen sich an. Als Fotograf gefiel mir besonders, dass von Anfang an verschiedenen bildnerischen Genres Raum geboten und keinerlei Hürden aufgestellt wurden. Vielleicht mit ein Grund, dass alsbald weitere Kolleginnen und Kollegen folgten. Inhaltlich war Konsens, mit unseren künstlerischen Mitteln auf die zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen zu reagieren und ein Zeichen gegen Gewalt, Hass und Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

GF: Nachdem wir die Gründung der Plattform im Internet veröffentlicht hatten, waren wir über das große Echo erstaunt. Es begann unsere erste internationale Zusammenarbeit. Die Agentur „Next By Design“ aus San Francisco erfuhr von unserem Vorhaben und bat uns, gemeinsam einen internationalen Plakatwettbewerb „OCCUPY – what’s next?“ zu veranstalten. Im Vordergrund stand der Gedanke, dem Dialog zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft visuelle Impulse zu verleihen. Diese Idee wurde erfolgreich umgesetzt und mit Hilfe des Zentrums für demokratische Bildung der Stadt Leipzig gelang es uns, diese viel beachtete Ausstellung auch im Rathaus zu präsentieren.

Wie ging es nach diesem hoffnungsvollen Auftakt weiter?

GF: Es ergab sich die Notwendigkeit, den weiteren Bemühungen eine feste Organisationsstruktur zu geben. So entstand die Idee, einen Verein ins Leben zu rufen. Zugleich gefiel es mir, eine entsprechende Internetplattform zu gründen. Mit deren Hilfe organisierten wir in den letzten Jahren drei internationale Plakatausstellungen (IPA) in Leipzig, mit denen es gelang, Plakatkünstler global zu vernetzen. WB: Nicht nur Grafikdesignern oder fotografisch Interessierten steht unser Verein offen. Allen, die unsere demokratischen Bemühungen unterstützen und denen Plakate unserer Art etwas bedeuten, können bei uns Mitglied werden. Auch Institutionen, die uns unterstützen wollen, sind willkommen.

Ende September findet die IV. IPA statt, unter dem Motto „Demokratie – vor allem!“ Was hat sie bewegen, dieses Motto zu wählen?

GF: Nach der II. und III. IPA wollten wir den inhaltlichen Bezug unserer Ausstellung präzisieren. Die gesellschaftlichen Spannungen nehmen welt- und europa-weit zu. Die Stadt Leipzig widmet sich in diesem Jahr deshalb besonders der Förderung demokratischer Bestrebungen. Was also lag näher, als sich anzuschließen und starke visuelle Signale zu senden. Wenn Sie die Plakate betrachten, so ist das in vielen Beispielen gelungen.

WB: Die demokratischen Parteien und Verbände sollten sich durchaus für deren Verwendung im öffentlichen Raum stark machen, denn wo gehört das Plakat denn hin? Auf die Straße! Das könnte ein gutes Gegengewicht gegen Beliebigkeit sein.

Sind die Bemühungen des Vereins lokal begrenzt?

GF: Nachdem es uns gelungen ist, über die Stadtgrenzen hinaus zu wirken, steht einer landesweiten Wirkung nichts im Wege. Auch einer Mitgliedschaft nicht. Es liegen bereits Anträge sogar aus China vor. Mehrere Ausstellungen, u.a. in der Mediengalerie der Gewerkschaft ver.di in Berlin und im Leipziger Rathaus sowie den Geschäftsräumen der

DREWAG Dresden wurden veranstaltet. Eine große Ausstellung fand an der Zaozhuang University Zhandong in China statt. Inzwischen können auf unserer Webseite etwa 600 Plakate von über 100 internationalen Grafikdesignern betrachtet werden.

Gibt es schon konkrete Vorstellungen für weitere Projekte?

GF: Jetzt wollen wir erst einmal die IV. IPA durchführen. 226 Autoren aus 35 Ländern reichten –769 Plakate ein; 86 wurden von der Jury – in der Mehrzahl aktive Plakatkünstler – ausgewählt. Vom 29. September bis 19. Oktober ist sie im Verein Deutsches Museum für Galvanotechnik e.V. (Torgauer Strasse 76 b in Leipzig) zu sehen. Danach werden Teile u.a. im Leipziger Rathaus gezeigt.



Abdollahi Emran, Esfahan, Iran, Anerkennung 2018
Ruined Dreams

Verhängnisvolles Abkommen

Mit der Propagierung der Gleichberechtigung der Staaten und des Selbstbestimmungsrechts der Völker – auch des deutschen – hatte Hitler bedeutende Erfolge erzielt. Im März 1938 erfolgte der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich unter dem Motto „Heim ins Reich“ und „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“. Danach streckte Hitler die Hand aus gegen die Tschechoslowakei und verursachte im Mai 1938 eine schwere internationale Krise, die insbesondere die Regierungen der Tschechoslowakei, Großbritanniens und Frankreichs alarmierte. Der britische Regierungschef Neville Chamberlain reiste binnen kurzer Zeit dreimal nach Deutschland, um Hitler zu bremsen. Hitlers Forderungen konzentrierten sich zunächst auf die

überwiegend von Deutschen bewohnten Sudetengebiete. Diese waren bis zum Ende des Ersten Weltkrieges Bestandteil der Habsburger Monarchie Österreich-Ungarn. 1938 war die Tschechoslowakei – zumindest was den tschechischen Landesteil betraf – wirtschaftlich hochentwickelt. Staatspräsident Edvard Beneš bot unter starkem Druck Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs autonome Rechte für das Sudetenland an, um den Frieden zu retten. Das genügte Hitler nicht. Er mobilisierte für einen Einmarsch in die Tschechoslowakei zum 1. Oktober 1938.

In dieser brisanten Situation kam es auf Initiative von Chamberlain und Mussolini in München am 29. und 30. September

1938 zu einer Konferenz der vier Mächte Deutschland, Italien, Großbritannien und Frankreich mit Hitler. Mussolini, Chamberlain und Daladier – ohne einen Vertreter der Tschechoslowakei. Das Abkommen sah vor, alle Gebiete, die zu mehr als 50 Prozent von Sudetendeutschen bewohnt waren, unzerstört an Deutschland abzutreten. Der Einmarsch begann am 1. Oktober. Die Tschechoslowakei verlor 17.500 Quadratkilometer Land, das von 2.800.000 Deutschen und 800.000 Tschechen bewohnt war. Die Produktionsverluste betragen 60 Prozent Steinkohle, 80 Prozent Braunkohle, 80 Prozent Chemikalien, 80 Prozent Zement, 70 Prozent Eisen und Stahl, 70 Prozent Kraftstrom, 40 Prozent Holz. Die Tschechoslowakei war Hitler mit dem

Münchener Abkommen ausgeliefert. Das stellte den Gipfel der britischen Appeasement (Beschwichtigungs-)Politik dar („Frieden in unseren Tagen“). In dieser Zeit glaubte Chamberlain noch, Hitler vertrauen zu können: „Trotz der Brutalität, die ich in seinem Gesicht zu erkennen glaubte, hatte ich den Eindruck, einen Mann vor mir zu haben, auf dessen Wort man sich verlassen kann.“ Zurückgekehrt stellte sich der britische Premier in der Downing Street einer Menschenmenge: „Meine guten Freunde ... ich glaube der Friede in unserer Zeit ist gerettet.“ Für Hitler war das Abkommen ein Freifahrtschein für die „Zerschlagung der Resttschechei“ – nach Nazijargon – und die Vorbereitung des Überfalls auf Polen und des Weltkrieges.

Am 15. Oktober 1884 schrieb Friedrich Engels an Johann Philipp Becker: „Ich habe mein Leben lang das getan, wozu ich gemacht war, nämlich zweite Violine spielen, und glaube auch, meine Sache ganz passabel gemacht zu haben. Und ich war froh, so eine famose erste Violine zu haben wie Marx.“ Mit diesem Zitat leitet Georg Fülberth seine im Frühjahr in der PapyRossa-Reihe „Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie“ erschiene Schrift „Friedrich Engels“ ein.

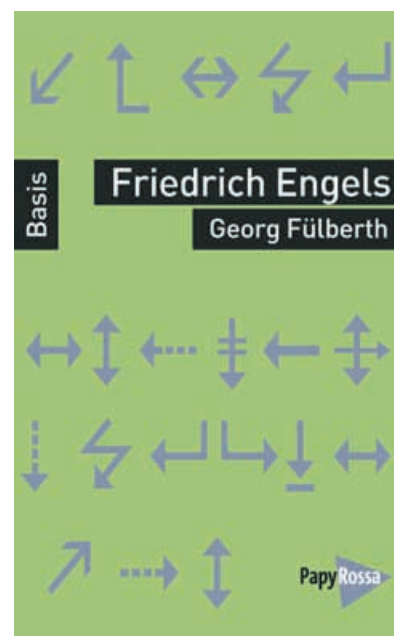
Wo es eine erste und zweite Geige gibt, vermerkt Fülberth, da besteht meist auch ein Ensemble. In diesem Sinne arbeitet Fülberth die tatsächliche Bedeutung von Engels heraus, der wie Marx zur Ersetzung der idealistischen Geschichtsauffassung durch die materialistische beitrug. Damit versteht Fülberth, im Unterschied zu manch entstehender modischer Lesart, unter Marxismus: „1. eine historisch-materialistische Analyse von Ökonomie und Klassenverhältnissen; 2. eine auf diese gestützte Theorie der Politik; 3. eine politische Praxis in der Perspektive einer Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft.“ Marx und Engels haben diese komplexe Theorie, wie Fülberth betont, seit 1844 gemeinsam ausgearbeitet, „ohne dass dabei eine Priorität von Marx vor Engels oder umgekehrt erkennbar wäre“. Ihre Leistung ist die erkenntnistheoretische wissenschaftliche Revolution, die ihnen mit der materialistischen Geschichtsauffassung gelang. Nachdem Engels 1869 seine Berufstätigkeit aufgegeben hatte, „hat er die Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung in größerer Breite als Marx vorangetrieben, nicht nur als Popularisierung, sondern auch als Versuch der Verifikation und auch als Vordringen in Wissensbereiche außerhalb der ökonomischen Theorie“, auf die sich Marx konzentriert hat.

Engels – Eigenes mit Marx erbracht

Prof. Dr. Kurt Schneider empfiehlt ein lesenswertes Standardwerk

Der in elf Kapitel gegliederte Band gibt einen ausgezeichneten Einblick in Engels' Lebenswerk. Er behandelt sein spezifisches wissenschaftliches Verdienst und sein persönliches Leben. Während Marx bei der Kritik der Politischen Ökonomie blieb, versuchte Engels mit Erfolg nachzuweisen, dass die Dialektik die gesamte Realität, auch der Natur, bestimmt. Dazu arbeitete er sich in die Literatur des 19. Jahrhunderts zu Mathematik, Chemie und Physik ein. Am Abschluss dieses Werkes wurde Engels dadurch gehindert, schreibt Fülberth, „dass er stattdessen zwei Aufgaben übernahm, die operativ dringlicher waren“. Das war zunächst die Streitschrift „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, dann, nach Marx' Tod, die Herausgabe des zweiten und dritten Bandes des „Kapital“. Die Fertigstellung des dritten Bandes forderte seit 1885 all seine Kräfte, insgesamt neun Jahre, da er nur eine ungeordnete Sammlung von Fragmenten vorgefunden hatte. Von manchen Abschnitten gab es lediglich Überschriften. Zugleich war Engels durch das nach Marx' Tode erfolgte Erstarken der internationalen Arbeiterbewegung gefordert, so durch die strategische Partnerschaft mit August Bebel und Paul Lafargue. Sein Wohlstand erlaubte ihm eine Lebensführung, in der er sich auf seine

Wissenschaft konzentrieren konnte. Optimal hatte er Marx unterstützt. Ständig erreichten ihn Bittbriefe, auf die er nach politischen Gesichtspunkten reagierte. „Nur wenn die Anforderungen höher waren als die gerade zur Verfügung stehenden Erträge aus seinem Vermögen“, so Fülberth, „hielt er sich zurück: die Substanz griff er nicht an.“



Vor 70 Jahren verstorben: August Thalheimer

Geboren am 18. März 1884 in Affaltrach (Württemberg) als Sohn eines jüdischen Kaufmanns, war August Thalheimer der wichtigste theoretische Kopf der KPD und danach der KPD(O). Von 1902 bis 1907 hatte er an mehreren Universitäten Sprachwissenschaften und Völkerkunde studiert und 1907 promoviert. Anschließend studierte er bis 1909 Philosophie und Ökonomie an der Universität Berlin. Thalheimer, der 1904 der SPD beigetreten war, wurde nach einem Volontariat, das er auf Empfehlung von Rosa Luxemburg an der „Leipziger Volkszeitung“ absolviert hatte, 1909 Chefredakteur der Göppinger „Freien Volkszeitung“, aus deren Redaktion er 1912 wegen Zusammenlegung mit revisionistischen Zeitungen austrat.

1916 in Berlin teil. 1914–1916 leitete er als Chefredakteur das Braunschweiger SPD-Organ „Volksfreund“. Im Mai 1916 zum Militärdienst eingezogen, kehrte er verwundet im Herbst 1918 nach Stuttgart zurück. Er übersiedelte nach Berlin, wurde Mitbegründer der Spartakusgruppe und nahm am Gründungsparlament der KPD teil, in deren Zentrale er gewählt wurde. Für die theoretische Arbeit der Partei zuständig, übernahm er die Chefredaktion der „Roten Fahne“ und des theoretischen Organs „Internationale“. Er verfasste den Entwurf des Programms der KPD, war federführend an der Ausarbeitung der Einheitsfronttaktik beteiligt, entwarf das Agrarprogramm der Partei und begann mit ersten Arbeiten zur Faschismusanalyse.

Im Zuge heftigster innerparteilicher Auseinandersetzungen zu Fragen der Strategie und Taktik, ausgelöst durch die ultralinke Offensivtheorie, wurde Thalheimer, einer ihrer Begründer, in Deutschland steckbrieflich gesucht, weil er zum bewaffneten Kampf aufgerufen hatte. Bereits seit Ende 1923 in der Sowjetunion lebend, wurde er am 19. Februar 1924 vom Zentralkomitee der KPD aus ihrer Zentrale abgerufen. In Moskau war Thalheimer Professor für

Philosophie an der Sun Yatsen-Universität, arbeitete am Marx-Engels-Institut, war Mitglied der KPdSU und der Programmkommission der Komintern und publizierte zahlreiche Arbeiten. Im Mai 1928 gelang ihm die Rückkehr nach Berlin. Nachdem er Ende 1928 zu den Mitbegründern der KPD(O) gehörte und an führender Stelle mitarbeitete, so als Herausgeber ihrer Wochenschrift „Gegen den Strom“, wurde er im Januar 1929 aus der KPdSU und der Komintern ausgeschlossen. 1933 musste er emigrieren. Von Paris aus nahm er Führungsaufgaben der KPD (O) wahr. Zu Beginn des Krieges war er in etwa zehn Lagern interniert. 1941 konnte er nach Kuba emigrieren. Nach Kriegsende scheiterten die Bemühungen um die Rückreiseerlaubnis nach Westdeutschland an der Ablehnung der alliierten Militärbehörden. Er, der antifaschistische Emigrant aus Deutschland, war unerwünscht im westdeutschen Nachkriegsdeutschland. August Thalheimer starb am 19. September 1948 in Havanna.

• Prof. Dr. Kurt Schneider

Der Beitrag stützt sich auf Daten von Theodor Bergmann in „Gegen den Strom“, VSA-Verlag, Hamburg 2001.

Engels, 1820 als ältester Sohn einer Unternehmerfamilie, die Baumwollspinnereien betrieb, geboren, starb am 5. August 1895 in London. Er hinterließ (nach Entrichtung der Erbschaftssteuer) ein Vermögen von 20.378 Pfund, in heutiger Währung etwa 2,4 Millionen Euro.

Fülberths Schrift ist für jüngere Leser hervorragend geeignet, sich mit Basiswissen über Engels vertraut zu machen.

Georg Fülberth: *Friedrich Engels*. PapyRossa Verlag, Köln 2018. 124 Seiten, 9,90 Euro. ISBN 978-3-89438-669-6

Lyrisches

Aber morgen sind wir tolerant

*Auf der Flucht im Meer ertrunken.
Oder dem Tod entronnen –
und doch aus dem Leben gerissen.*

Aber ab morgen sind wir tolerant.

*Durch die Straßen gehetzt –
und geschlagen.
Im Alltag diskriminiert.*

Aber ab morgen sind wir tolerant

*Viel wird geredet –
allerdings mit vielen Brandsätzen.
Am Ausschank wird man bedient –
mit Molotow-Cocktails.*

Aber ab morgen sind wir tolerant.

*In der Hoffnung auf offene Türen
sind sie gekommen –
die aber blieben zugeschlagen.
Ihr neues Heim geriet erneut in
Brand – das kannten sie schon.*

Aber ab morgen sind wir tolerant.

*Besser wäre: Flüchtlingsgespräche
über Flüchtlingsschicksale.
Dann sind wir tolerant.*

• René Lindenau

FÜR DEINE PARTEI

*Stimmen geentert
Bei der Wahl gekentert*

• Janina Niemann-Rich

Politreise

*Seehofer ist nicht in den
Twitterwochen
Mit Trump
Oft vereint beide
Altersstarrsinn
Klappernde Gedankenschritte
Unsichtbarer Begleiter stets:
Das verkalkte Reaktionäre*

Braunschwarzer Dünkel

*Bayerische Extrawurst
Sodawasser im Goldbecher:
Söder*

• Jürgen Riedel

1 / KALENDERBLATT

Eng befreundet mit Clara Zetkin, Friedrich Westmeyer, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Karl Liebknecht u.a., gehörte er mit Kriegsausbruch zur „Gruppe Internationale“ und nahm an der 1. Reichskonferenz der Linken im Januar

Terminübersicht



Dresden, 17. September, 19 Uhr

■ Podium

Trau' keinem über 100! Gesellschaftliche Ansichten à la Marx.

REIHE: „An allem ist zu zweifeln!“ Marx' Motto heute. Mit Klaus Lederer (Bürgermeister und Senator für Kultur und Europa in Berlin) und Dirk Zöllner (Sänger, Songtexter und Komponist) *Schauburg Dresden, Fritz-Lang-Saal, Königsbrücker Strasse 55, Dresden*

Leipzig, 17. September, 18.30 Uhr

■ Lesung

„Deutschland - ein Wintermärchen“ von Heinrich Heine*

Mit Mike Melzer (RLS Sachsen) *Interim by linXXnet, Demmeringstraße 32, Leipzig*

Chemnitz, 22. September, 11 Uhr

■ Informationsstand

Eröffnung der Interkulturellen Wochen

Neumarkt, Chemnitz

Leipzig, 25. September, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Georg Lukács' langer Weg zu Marx

REIHE: PHILOSOPHISCHE DIENSTAGS-GESELLSCHAFT
Mit Dr. Antonia Opitz, Moderation: Prof. Dr. Karl-Heinz Schwabe
RLS Sachsen, Harkortstraße 10, Leipzig

Dresden, 26. September, 19 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Roma in Deutschland: Immer noch unerwünscht.

Eine persönliche Geschichte über den Kampf gegen eine Abschiebung aus Sachsen* im Rahmen der Interkulturellen Tage. Mit Sami Bekir und Jörg Eichler (Gruppe Gegen Antiromaismus).
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, Dresden

Dresden, 25. September, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Smart City? Selbermachen - Stadtentwicklung im digitalen Zeitalter und do it yourself

REIHE: Junge Rosa. Mit Katalin Gennburg (Stadtpolitische Sprecherin in der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus Berlin).
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden

Wie wollen wir in der Stadt der Zukunft leben? Kann eine Transformation des analogen Stadtraums im digitalen Zeitalter gelingen und zwar ohne das wieder nur dieselben Konzerne davon profitieren? Ja! Lasst uns reden über neue Experimentierräume für alte und junge Menschen, in Nachbarschaften und für digitale Teilhabe. Lasst uns über gemeinsames Produzieren mit neuen Anwendungen und über neue Produktionsorte für und mit dem Gemeinwesen sprechen. Urban Commoning statt digitaler Rendite und Datenklau.

Leipzig, 29. September, 18 Uhr

■ Preisverleihung

Verleihung des RosaKunstpreises

RLS Sachsen, Harkortstraße 10, Leipzig

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen vergibt erstmals im Herbst 2018 den Rosa-Kunstpreis. Der Preis steht für kontinuierliche Arbeit auf dem Gebiet der politisch engagierten, zeitgenössischen Kunst und wird alternierend zum Wissenschaftspreis der Stiftung alle zwei Jahre vergeben. Beworben haben sich 77 Künstler*innen aus den Bereichen Literatur, Bildende Kunst, Musik, Theater, sowie interdisziplinäre Kulturprojekte. Der Rosa-Kunstpreis ist mit einer Summe von 1.200,- € dotiert.

Dresden, 10. Oktober, 19 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Verschläft die Linke die Digitalisierung?

Für eine neue Debatte um digitale Technologien*.
Mit Timo Daum (Autor)
WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, Dresden

Leipzig, 11. Oktober, 18 Uhr

■ Podiumsdiskussion

Neues von Arthur Koestler und über Bertolt Brecht*

REIHE: Jour Fixe - ein unkonventioneller Gesprächskreis. Mit Prof. Dr. Klaus Kinner (Historiker) und Prof. Dr. Klaus Pezold (Historiker)
Erich-Zeigner-Haus e.V., Zschochersche Straße 21, 04229 Leipzig

Prof. Dr. Klaus Kinner würdigt die Entdeckung des Originalmanuskripts von Arthur Koestlers „Sonnenfinsternis“. Koestlers Schlüsselroman setzt sich mit den stalinistischen Säuberungen in den 1930er Jahren auseinander. Prof. Dr. Klaus Pezold stellt eine neue Biographie über Bertolt Brecht aus der Feder des britischen Germanisten Stephen Parker vor.

Chemnitz, 13. Oktober, 14 Uhr

■ Workshop

Marxlesekreis

Bibliothek, Rosenplatz 4, Chemnitz

Leipzig, 16. Oktober, 19 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Sonderbericht des IPCC zum 1,5 Grad Ziel*

Mit Gerrit Hansen (Referentin für Internationale Klimaschutzpolitik). Eine Veranstaltung von PRISMA IL Leipzig mit Unterstützung der RLS Sachsen.
Pöge-Haus, Hedwigstraße 20, Leipzig

Der am 8.10.2018 veröffentlichte Sonderbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change wird sich mit dem 1,5 Grad Ziel und dem Pariser Klimaabkommen von 2015 beschäftigen. Die hohe politische Brisanz, die der Bericht nach einem ersten Leak jetzt schon hat wird ebenso im Mittelpunkt des Vortrages stehen, wie die Diskussion welche Bedeutung der Bericht für die deutsche Klimapolitik, die Kohlekommission und das Mitteldeutsche Revier haben. Nach dem Klimacamp in Pödelwitz (Leipziger Land) sollen weitere zivilgesellschaftliche Aktivitäten in den Fokus rücken.

Zwickau, 16. Oktober

■ Lesung und Diskussion

Unter Sachsen - Zwischen Wut

und Willkommen*

Mit Mathias Meisner (Herausgeber und Journalist). Eine Veranstaltung des politikkontor (Büro MdL Horst Wehner Die LINKE) und der RLS Sachsen.
Zwickau, Ort wird noch bekannt gegeben

Radebeul, 17.10.2018, 13 Uhr, bis 21.10., 13 Uhr

■ Workshop

Intensivwoche Politische Bildung - Grundlagen der politischen Bildungsarbeit*

Mit Claudia de Coster (Referentin politische Weiterbildung, RLS) und Ronald Höhner (Referent politische Weiterbildung, RLS).
Jugendherberge Dresden-Radebeul, Weintraubenstraße 12, Radebeul

Die Intensivwoche ist als Training angelegt, um einen möglichst hohen Grad an Praxisnähe im gemeinsamen Aneignungsprozess von Modellen, Techniken und Methoden zu erreichen. Teilnahmegebühr: 100 € / 50 € ermäßigt* (incl. Übernachtung im Doppelzimmer und Vollverpflegung; je nach Verfügbarkeit ist gegen einen Aufpreis eine Übernachtung im Einzelzimmer möglich) Die Fahrtkosten sind selbst zu tragen. Anmeldung bis zum 14. September 2018 per E-Mail an: claudia.deCoster@rosalux.org. Die Anmeldung ist verbindlich und wird nach Eingang des Teilnahmebeitrags bestätigt. Die Teilnehmendenzahl ist auf 20 Personen begrenzt. Wir streben an, mindestens die Hälfte der Plätze mit Frauen zu besetzen. Weitere Informationen unter: www.sachsen.rosalux.de

Chemnitz, 18.-21. Oktober

■ Kongress

3. Jugendkongress „Never give up“*

Eine Veranstaltung von WASTELAND - Vernetzung antifaschistischer und antirassistischer Gruppen Ost in Kooperation mit der RLS Sachsen, dem Conne

Island und dem Bund Deutscher Pfadfinder_innen
AJZ Chemnitz/ Alternatives Jugendzentrum e.V., Chemnitztalstr. 54, Chemnitz

Statt zu warten, dass sich etwas an den sächsischen Zuständen ändert, lasst es uns einfach selbst in die Hand nehmen! Um uns gegenseitig zu ermutigen, uns zu informieren und zu organisieren, freuen wir uns mit Euch auf den antifaschistischen Jugendkongress 2018. Vorträge und Workshops gibt es u.a. zum anhaltenden Rechtsruck und den kommenden Landtagswahl, zu Feminismus, Sozialen Kämpfen und Klimagerechtigkeit. Die Teilnahme ist kostenlos. Für Unterhaltung, Inputs, diverse Workshops, Mucke und Penplätze ist gesorgt. Essen und Trinken gibt es auf Spendenbasis. Programm und Anmeldung unter <https://timetoact.noblogs.org>. Anmeldeschluss ist der 30. September.

Dresden, 19. - 20. Oktober, 19 Uhr - 21 Uhr und 10 Uhr - 18 Uhr

■ Workshop

Organisieren, um alles zu verändern: Handwerkszeug für die Arbeit in Nachbarschaften, Bildung und Politik.* Mit Rico Rokitte (Kordinator für den Arbeitskreis Organizing der Bundesstiftung).

Wir AG, Martin-Luther-Strasse 21, Dresden

Mit den Werkzeugen des Organizing Politik zu machen, heißt längerfristige (Selbst-)Organisierung anzustoßen. Ziel des Workshops ist ein kompakter Einblick in die Denkweisen und Methoden des Organizing. Bitte meldet euch bis zum 5. Oktober 2018 unter rokitte@rosalux-sachsen.de an. Mehr Infos zum Workshop demnächst unter: www.sachsen.rosalux.de

* in Kooperation der Rosa-Luxemburg-Stiftung. *Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V.*

Impressum

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Ute Gelfert, Thomas Dudzak, Ralf Richter

Bildnachweise, wenn nicht gesondert

vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 01.09.2018

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 04.10.2018.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro. Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Verein Linke Bildung und

Kultur für Sachsen e.V.

IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07

BIC: GENODEF1DRS

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

Aboservice:

www.links-sachsen.de/abonnieren,

aboservice@links-sachsen.de oder

Telefon 0351-84389773

Die Angstprediger

Ralf Richter über Liane Bednarz' Versuch, aufzuzeigen, „wo unter Christen die Bruchlinie zwischen konservativem und rechtem Denken verläuft“

Um es gleich vorweg zu nehmen: Das Buch der diplomierten Juristin und Adenauer-Stipendiatin Liane Bednarz ist eine gute Ergänzung zu Melanie Amanns Buch „Angst für Deutschland“. Amann schreibt flüssiger, der Stil ist eingängiger. Liane Bednarz operiert mit zahlreichen Namen, Daten und Fakten, so dass manches Mal der rote Faden verloren zu gehen droht. Gleichwohl ist es unumgänglich, dieses Buch zu lesen, wenn man wissen will, weshalb die AfD insbesondere so erfolgreich ist, Wähler von der CDU bzw. CSU zu gewinnen.

Bednarz sieht sich selbst als konservative Christin. Sie unternimmt auf 250 Seiten in einem schmalen Taschenbuch nun den Versuch, aufzuzeigen, „wo unter Christen die Bruchlinie zwischen konservativem und rechtem Denken verläuft“ – und scheitert damit grandios! Das muss so sein, weil sie ein wesentliches Element vernachlässigt: die Geschichte der CDU. Wenn es heute selbst Linken schwerfällt, die CDU als konservative Partei wahrzunehmen, da deren Anführerin jedem aktuellen Meinungsbild hinterherläuft – wie viel schwerer muss das den Mitgliedern der bis zur AfD-Gründung wichtigsten konservativen Partei, der CDU, fallen? Bednarz analysiert kaum die Entwicklung dieser Partei, sie taucht mehr in das westdeutsche kirchenchristliche Milieu ein, das ihr vertraut ist.

Interessant ist der Rekurs in die Vergangenheit. Denn um heute führende

Rechtsintellektuelle wie Götz Kubitschek zu verstehen, muss man wissen, wer seine geistigen Zieh-Väter waren und von wem diese wiederum ihre Ideen hatten. Bei Kubitschek, einem christlich-konservativen, rhetorisch versierten Verleger und Publizisten, der den rechtsintellektuellen Thinktank „Institut für Staatspolitik“ mitbegründete, reicht es nicht zu wissen, dass er von der „Jungen Freiheit“ kommt. So wie man den deutschen Faschismus ab 33 nicht verstehen kann, ohne die intellektuellen Wurzeln einzubeziehen, genauso wenig darf man das bei den heutigen Neurechten vernachlässigen. Wer wissen will, wo die Identitäten herkommen, muss nach Frankreich schauen und kommt an dem Namen Alain de Benoist nicht vorbei. Dieser entwickelte Ideen der „völkischen Intellektuellen“ der Weimarer Republik weiter – ebenso wie der geistige Ziehvater des derzeit tonangebenden Rechtsintellektuellen in Deutschland. Es ist der Schweizer Armin Mohler, der eine Gegenbewegung zu den 68ern in Westdeutschland aufbaut. Seine Grabrede wird kein anderer als Götz Kubitschek halten. Eine klare Unterscheidung zwischen den Neurechten in Frankreich und denen in Deutschland liegt eindeutig in ihrer Haltung zum Christentum: Während die Franzosen die Kirche stark kritisieren, ist das bei den Deutschen nicht so. Die Junge Freiheit als Publikation der Neurechten wurde 1986 in Freiburg als christlich-konservative Schülerzeitschrift gegründet. Schon im Herbst



1990, als das erste Studienjahr nach der Wende begann, standen die Zeitungsverkäufer vor den Toren der Humboldt-Universität in Berlin und schickten sich an, den intellektuellen Diskurs im Universitäts- und Hochschulmilieu Berlins zu beeinflussen.

So sehr sich die Autorin auch mit ihrer „Bruchlinie“ zwischen Konservativen und Neurechten müht, es wird deutlich, dass die AfD mit ihrem rechtschristlichen Hintergrund eher die Bruchlinie für CDU und CSU bildet. Während die eine Partei (noch?) katholisch-bayrisch und die andere doch

mehr evangelisch geprägt ist, so sind doch die „harten Konservativen“ bei den Glaubensrichtungen – von denen in den Freikirchen und bei den Evangelikalen ganz zu schweigen – kaum noch von CDU oder CSU zu binden. Sie finden – egal wie oft die sich noch spalten mögen – Halt in neurechten Bewegungen oder in der AfD. Mit der Wahl Trumps, dem Erfolg der Nationalisten in Großbritannien, Österreich und Italien und dem neuen konservativen Block des Visegrad-Staaten wird die internationale Vernetzung der „Verteidiger des Abendlandes“ voranschreiten und es ist bislang nicht zu erkennen, wie die etablierten C-Parteien sich erfolgreich dem Rechtsruck entgegen stellen wollen, zumal mit der Abkehr vom Pfad der „Willkommenskultur“ bereits eine kleine Kapitulation vollzogen wurde. Mit dem Beschreiten dieses „deutschen Sonderweges“ hat die CDU eine rote Linie überschritten. Das ist und bleibt aus Sicht vieler ihrer früheren Anhänger und Mitglieder einfach unverzeihlich.

Noch eine interessante Beobachtung: Das Hauptschlachtfeld liegt im virtuellen Raum! 90 Prozent der Quellen sind Online-Quellen. Eine klare Schwachstelle ist das Fehlen eines Glossars. Auch für das Quellenstudium wäre es sinnvoll, wenn der Verlag einen Weg finden würde, den Leserinnen und Lesern das Quellenstudium zu ermöglichen. Das Buch erschien bei Droemer und kostet 16,90 Euro.

Flieger-Ehrenmal nahe Syhra restauriert!

Nach einer jahrelangen Odyssee konnte nun endlich die Restauration des Fliegerehrenmals bei Syhra (Kreis Leipzig) abgeschlossen werden. Damit haben wir unsere Verpflichtung aus dem Jahr 2017, alles dafür zu tun, dass das Gedenken am 52. Tag der Wiederkehr des Unglücks am sanierten Denkmal erfolgen kann, erfüllt. Dass dies möglich wurde, verdanken wir der Solidarität vieler Menschen im ganzen Land.

Die Mitglieder des Ortsverbandes Geithain der Partei DIE LINKE und unsere Stadträte möchten deshalb auf diesem Wege herzlich Danke sagen für die Veröffentlichung unseres Spendenaufrufes und die Beteiligung zahlreicher humanistisch denkender Menschen an der Spendenaktion für die Sanierung des Ehrenmals.

Es wird somit auch in Zukunft an die zutiefst menschliche Tat der beiden Angehörigen der Fliegerkräfte der Sowjetarmee erinnert werden, die am 19. Oktober 1966 ihr Leben nicht schonten, sich nicht aus ihrer bren-

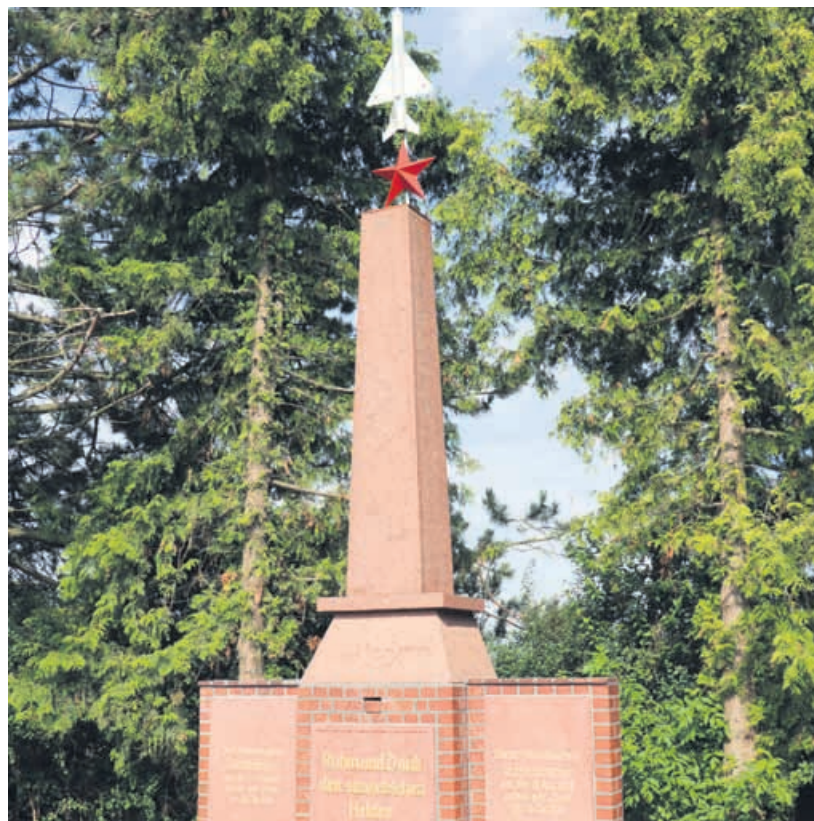
nenden MiG 21 U retteten und dadurch zahlreiche Menschen in der Ortschaft Syhra vor dem Tod bewahrten. Diesen Dank sprechen wir auch im Namen der Angehörigen der beiden damals auf tragische Weise ums Leben gekommenen Piloten Oberst Viktor Nikolajewitsch Schandakow und Major Juri Alexejewitsch Wladimirow aus, die sich herzlich für die überwältigende Hilfsbereitschaft bedanken.

Die Spendensammlung erbrachte eine größere Summe, als sie für die jetzige Sanierung des Denkmals notwendig ist. Das überschüssige Geld wird für die Werterhaltung des Denkmals und seines Umfeldes in der Zukunft eingesetzt werden.

Wir haben das restaurierte Ehrenmal zum Weltfriedenstag am 1. September 2018 eingeweiht.

• Bernd Gnant, Vorsitzender DIE LINKE, Ortsverband Geithain

• Ulrich Böhme, Vorsitzender DIE LINKE, Fraktion im Geithainer Stadtrat



„Schreib Lieder, sagen die Gedichtemacher, schreib Gedichte, sagen die Liedermacher, schreib Prosa, fordern die Essayisten ... eine Mixtur der Genres, fließende Grenzen.“ Mit diesen Worten leitete Steffen Mensching sehr zu treffend im Schutzumschlag den ersten Gedichtband Wenzels „Lied vom wilden Mohn“ aus dem Jahr 1984 ein. Denn Hans-Eckardt Wenzel ist ein sehr vielseitiger Künstler, dem es wichtig ist, Lyrik und Musik ineinander fließen zu lassen, wobei er darauf bedacht ist, zu vertonenden Chansons Texte zu unterlegen, die rein strukturell dafür geeignet sind. Sonst lässt er Lyrik Lyrik sein und veröffentlicht sie in gedrucktem Format, wobei seine Arbeitsweise es auch zulässt, falls es ihm unbedingt nötig erscheint, auch sie zu vertonen. Er ist bestrebt, seine Lieder im Vortragsstil eines Francois Villon zu kreieren, und teilweise lässt die Eislerschule aus der Ferne grüßen.

Wenzel selbst sprach von Aufklärung als festem Skelett, auf dem sich seine Werte aufbauen, er will Traditionelles nicht einfach fallenlassen, sondern es aufgreifen und neu gestalten.

Es war Steffen Mensching nicht von ungefähr vergönnt, den erwähnten Gedichtband einzuleiten. Denn beide kannten sich schon eine kleine Ewigkeit, sie sind bis heute gute Freunde, waren streitbare Kollegen im Liedtheater „Karls Enkel“, bevor sie sich als die inzwischen legendären Anarcho-Clowns „Wenzel-Mensching“ Kultstatus erwarben.

Wenzel galt schon zu DDR-Zeiten in Kennerkreisen als der wichtigste Liedermacher. Er war es, der frischen Wind durch die Szene blies. Ein Hauch von unbändiger Anarchie umwehte sein Publikum, wenn er, langhaarig und bärtig, die Bühne betrat und sein Chanson vom wilden Mohn bissig durchs Mikrofon schmetterte. Er hob sich weit von der üblichen Gangart anderer Kollegen seines Genres ab. Auf seiner ersten Soloscheibe „Stirb mit mir ein Stück“, 1986 bei Amiga erschienen, schwelgt Wenzel in seinen Empfindsamkeiten, schlüpft in Rollen vereinsamer Individualisten und schildert äußerst poetisch den oft grauen Alltag im ach so gepriesenen Prenzlauer Berg, dem begehrten Stadtteil der DDR-Hauptstadt (derweil ist Berlin das dritte Mal Hauptstadt, und Wenzel resigniert inzwischen: „Hier bin ich nicht mehr zu Hause, bin wie ein Banause, von Beton umbaut“, denn dem trostlosen Grau folgte gnadenloses Weiß). Er drückte die bis dahin noch kaum ausgesprochenen Gefühlswelten junger Menschen aus, dokumentierte somit erstmalig einen real existierenden Kosmos aus Trauer, Hoffnung, Liebe, Leid, Lebensfreude.

Auf diesem sehr sensiblen Album bedient sich Wenzel auch zweier Textvorlagen des leider in Vergessenheit geratenen Österreicher Theodor Kramer. Diesem Dichter widmete Wenzel Jahre später weitere Produktionen.

Wenzels Bühnenpräsenz ist es nicht, des üblichen Liedermachergestus zu bedienen, mit moralischer Höhenbegeisterung und belehrenden Ansagen während des obligatorischen Stimmens

Seiltänzer auf den Buchstaben

Jens-Paul Wollenberg über den „guten Menschen“ Hans-Eckardt Wenzel



Foto: Malenky / Wikimedia Commons / CC BY-SA 3.0

der Gitarre. Vielmehr streut er Zuversicht, solidarisiert sich mit seinen Zuhörern, verbreitet Trost, vermittelt Zusammenhalt auf der Grundlage der von ihm ausstrahlenden Bescheidenheit. So vermag er sein Publikum mit seinem außergewöhnlichen Charisma zu verzaubern.

Wenzel wurde am 31. Juli 1955 in Kropstett bei Wittenberg als Sohn eines Lehrerehepaars geboren. Er verbrachte seine Jugend in Wittenberg, wo er 1974 das Abitur ablegte, bevor es ihn nach Berlin zog, wo er von 1976 bis 1981 an der Humboldt-Uni Kulturwissenschaften studierte. Schon als Kind begann er, Kurzgeschichten und erste Gedichte zu schreiben. Entdeckt wurde sein Talent von einem Pionierleiter und seiner Deutschlehrerin, die ihm alsbald empfahlen, auch politische Themen zu bearbeiten. Und so dauerte es nicht lange, bis er sich als dichtender Pionier einen Namen machte. Da in Wittenberg ein bekannter Dichter lebte, lag es nahe, Wenzel zu überreden, in zu konsultieren, um kritische Hinweise zu ergattern. Doch die hochgelobten Verse des jungen Poeten waren zum Scheitern verurteilt, der Meister verriss sie allzu arg, sodass Wenzel das Schreiben erst einmal aufgab. Erst Jahre später begann er wieder, Texte zu verfassen, hauptsächlich in Liedform, die er dann in diversen Singeklubs ausprobierte und vortrug.

Seit 1976 wirkte er dann parallel zu seinem Studium als Autor und Liederma-

cher, stieß unweigerlich auf das Ensemble „Karls Enkel“, das sich nach und nach vom Singeklub zum Liedtheater entwickelte, und wurde dessen Mitglied – den Wandel beeinflusste er entscheidend. Hier lernte er Steffen Mensching kennen, der als Autor und Darsteller agierte. Unter Wenzels Regie entstanden bis zur Auflösung der Gruppe vierzehn literarische Musikprogramme auf hohem künstlerischen Niveau.

Ab 1984, nach der Auflösung von „Karls Enkel“, arbeiteten die Mitglieder an neuen Projekten. Stephan Körbel schlug eine Solokarriere als Liedermacher ein und gründete zur Wendezeit das Berliner Plattenlabel „Nebelhorn“, Rolf Fischer bereicherte mit seinem Cello die „Bolschewistische Kurkapelle Schwarz Rot“, andere ehemalige Mitstreiter erarbeiteten mit Wenzel und Mensching die Fortsetzung der legendären „Hammer-Rewüh“ in Form einer „Sicheloperette“. 1982 begann Wenzels Kooperation mit Mensching als bereits erwähntes Clown-Duo, das bis weit in die späten Neunziger hinein nicht nur auf Kleinkunsthöfen erfolgreich unterwegs war.

Es existieren zwei CDs, die Anfang der Neunziger bei Buschfunk beziehungsweise Nebelhorn produziert wurden: „Abschied der Matrosen vom Kommunismus“ und „die legendäre Hammer-Rewüh von 1982“. Als bemerkenswerter Leckerbissen sei der Spielfilm „Letztes aus der DaDaer“ empfohlen, in dem das Duo sein gleichnamiges Pro-

gramm skurril in Szene setzte (das war übrigens angeblich die letzte DEFA-Produktion). Dennoch kam es zur Trennung, Mensching ging später nach Rudolstadt und wurde der Intendant des dortigen Theaters. Wenzel ist seitdem als Songwriter, Liedermacher beziehungsweise Autorsänger unterwegs und hat inzwischen mehr als 40 Platten produziert, die allesamt mit ihrem künstlerischen Niveau überzeugen, wie „Schöner Lügen“ aus dem Jahr 1999, „Lied am Rand“, „Ticky-Tock – Wenzel singt Woodie Guthrie“ von 2003 oder sein vorletztes Werk „Wenn wir warten“, das 2016 auf den Markt kam.

Dass ihm politische Unzulänglichkeiten nie einerlei waren und sind, bewies er durch ständiges Einmischen, etwa als Erstunterzeichner der Resolution der Liedermacher und Rockmusiker vom 18. September 1989, die mehr Demokratie forderte, eine reformierte DDR, ohne gleich an die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten zu denken. Auch gegenwärtig prangert er in den Ansagen zu seinen Liedern Missstände an, bleibt ein politischer Aufrührer im Geiste, seine Waffen sind Poesie, Gesang und Musik.

Noch immer sind seine Konzerte sehr gut besucht, er füllt die Säle, und es ist schon erstaunlich, dass es diesem Jongleur der politischen Werte, diesem Seiltänzer auf den Buchstaben trotz seiner Rastlosigkeit spielerisch gelingt, konzertant zum Verweilen einzuladen. Da verliert der dumme Begriff „Event“ sein Schmach, denn Wenzels Konzerte sind lebendiger denn je. Ja, und welchem anderen deutschsprachigen Liedermacher ist es bislang gelungen, sein Publikum zum Tanzen zu verführen? Da ist schon Magie im Spiel.

Auf die Frage eines Journalisten, ob er nicht darüber erstaunt sei, dass er heute noch große Säle füllt, reagierte Wenzel nüchtern mit der Erkenntnis, dass die allgemeine Verblödung wohl noch nicht ganz so schnell fortgeschritten sei und dass viele noch an Inhalten interessiert sind, dass sie ihm und seinen Liedern vertrauten, weil sie spürten, dass sie nicht verarscht werden.

Hans-Eckardt Wenzel wurde für sein künstlerisches Schaffen immer wieder ausgezeichnet. So erhielt er bereits 1978 die Johannes-R.-Becher-Medaille, seither auch den Heinrich-Heine-Preis des Ministeriums für Kultur der DDR, den deutschen Kabarettpreis und 2003 den „RUTH“ beim TFF-Rudolstadt. Die Jury bei letzterem begründete ihre Entscheidung folgendermaßen: „Die Eigenständigkeit seines Klanges entsteht aus dem Gewöhnlichen, aus dem gelebten Leben. So lässt jeder Ton, jedes Wort bei Wenzel einen das Leben und das Leben ‚vor diesem Leben‘ erfühlen. Ohne viel Umschweife, fast karg und spröde, sagen Wenzels Lieder alles über die Befindlichkeiten einer Generation und ihres gesellschaftlichen Umfelds aus.“

Auf meine Frage an ihn während eines Treffens in Rudolstadt, was zu erwähnen ihm noch wichtig sei, bekam ich die kurze Antwort: „Schreib, dass ich ein guter Mensch bin.“ Das ist er!

September 2018

Sachsens Linke

Aktuelle Informationen
stets auch unter
www.dielinke-sachsen.de



Ursachen benennen!

*Chemnitz sitzt allen noch in den Knochen. Wieder ein Schreck, der aus Sachsen durch die Bundesrepublik geht, der sich einreißt in die und doch wieder heraussticht aus der Kette an Ereignissen. Entsetzen. Und sofort auch reflexartige Reaktionen. Rechte schlachten den, so wird betont, „Tod eines Deutschen“ aus. Mitte-links reagiert mit Demonstrationen, Künstler*innen organisieren ein Konzert, welches glücklicherweise 65.000 auf die Straße holt. Wir LINKE reagieren richtigerweise antifaschistisch.*

Allerdings liegt die Ursache dafür, dass anders aussehende Menschen durch eine Stadt gejagt werden, tiefer. Die Abgrenzung des Sächsisch- und des Deutsch-Seins wurde durch die Regierenden hierzulande zelebriert. Deutsche zuerst ist das Ergebnis. Dass ohne Zuwanderung niemand auch nur ein Quäntchen mehr soziale Sicherheit hätte, gerät gesellschaftlich ins Hintertreffen.

Rücktrittsforderungen scheinen absurd, weil es in der Tat nur noch schlimmer kommen kann. Deshalb reicht es nicht, wenn wir antifaschistisch reagieren, wir müssen Ursachen benennen: Sozialabbau, Niedriglöhne, Abbau von Infrastruktur, von Verwaltungsnähe über Jahre hinweg, Selektion innerhalb der Gesellschaft, Demütigung von Menschen, z. B. durch Hartz IV.

*Die „Mutter aller Probleme“ heißt Kapitalismus. Das zu benennen ist unsere Aufgabe. Ganz nebenbei gilt es Bündnisse zu schmieden mit allen, die ein anderes Sachsen wollen. Ohne die Nase zu rümpfen, weil die Partner*innen möglicherweise keine Lupenreinen sind. Jede Partnerschaft für ein (welt)offenes Sachsen muss genutzt, gepflegt, ausgebaut werden, damit Sachsen nicht in blaubraun erstickt.*



Weichen für die Landtagswahl gestellt!

Thomas Dudzak über den Parteitag in Hoyerswerda

Am 25. August 2018 trat die 3. Tagung des 14. Landesparteitages in der Lausitzhalle Hoyerswerda zusammen, um die Weichen für die Landtagswahlen 2019 zu stellen. So stand neben der Diskussion des Leitbilds zum Landesentwicklungskonzept ALEKSA auch die Entscheidung über das Wahl- und Aufstellungsverfahren auf der Tagesordnung. Der Parteitag sollte darüber hinaus beschließen, ob die Entscheidung über die inhaltlichen Schwerpunkte und über die Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2019 in die Hände aller Mitglieder gelegt werden soll. Darauf ging auch die Landesvorsitzende Antje Feiks in ihrer Eröffnungsrede ein: „Mit dem, was wir heute hier beraten, was wir heute hier beschließen wollen, sind wir einzigartig.“ DIE LINKE werde die einzige Partei, die es wagt, ihre Mitgliedschaft zu befragen, wenn es darum geht, die Schwerpunkte für die kommende Landtagswahl festzulegen. „Und weil wir die Inhalte für die Wahlen in die Hände unserer Mitglieder legen, ist es folgerichtig, dass die Mitglieder auch darüber entscheiden, wer diese Inhalte im Wahlkampf für uns vertreten wird. Das erfordert Mut. Mut zum Kontrollverlust. Aber gerade als Partei mit basisdemokratischem Anspruch steht uns dieser Kontrollverlust gut zu Gesicht: Ich glaube an die Weisheit und die Verantwortung der GenossInnen“, so Feiks.

Spekulationen um eine mögliche schwarz-dunkelrote Koalition, die in den Wochen vor dem Parteitag durch den Blätterwald gerauscht waren, erteilte sie eine klare Absage. Der CDU fehle es dazu an „politischer Kultur, einem gesunden Verständnis von Demokratie und an Anerkennung der Opposition.“ Dies sei keine gute Basis für eine Zusammenarbeit.

Falls es zu keiner stabilen Mehrheitsregierung nach der Landtagswahl kommen sollte, werde man sich mit allen demokratischen Parteien an einen Tisch setzen und Optionen beraten. „Ob die CDU sich dann zu diesen demokratischen Kräften zählen will, ist ihre Entscheidung.“

Im Anschluss fand die Beratung über den Leitantrag statt. Ungewöhnlich: Dieser war nur eine halbe Seite lang. Der eigentliche Text – der Entwurf für das Leitbild zu ALEKSA – war lediglich Anlage zum Leitantrag. Und das hatte seinen Grund: ALEKSA sollte nicht beschlossen werden, sondern auf dem Parteitag sollte der Startpunkt sein, um das Papier in der Partei zu debattieren, bevor ein dritter Entwurf mit Anregungen aus der Partei von der Redaktionsgruppe erarbeitet wird. Der Landesparteitag bildete also hier den Auftakt zu weiterer visionärer Programmarbeit.

Ein anderer Startpunkt wurde schließlich mit dem Wahl- und Aufstellungsverfahren gesetzt, den nämlich zur Findung und Nominierung unserer KandidatInnen zur Landtagswahl. Der Landesparteitag folgte hier nach intensiver Antragsbehandlung dem Vorschlag des Landesvorstandes, einen 20er-Listenvorschlag mit SpitzenkandidatIn, Kernteam, zwei Jugendkandidierenden und jeweils einem zusätzlichen Platz für kandidierende der Kreisverbände zu bilden. Die Landesliste selbst wird schließlich auf der LandesvertreterInnenversammlung im April 2019 gewählt.

Der eigentliche Paukenschlag jedoch brauchte auf der Tagung keine fünf Minuten, um beschlossen zu werden: Die Ordnung über Mitgliederentscheid und -befragung zur Landtagswahl 2019. Mit übergroßer Mehrheit wurde diese Ordnung verabschiedet und somit der Weg dafür frei gemacht, die inhaltlichen Schwerpunkte und die Spitzenkandidatur durch die Basis bestimmen zu lassen. Daraus folgt ein inhaltlich heißer Herbst für die Partei. Alle Informationen zu Mitgliederentscheid und Mitgliederbefragung finden sich auf **Seite 3 dieser Ausgabe**.

Weitere Informationen und Beschlüsse zum Landesparteitag hier: www.dielinke-sachsen.de/partei/parteitag

Leserbriefe

Wer entschuldigt die Tausenden, die ihre Augen und Ohren vor Rassismus verschließen?

Was hat meine Heimatstadt Dresden doch schon alles erlebt und erfahren müssen? Im Alter über die Siebzig erinnere ich mich gern an Kindheit und Jugend in und um diese schöne Heimatstadt. Die Kriegstrümmer, das Leid der Menschen und Familien, das Wiedererstehen der schönen Elbmetropole mit ihren Schlössern, Kulturstätten, dem Großen Garten u.v.m., alles lebt in der Erinnerung. Friedliche, freundliche Menschen mit sächsischer Lebensart sind mir in Erinnerung. Seit Jahren erleben wir Bilder und Töne aus der Stadt, die jeden mehr als befremden müssten, nicht gleichgültig lassen dürften. Und dennoch ist es so, dass größte Bevölkerungsteile Auge und Ohr verschließen vor dem Sumpf, der sich mehr und mehr breit macht. Was ist übrig von den stolzen Menschen, die 1989 ihren Willen, ihre Meinung auf die Straßen trugen? Panorama zeigt am 19. Juli einige Bilder und Töne aus der Dresdner historischen Neustadt, wo Pegida-Anhänger einem rassistischem Gebrüll und Hassgeschrei mit Losungen wie „Absaufen, Absaufen“ ihr Auge und Ohr widmen. Eine Stadt, ihre Verantwortlichen, Regierende eines christlich regierten Sachsens, die dulden solch eindeutige Volksverhetzungen. Wie können und wie sollen ich und viele andere das noch als Heimat empfinden, ohne tiefste Scham dabei zu fühlen? Man erkläre mir, wie es sein kann, dass solches im Namen besorgter Bürger geduldet werden muss? Wer erklärt, wie es vereinbar ist mit allem, was seit drei Jahrzehnten als Menschenrechte in vielerlei Form thematisiert, angeklagt und gepriesen wird? Wer erklärt wie es vereinbar ist, dass jedes kritische Wort gegenüber Israel, jede Beleidigung eines Juden, so es von Islamgläubigen geschieht, zu größter Aufregung und Bezeichnung des Antisemitismus führt, aber Formen des Rassismus wie Ausländerhass ganz unaufgeregt toleriert werden? Um politische Bildung war und ist Sachsen sehr bemüht. Wer erklärt politisch verständlich einfach nur einmal diese Verhaltensweisen zu beschriebenem Geschehen? Welche Fraktionen, Parteien und Volksvertreter haben dazu deutliche Worte und Forderungen von sich zu geben, außer den üblichen Verklärungen? Das alles geschieht und geht vor sich in einer Zeit, wo uns Heimat- und Vaterlandsgefühl wieder einprägsam werden soll. Wie kann das jeder normal denkende und minimal gebildete Mensch, ein klein wenig menschlich Fühlender das noch guten Gewissens als seine Heimat empfinden? Die berühmten Einzelfälle, die angeblich wenigen, die dazu gehören, die entschuldigen nichts mehr. Wer und was entschuldigt die Tausenden, die Auge und Ohr verschließen samt derer, die auch für diese Rassismusform höchste Verantwortung tragen?
• Roland Winkler, Aue

Frank Richter - kein linker OB-Kandidat für Meißen

In der Juni-Ausgabe wurde von Tilo Hellmann die Unterstützung der Linkspartei für Frank Richter (Ex-CDU) als OB-Kandidaten in Meißen beworben. Eine „Persönlichkeit mit Werten, Herz und Verstand“ soll er sein, der „offen für das Gespräch“ mit noch jedem ist und dabei betont, „dass das Reden mit jemandem noch lange nicht zwangsläufig die Übernahme der Positionen des Gegenübers bedeutet.“ So hat er es vor ein paar Jahren auch der Freien Presse erklärt: Es gebe eine „Political Correctness, die es verbietet, bestimmte Probleme anzusprechen. [...] Dabei wissen wohl alle, dass Rauschgiftkriminalität oft mit Flüchtlingsbewegungen einhergeht. Wenn man dies anspricht, ist man noch lange kein Ausländerfeind und ignoriert nicht, dass Kriminalität auch [sic!] von Deutschen ausgeht.“ Zwei Monate zuvor hatte er als damaliger Direktor dem mehrfach wegen Drogenhandels und anderer Kleinkriminalität verurteilten Pegida-Gründer Lutz Bachmann die Räume der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung für eine Pressekonferenz zur Verfügung gestellt, um eine „Brücke zu Journalisten“ zu bauen. „Politiker müssen sich die Argumente der Pegida anhören, die sagen: Um Flüchtlinge kümmert sich der Staat, um unsere Fragen und Nöte aber nicht“, hatte Richter im Monat zuvor gegenüber Bild gefordert. Auch Hellmann beklagt in seinem Beitrag die mangelhafte „Akzeptanz unserer [sic!] politischen Ordnung“ und die „Kritik an den politischen Eliten“. Insofern ist Richter sein Kandidat. Auch er hatte festgestellt: „Eine gute Gesellschaftsordnung [...] macht noch keine gute Gesellschaft“, man müsse sie auch wirklich wollen. Diese aktive Zustimmung wird mittels Wahlen organisiert. Das macht die Demokratie zur perfekten Form bürgerlicher Herrschaft. Die Gewählten, das erfährt man dann beim Umblättern, treffen sich dann mit Unternehmern, um diesen aufzuzeigen, dass die Linkspartei „eben auch [!] in der Wirtschaftspolitik realistische Vorschläge anzubieten“ hat.
• Christoph, Leipzig

Meine Gedanken zum Weltfriedenstag

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Dieser Schwur bewegte nach dem verbrecherischen, mörderischen 2. Weltkrieg mein ganzes Denken und Handeln. Wenn ich mich nicht irre, war es J. F. Kennedy, der im Juli 1963 vor der UNO einmal sagte: „Man muss dem Krieg ein Ende setzen, oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende.“ Und Bertolt Brecht mahnte: „Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten. Lasst uns das tausendmal gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde. Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Munde

sind. Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen Wie armselige Versuche sind. Und sie werden kommen, ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden!“ Was ist erforderlich, um der militärischen Aufrüstung und dem Krieg ein Ende zu setzen? Meiner Meinung nach erfordert das eine allgemeine und vollständige Abrüstung und die Verschrottung aller kriegerischen Mordwaffen! Es ist höchste Zeit, dieses Thema auf die Tagesordnung einer UNO-Vollversammlung und auf die Tagesordnung der Parlamente aller Staaten zu setzen! Es geht um die Existenz der Menschheit!

• Werner Böhm, Weinböhla

Schlafen Gott und auch alle anderen Oberhirten ihrer unterschiedlichen Religionen?

Diese Frage muss erlaubt sein und betrifft deren Versagen bei Katastrophen und gewaltigen Unwettern in der Welt, aber auch ihre falschen Eingebungen an die Verantwortlichen in den Ländern! Diese können immer noch nicht vom Waffengerassel lassen, meinen ohne Kriege nicht bestehen zu können, und bleiben so der Zielstellung „Frieden auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen“ alle schuldig! Besonders schuldig wird aber auch das Weltkonsortium der Götter. Wenn es unterlässt, auf Amerika mit dessen unzuverlässigem Präsidenten einzuwirken, dass deren Weltrüstungsplan „Amerika zuerst“ sich im Weltall platzieren kann, um den Frieden in der Welt zu gefährden! So schlecht kann die Menschheit nicht sein, dass der gegenwärtige Zustand in der Welt als göttliche Strafe zu werten ist – den Nutznießern wird ständig ihr Kapital vergrößert, und hierzu hatte schon Karl Marx recht, als er meinte: „Religion ist Opium fürs Volk!“ Wie lange noch schläft es, das Volk, und überhört die Signale?

• Hermann Thomas, Wilsdruff

Zu „Griechenland schafft wichtige Etappe auf steinigem Weg“, Links! 07-08/2018, S. 1 und „Sparbüchse für's Rüstungsministerium“, Sachsens Linke! 07-08/2018, S. 8

Druck muss auch von unten kommen

Auch ich bezeichne es nicht als Verat, wenn eine sich als links verstehende Regierung in Griechenland oder der BRD gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung (z.B. Volksabstimmung gegen das Schuldendiktat in Griechenland) öffentliche Güter privatisiert und Sozialleistungen kürzt. Das würde kapitalistische Systemmechanismen als persönliches moralisches Fehlverhalten verharmlosen. Die Individualisierung der Diktatur des Kapitals und die moralisierende Kritik daran sind typische kapitalistische Propagandamechanismen. Auf diese sollten wir nicht hereinfallen. Außerdem empfinden die handelnden Politiker*innen ihre Politik nicht als Verat, nehmen diese Kritik meist persönlich und nicht systembezogen und sind deshalb für die berechtigte Kritik meist unempfänglich. Stattdessen zeigt auch das Beispiel Griechenland, dass gegen

die Diktatur des Kapitals keine parlamentarischen Mehrheiten oder Regierungen helfen, sondern nur ein breiter Widerstand aus der Bevölkerung. Somit kann ohne massiven Druck von unten selbst eine linke Regierung nicht den Rüstungshaushalt massiv senken, Privatisierungen und Sozialabbau verhindern und Demokratie erreichen. Ja, wir „brauchen alle Bündnispartnerinnen und -partner, die willens sind“, bei unseren gemeinsamen Zielen mit uns zusammenarbeiten. Diese brauchen wir aber zuerst in außerparlamentarischen Bewegungen und selbst bei parlamentarischen Mehrheiten. Eine Regierungsbeteiligung, die diesem Druck von unten entgegensteht, widerspricht somit unseren Zielen.

• Uwe Schnabel, Coswig

Volksantrag unterstützen!

Der Landesverband DIE LINKE. Sachsen unterstützt das breite Bündnis „Gemeinschaftsschule in Sachsen – Länger Gemeinsam Lernen“. Ziel ist es, mittels eines Volksantrags das Schulgesetz zu ändern, um die Schulform Gemeinschaftsschule auch in Sachsen zu ermöglichen. Dort kann dann länger gemeinsam gelernt werden.

Wir bitten alle Genossinnen und Genossen herzlich um Unterstützung bei der Unterschriftensammlung. In der ersten Runde müssen 40.000 Menschen ihre Unterstützung bekunden, damit sich der Landtag mit dem Anliegen befasst. In der nächsten Ausgabe gibt es detaillierte Infos zur Unterschriftensammlung.

www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de

Impressum

Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Ute Gelfert, Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt, Ralf Richter, Stathis Soudias.

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 01.09.2018

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 04.10.2018.

Basis ist Boss!

Thomas Dudzak über Mitgliederbefragung und Mitgliederentscheid zur Landtagswahl 2019

Der sächsischen LINKEN steht ein heißer, interessanter Herbst bevor. Der 14. Landesparteitages hat den Weg frei gemacht für eine Mitgliederbefragung zu den inhaltlichen Schwerpunkten zur Landtagswahl. Gleichzeitig werden die im Landesverband organisierten GenossInnen über die Spitzenkandidatur abstimmen. Ein solches Verfahren soll erstmalig in unserem Landesverband durchgeführt werden.

Wer darf abstimmen?

Alle Mitglieder des Landesverbandes. Wer bis zum 02.10.2018 seine Mitgliedschaft erklärt, in der vorgegebenen Zeit seinen ersten Beitrag bezahlt hat und gegen dessen Eintritt kein Widerspruch vorliegt, kann mitmachen.

Wie wird entschieden, was abgestimmt wird?

Für Mitgliederentscheid und -befragung gibt es je eine Abstimmungskommission. Den Mitgliederentscheid zur Spitzenkandidatur betreut die Wahlkommission des Landesparteitages. Sie wird am 2. Oktober um 18 Uhr die Liste schließen und feststellen, wer sich um die Spitzenkandidatur bewirbt. Wer das tun will, muss dies bis dahin schriftlich gegenüber der Wahlkommission getan haben. Zusätzlich können je 50 GenossInnen des Landesverbandes gemeinsam eine Person vorschlagen,

Fristen

- Die Bewerbung zur Spitzenkandidatur ist bis zum 2. Oktober 2018 18 Uhr (eingehend) gegenüber der Abstimmungskommission schriftlich zu erklären.
- Die Erstellung des Stimmscheins für die Mitgliederbefragung erfolgt am 1. November 2018 durch die Antrags- und Redaktionskommission. Die Möglichkeit der Einreichung von Thesen endet damit am 31. Oktober 2018 (eingehend).
- Die Versendung der Abstimmungsunterlagen erfolgt am 13. November 2018. Dieser Tag gilt als erster Tag der Abstimmung.
- Die Rücksendefrist für die Wahlunterlagen endet am 30. November 2018 um 18 Uhr eingehend bei der Landesgeschäftsstelle oder dem angegebenen Postfach.
- Die parteiöffentliche Auszählung erfolgt am 1. Dezember 2018 ab 10 Uhr. Danach werden die Ergebnisse parteiöffentlich bekanntgegeben.

die sich dann zur Kandidatur verhalten muss. Die Mitgliederbefragung wird durch die Antrags- und Redaktionskommission des Landesparteitages

Karl-Marx-Jahr 2018: Bildungsreise nach Trier

Der Landesverband DIE LINKE. Sachsen feiert in diesem Jahr den 200. Geburtstag von Karl Marx und hat dafür ein Projekt ins Leben gerufen. Ziel des Karl-Marx-Jahres ist es, einen positiven Zugang zur Person Karl Marx, seinem Leben, Wirken und Werk zu schaffen. Umgesetzt wurde das Projekt mit einer eigenen Website, Werbearbeiten und einem vielbesuchten Infostand zum Marx-Geburtstag am 5. Mai in Chemnitz. Vor allem aber mit politisch-kulturellen Angeboten, wie einer Kino-Tour mit dem Film „Der junge Karl Marx“ von Raoul Peck und einer szenischen Lesung des Monodramas „Marx in Soho“ mit Franz Sodann. Abschluss des Karl-Marx-Jahres ist nun eine Bildungsreise in Marxens Geburtsstadt Trier. Denn auch die Stadt widmet ihrem bekanntesten Sohn ein umfangreiches Jubiläumsprogramm. Die Bildungsreise findet vom 19. bis zum 21. Oktober statt. Auf dem Programm stehen Führungen durch die große Landesausstellung „KARL MARX 1818 – 1883. LEBEN. WERK. ZEIT“ sowie Stadtführungen durch Trier. Abgerundet wird das Kulturprogramm durch einen geselligen Abend mit GenossInnen aus Trier und dem Besuch eines Weingutes inkl. Verkostung. Die Kosten belaufen sich auf 190 Euro pro Person bei einer Übernachtung im Doppelzimmer. Enthalten

sind der Bustransfer nach Trier und zurück, zwei Nächte im Hotel, Frühstück, Abendessen sowie Eintritte und Führungen zu allen Programmpunkten. Eine Anmeldung ist bis zum 20. September über die Landesgeschäftsstelle möglich: marx200@dielinke-sachsen.de; 0351 8532723
Anreise: Freitag, 19.10.2018, 7 Uhr ab Pirna via Dresden und Chemnitz, Rückkehr: Sonntag, ca. 20 Uhr. Die Kreisverbände sind gebeten, Menschen im Bedarfsfall per Zuschuss zu unterstützen. Auskunft dazu geben die jeweiligen Kreisgeschäftsstellen.

- Tino Wehner



Kino, wo es kein Kino mehr gibt – mobile Kinotechnik macht's möglich. Wie hier in Rosswein fanden auch in Penig, Zittau und Löbau Vorstellungen mit insgesamt etwa 100 Gästen statt.

betreut. Diese erstellt am 1. November 2018 den Stimmschein. Aus allen bis zum 31. Oktober 2018 eingereichten Thesen wählt sie 15 unter der Maßgabe der grundsätzlichen und landesweiten Bedeutung aus, die dann zur Abstimmung gestellt werden.

Wie kann man Thesen für die Mitgliederbefragung einreichen?

Vorschläge für Thesen können ab sofort über die Kontaktadressen der Landesgeschäftsstelle eingereicht werden. Die Thesen selbst sollen nicht länger als 150 Zeichen sein, dazu kann eine Begründung von maximal 500 Zeichen eingereicht werden. Die eingereichten Thesen werden auf den Regionalkonferenzen zur Debatte gestellt. Auch neue Thesen können dort formuliert werden. Die Diskussion auf den Regionalkonferenzen soll bei der Auswahl der Thesen für den Mitgliederentscheid einfließen. Schick uns deine Ideen für Thesen per Mail, per Post, ruf an, komm zu den Regionalkonferenzen und sprich dort vor. Die These muss da noch nicht fertig sein, deine Idee ist wichtig.

Kann ich mich für oder gegen eine These aussprechen?

Alle eingereichten Thesen werden auf der Homepage des Landesverbandes veröffentlicht. Wer einer These zustimmen oder widersprechen will, kann dann seine Für- bzw. Gegenrede in einer Länge von maximal 500 Zeichen ebenfalls an die Kontaktadressen der Landesgeschäftsstelle schicken. Die Kommission wählt zu jeder These, die abgestimmt werden soll, eine Für- und eine Gegenrede aus, die anonym im Abstimmungsheft veröffentlicht wird.

Wie laufen die Regional-konferenzen ab?

Sie sind zweigeteilt in einen Arbeitsteil für die Thesen und einen Vorstellungsteil für die KandidatInnen. Dazu sind sie zeitlich zweigeteilt: Bis zum 31. Oktober wird auf den Konferenzen die Entwicklung neuer und die Bearbeitung eingegangener Thesen im Mittelpunkt stehen. In kleinen Gruppen wollen wir zunächst herausarbeiten, welche Probleme bzw. Schwerpunkte die Teilnehmenden aktuell sehen, und diese diskutieren. Danach wollen wir versuchen, für diese Analyse eine passende These mit politischer Forderung zu entwerfen. Wenn eine These bereits formuliert wurde, wollen wir diese diskutieren und gemeinsam weiterentwickeln. Die Ergebnisse der jeweiligen Regionalkonferenz werden dokumentiert und dann auf die nächste Regionalkonferenz mitgenommen. Auf den Regionalkonferenzen ab dem 1. November werden wir dann die 15 Thesen, die zur Abstimmung gestellt werden, diskutieren. Alle Regionalkonferenzen richten sich grundsätzlich an alle Mitglieder im Landesverband. Die Möglichkeit, sich mit den BewerberInnen für die Spitzenkandidatur auszutauschen, wird es auf allen Regionalkonferenzen geben.

Wie werden die Thesen abgestimmt?

Bei der Mitgliederbefragung kannst du jeweils eine Präferenz von 1 („ist mir besonders wichtig“) bis 5 („ist mir gar nicht wichtig“) abgeben. Du kannst dich auch ganz enthalten. Aus der Summe aller Präferenzen bilden wir einen Durchschnittswert. Die sieben Thesen mit dem geringsten Durchschnittswert sind dann unsere sieben Thesen für die inhaltliche Schwerpunktsetzung zur Landtagswahl.

Was passiert, wenn meine These nicht mit abgestimmt wird?

Deine Arbeit war nicht umsonst. Thesen, die wir nicht mit zur Abstimmung stellen, fließen in die Erarbeitung des Landtagswahlprogrammes ein. Dieses wird im Juni 2019 verabschiedet.

Konferenzen

01.10.2018, 17 Uhr, KV Mittelsachsen: Welcome Wellness, Fichtestraße 10, Döbeln

02.10.2018, 18 Uhr, KV Bautzen: Kulturfabrik, Braugasse 1, Hoyerswerda

04.10.2018, 17 Uhr, SV Chemnitz: pentagon³, Brückenstraße 17, Chemnitz

05.10.2018, 17 Uhr, KV Zwickau: Gewerkschaftshaus, Bahnhofstr. 68, Zwickau

23.10.2018, 17 Uhr, KV Vogtland: Festhalle, Äußere Reichenbacher Str. 4, Plauen

24.10.2018, 17 Uhr, KV Erzgebirge: Kulturbahnhof, Hauptmarkt 1, Stollberg

29.10.2018, 17 Uhr, SV Leipzig: Veranstaltungsraum der Leipziger Servicebetriebe, Jahnallee 56, Leipzig

30.10.2018, 17 Uhr, SV Dresden: Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14, Dresden

02.11.2018, 17 Uhr, KV Görlitz: Jugendherberge, Peterstraße 15, Görlitz

05.11.2018, 17 Uhr, KV Westsachsen: Rathaussaal, Markt 27, Grimma

09.11.2018, 17 Uhr, KV Meißen: Akti / Jesus Zentrum, Elbgasse 1, Meißen

12.11.2018, 18 Uhr, KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge: Drogenmühle, Dresdner Str. 26, Heidenau

15.11.2018, 17 Uhr, KV Nordwestsachsen: Bürgerhaus, Franz-Mehring-Str. 23, Eilenburg

Für ein modernes und soziales Vergaberecht

Klaus Tischendorf über ein wichtiges Anliegen für Sachsens Wirtschaft

Die öffentlichen Auftraggeberinnen und Auftraggeber in Sachsen geben jährlich mindestens eine Milliarde Euro für Lieferungen, Dienstleistungen und Bauarbeiten aus. Gleichzeitig gibt es immer mehr geringfügig Beschäftigte, Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, deren Entgelte selbst bei Vollzeittätigkeit nicht zum Leben reichen. Wir finden: Die öffentliche Hand muss ein Vorbild sein! Deshalb muss das Vergabegesetz im Freistaat dringend modernisiert werden. Es legt fest, zu welchen Bedingungen die öffentliche Hand private Unternehmen beauftragen kann – ob es nun um den Bau einer Autobahn geht oder um kleinere Projekte.

Mit einem anständigen Vergaberecht lassen sich mit öffentlichem Geld diejenigen in der Privatwirtschaft unterstützen, die gute Arbeit leisten, ihre Beschäftigten anständig behandeln und nachhaltig wirtschaften. CDU und SPD vereinbarten 2014, „bis spätestens 2017“ „ein modernes Vergabegesetz“ zu schaffen. Dieses Versprechen ist offen – da kommt nichts mehr. Dabei müssen die Regularien dringend modernisiert werden. Ich freue mich deshalb sehr, dass es uns nach anderthalbjähriger guter Zusammenarbeit mit dem DGB Sachsen und der Initiative „Sachsen kauft fair“ gelungen ist, im Landtag einen Gesetzentwurf vorzustellen. Gemeinsam mit dem sächsischen DGB-Chef Markus Schlimbach und der „Sachsen kauft fair“-Kordinatorin Antonia Mertsching habe ich ihn im Sommer der Presse vorgestellt.

Unser Entwurf harmonisiert die sächsischen Regelungen mit bundes- und unionsrechtlichen Vorgaben. Vor allem aber erhebt er sozialverträgliche Arbeitsbedingungen zum Standard. Das nützt nicht nur den Beschäftigten – hierdurch können auch Leistungen hochwertiger, nachhaltiger und gemeinwohlorientierter erbracht werden.

AG Asyl arbeitet erfolgreich

In der AG Asyl des Kreisverbandes DIE LINKE. Erzgebirge treffen wir uns regelmäßig zu einem Erfahrungsaustausch. 2018 waren Verantwortungsträger des Landratsamtes Erzgebirgskreis bei uns zu Gast, wobei anstehende Fragen und Probleme offen angesprochen und diskutiert wurden. Auch Mitarbeiter sozialer Träger und Lehrer gaben uns interessante Einblicke in ihre Arbeit mit Migranten.

Hierbei konnten sowohl ehrenamtlich Engagierte wie auch beruflich in diesem Bereich Tätige voneinander lernen, wie Integration gelingen kann und welche Herausforderungen noch zu meistern sind. Bei unserer Teilnahme an dem vom Unterstützerkreis Zschopau organisierten Picknick am

Vergabeentscheidungen sollen nicht mehr allein vom Preis angebotener Leistungen abhängen, sondern auch von sozialen, umweltbezogenen oder innovativen Aspekten. Dazu zählen Tariftreue und weitere Arbeitsbedingungen, Umweltverträglichkeit, die ILO-Kernarbeitsnormen, Gleichstellung und Ausbildungsaktivität. Vorgeschlagen wird auch, angelehnt an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder, ein Mindestentgelt von 11,24 Euro pro Stunde. Öffentliche Auftraggeber sollen also bei Vergabeentscheidungen auch die Einhaltung von Tariftreue- und Mindestentgeltregelungen berücksichtigen können. Indem sie soziale, innovative und ökologische Kriterien durchsetzen, erfüllen sie die benannte Vorbildfunktion gegenüber der Privatwirtschaft. Auch sollen klein- und mittelständische Unternehmen leichter Zugang zu öffentlichen Aufträgen und Leistungen erhalten. Es sollen also auch diejenigen eine Chance haben, die trotz guter Arbeit bisher keine Chance hatten, weil nur der Preis ausschlaggebend war. Damit muss Schluss sein, denn es geht schließlich nicht nur um Zahlen, sondern um Men-

Heim konnten wir mit Bewohnern sowie Unterstützern ins Gespräch kommen und mit einer Bastelstraße insbesondere den Kindern eine Freude bereiten. Die meisten unserer AG-Mitglieder arbeiten ehrenamtlich. Oft sind längst Freundschaften zu ausländischen Einzelpersonen oder Familien entstanden.

Dem äußeren Anschein nach sind viele der neu hier lebenden Menschen längst integriert. Andererseits wird ein Großteil dieser Menschen von staatlichen Teilhabeangeboten ausgegrenzt. Der Streit in der Flüchtlingsdebatte und zahlreiche Asylrechtsverschärfungen führten bei vielen Asylsuchenden zu einer noch stärkeren Angst und der Ungewissheit, wie es für sie wei-

tergehen wird. Von den Medien nahezu unbeachtet ist im April 2018 das Zuwanderungs- und Integrationskonzept II für den Freistaat Sachsen von der Sächsischen Staatsregierung verabschiedet worden. Auch dieses Konzept knüpft wieder an die aufenthaltsrechtliche Situation an und ermöglicht so keine Teilhabe für alle.

Umso notwendiger und erfreulicher ist es, dass die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag im Juni 2018 den Gesetzentwurf „Integrations- und Teilhabegesetz für Migrant*innen“ (Drucksache 6/13768) eingebracht hat, der eine gleichberechtigte Teilhabe für alle, die hier leben, vorsieht.

• Annett Börner



schen und ihrer Hände Arbeit, von der sie anständig leben sollen.

Der Gesetzentwurf gibt Städten, Gemeinden und Landkreisen verlässliche Kriterien für Vergabeentscheidungen an die Hand. Bieterinnen und Bieter erhalten Rechtssicherheit. Ich bin nun sehr gespannt, wie sich die Koalitionsfraktionen verhalten, wenn sich der Landtag mit unserem Entwurf befasst.

Termine

Jugendclubtour mit der Landtagsabgeordneten Janina Pfau:

19. September, 14 Uhr, „Alte Brauerei“ Annaberg-Buchholz

Bürgersprechstunde:

21. September, 16:30 bis 18 Uhr in Marienberg, Herzog-Heinrich-Straße 2, mit Klaus Tischendorf

Landkreistour:

Straßencafé am 2. Oktober von 10 bis 16 Uhr, Markt Annaberg-Buchholz, Beginn der Unterschriftensammlung zum Volksentscheid zum längeren gemeinsamen Lernen

Regionalkonferenz zum Mitgliederentscheid:

24. Oktober, 17 Uhr, Kulturbahnhof Stollberg, Bahnhofstraße 2

Kommunalpolitik im Ländlichen Raum – Was bewegt?!

Zwei Termine standen am 8. August 2018 auf dem Programm. Zu Gast war Luise Neuhaus-Wartenberg, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag und Sprecherin für Tourismus und Mittelstand.

Los ging es beim Mittagessen im Hirschgasthof mit einem Austausch zwischen Landes- und Kommunalpolitik. Im Gespräch stellte sich heraus, dass gerade für kleine Kommunen die Fülle an Fördertöpfen und die damit verbundene Antragsproblematik schnell zur großen Herausforderung wird. So schön es ist, für vielfältige Projekte und Maßnahmen vor Ort Fördermittel vom Land bekommen zu können, so unübersichtlich ist die Fördermittellandschaft und so umständlich und aufwendig ist die Antragstellung. Diese Bedingungen sind für alle Kommunen gleich. Doch je kleiner eine Kommune ist, desto größer ist die Herausforderung, weil die personelle Untersetzung geringer ist und somit viel weniger Kapazität zu Verfügung steht, um die entsprechenden Informationen und Vorgaben zu erfüllen. Hier wären Veränderungen wünschenswert, wie uns im folgenden Gespräch der Bürgermeister von Wildenfels, Tino Kögler, bestätigte.

Wildenfels ist mit 3.670 Einwohnern die kleinste Stadt des Landkreises, dank seines Schlosses aber weit über Landkreisgrenzen bekannt. Hier gibt es regelmäßig Ausstellungen. Derzeit finden umfassende Rekonstruktionsmaßnahmen im Schloss statt. Später wird die Kommunalverwaltung ins Schloss umziehen und somit endlich barrierefrei zugänglich sein. Unser Gespräch mit Bürgermeister Kögler fand im Mehrgenerationenhaus gleich neben dem Schloss statt. Nach aufwendiger Sanierung des Gebäudes, das 15 Jahre lang leer stand, fand die Eröffnung erst vor wenigen Monaten am

1. Juni statt. Barrierefrei zugänglich und mit Fahrstuhl ausgestattet, bietet das Mehrgenerationenhaus vielfältige Angebote für Jung und Alt. Man merkt, wie stolz Bürgermeister und Mitarbeiter auf dieses Haus sind und wie tief die Enttäuschung darüber sitzt, dass zur Eröffnung alle geladenen Vertreter der Politik abgesagt hatten. Man hatte mehr Würdigung gerade auch des ehrenamtlichen Engagements, ohne das ein solches Haus mit den vielen Angeboten nicht möglich wäre, erwartet. Zumal gerade solche Eröffnungen, das machte Bürgermeister Kögler deutlich, auch Gelegenheit für Gespräche zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Vertretern der Politik gibt. Vertane Chancen und enttäuschte Ehrenamtliche – können wir uns das in der heutigen Zeit wirklich leisten?!

Wir erfuhren, dass sich in Wildenfels mit seinen fünf Ortschaften ein Jugendbeirat gebildet hat, der – ganz ohne rechtlichen Rahmen – eine ganze Menge auf die Beine stellt und mit zwei Vertretern an jeder Stadtratssitzung teilnimmt. Vor der Sitzung berät der Beirat

die Themen der Tagesordnung vor und diese hat immer einen Tagesordnungspunkt „Jugendbeirat“, wo dann gezielt Belange der Jugendlichen zur Sprache kommen. So erhielten Stadtrat und Verwaltung Kenntnis davon, dass der Schulbus nicht immer alle Haltestellen anfährt und Schüler laufen mussten, und konnte das schnell klären. Wir finden: Wildenfels hat einen guten Weg gefunden, um engagierte Jugendliche einzubinden und sie für politische, insbesondere kommunalpolitische Entscheidungen zu interessieren. Sie erleben ganz praktisch, dass sie etwas verändern können!

Und was braucht es, um ländlichen Raum lebenswert zu machen? Wie schaut es mit der Mobilität aus, war da eine Frage. Viele Jugendliche nutzen den Moped-Führerschein ab 15. Diese Möglichkeit wurde nun um zwei weitere Jahre verlängert, wichtig wäre aber eine dauerhafte Regelung. Denn ohne Moped sind junge Leute kaum in der Lage, sich zu organisieren und ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten. Der fehlende öffentliche Nahverkehr

trifft die junge Generation ebenso wie die ältere. Wer nun erwartet, dass ein flächendeckender ÖPNV als großes Heil gesehen wird, irrt jedoch. Bevorzugt werden individuelle Lösungen, eine Art Ruftaxi/Bürgerbus, der für bestimmte Zeit vorbestellt wird und dann die Leute zum gewünschten Termin bringt und wieder abholt. Man wünscht sich eine Lösung über einen Trägerverein, der eine entsprechende Finanzausstattung hat. Finanzausstattung ist überhaupt ein großes Thema, nicht nur für die Kommune an sich. Auch Vereine brauchen nicht nur genug Geld, sondern dabei auch Sicherheiten, die über den aktuellen Bewilligungszeitraum von einem Jahr hinausgehen. Sinnvoll, so hörten wir mehrfach, wären Bewilligungszeiträume für Projekte von drei bis fünf Jahren, weil jedes Projekt eine gewisse Anlaufzeit braucht und sich manche Anschaffungen nur über einen gewissen Zeitraum wirklich rentieren. Zum Beispiel lasse sich ein Kleintransporter nur kaufen, wenn ein entsprechendes Projekt über mehrere Jahre Sicherheiten in der Finanzierung bietet. Und dann sind wir wieder bei der Wertschätzung des Ehrenamts. Da gibt es eine geringe Aufwandsentschädigung für zu leistende Stunden im Monat. Doch davon können nicht einmal die Fahrtkosten beglichen werden. Eine Anpassung wäre also dringend angezeigt.

Es waren spannende Stunden, die wir in Wildenfels mit unseren Kommunalpolitikern, Bürgermeister Kögler, dem Team vom Mehrgenerationenhaus und der Vertreterin des Jugendbeirats verbringen durften. Viele Anregungen und Hinweise haben wir mitgenommen und versprochen, wiederzukommen. Denn dieses vielfältige und ehrenamtliche Engagement kann man nicht hoch genug wertschätzen!

• Simone Hock



Seniorenbetreuung, die zu Herzen geht

Viele Ehrenamtliche betreuen jahrelang ältere Genossen, die nicht mehr am Parteileben teilnehmen können. Der Dank ist ein Lächeln dafür, dass sie nicht vergessen werden. So erfolgte die Ehrung eines 100-Jährigen. Als drittes von vier Kindern wurde Horst Redlich am 2. Dezember 1917 in Hohnsdorf geboren, sein Vater war Tischlermeister, die Mutter Hausfrau. Nach der Volksschule besuchte er die Handelsschule und absolvierte die kaufmännische Gehilfenprüfung in der IHK. Es folgten Arbeitsdienst und Wehrdienst von 1937 bis 1945. Die Kriegsgefangenschaft blieb ihm wegen einer Verletzung erspart. Später war er Dekorateur und Werbeleiter und qualifizierte sich im DEWAG-Betrieb zum Werbeökonom. Seit 1940 verheiratet mit der Buchhalterin Ilse, zogen sie vier Kinder groß. Horst war immer zielstrebig und übernahm Verantwortung für seine Familie. Seit 1946 Mitglied der SED, besuch-



te er die Kreisschule Marxismus-Leninismus, war Zirkelleiter im Parteilehrjahr und arbeitete in der Gewerkschaft mit. Über die Jahre gehörte sein gesellschaftliches Engagement zum festen Bestandteil seines Lebens. Dennoch blieb Zeit für seine Hobbys – die Arbeit mit Holz und die Jagd. Am 14. September 2015 konnten Ilse und Horst die Kronjuwelenhochzeit feiern, zu der Ministerpräsident Stanislaw Tillich, Bundespräsident Joachim Gauck und die Gemeinde Gersdorf gratulierten. Inzwischen lebt das Paar im Pflegeheim, wo sich Kinder und Enkelkinder um sie kümmern. Beim Umzug sagte er zu mir mit Blick auf meine Aktentasche: „Das ist nun mein ganzes Leben – in einer Tasche!“ Seine Ehrung als langjähriges Parteimitglied durch den Kreisvorstand berührte ihn sehr und war eine gelungene Überraschung. (gekürzt)

• Eva Rösler, Lichtenstein

Termine

16. Oktober 2018, 19 Uhr, Barterre – Alter Gasometer, Kleine Biergasse 3, Zwickau: Lesung „Unter Sachsen“. Mit Heike Kläffner und Matthias Meisner, Herausgeber des Buches. Moderation: Rene Jalaß (MdL). In Reportagen, analytischen Hintergrundtexten, Interviews und persönlichen Kommentaren beleuchten mehr als 40 AutorInnen die Hintergründe rechter Gewalttaten in Sachsen und stellen die Aktionen der kreativen Zivilgesellschaft dar.

17. Oktober 2018, 18 Uhr, Kleingartenanlage „Am Schmelzbach“, Gießener Str./B93, Wilkau-Haßlau: Mitgliederversammlung BO Wilkau-Haßlau. Gast: Björn Reichel zum Thema „Republik Europa“

Gesicht zeigen für Abrüstung!

Ursula Windsheimer über einen bewegten Weltfriedenstag in Riesa

Könnt ihr euch noch an die allumfassende Frage bei kritischen Diskussionen in DDR-Zeiten erinnern: „Bist du nun für den Frieden oder nicht?!“ Damit wischte man alle lästigen Gegenargumente weg. Am 1. September war Gelegenheit, diese Frage ernsthaft an den Mann/die Frau zu bringen. Wir sammelten Unterschriften für den Aufruf „Abrüsten jetzt“, der sich gegen die Erhöhung der Militärausgaben und Waffenexporte richtet. Viele Genossen aus den Basisorganisationen von Riesa, Großenhain, Meißen und Coswig waren angereist, unsere Kreistagsabgeordneten, Mitglieder der Kreisleitung, aber auch Sympathisanten waren dabei. Statt fand das Ganze in Riesa auf der Hauptstraße im aufkommenden Getümmel des Stadtfestes.

Wie habe ich es erlebt? Blaue Luftballons mit der Friedenstaube darauf in der einen und die Unterschriftenliste in der anderen Hand ging ich zwei Stunden lang auf Bürger zu: „Darf ich Sie ansprechen? Wir sind hier zum Weltfriedenstag unterwegs und wollen Unterschriften sammeln für einen Protest gegen eine erneute Aufrüstung.“ Viele Male begann ich so. Wenn nicht offensichtlich ausgewichen wurde auf die andere Straßenseite, wechselten die Reaktionen stark. Von schweigendem Weiterlaufen über „Nein, danke!“, „Ich unterschreibe nichts mehr!“

„Auf der Straße unterschreibe ich gar nichts“ bis zu „Nein, ich bin dafür! Wir müssen uns doch wehren können“ und „Unterschreiben, das hat doch eh keinen Sinn! DIE machen doch eh, was sie wollen“ schwankten die Reaktionen. Doch auch Zustimmung habe ich erfahren. Teilweise setzte diese auch erst nach nachdenklich machenden Argumenten ein.

Am Stand mit den Unterschriftenlisten dagegen kamen die Bürger auch mit „Danke, dass ihr hier steht!“, „Ja, da bin ich dafür!“ und bereitwillig von allein. Mit guten Gesprächen und vielen gefüllten Unterschriftenlisten haben sie ein Zeichen gesetzt. Große Aufmerksamkeit fand ein Genosse mit einem handgemaltem Schild zur Höhe der Rüstungsausgaben und der Forderung von Präsident Trump. Das animierte Spaziergänger, stehen zu bleiben und zu diskutieren. Die Aktion beendeten wir mit dem Aufsteigen von (nicht ganz) 99 Luftballons. Unsere Straßenmusiker hatten uns die ganze Zeit und besonders in diesem Moment die passende musikalische Untermalung gegeben.

Die Aktion ist nicht zu Ende – wer sich im Netz informieren und noch aktiv werden will, schaue unter: <https://abruesten.jetzt/> Dort kann man auch seine Unterschrift nachholen.

• *Ursula Windsheimer*



Stadtkrimi in Meißen

In der Mitgliederversammlung am 3. September wurden noch einmal die Köpfe heiß geredet. Gestritten wurde vor allem um die Streitkultur, die uns ja jetzt in Sachsen gerade wieder so schlecht öffentlich vorgeführt wird. Aber in Meißen geht es nicht um „Stimmung und Meinungen“, hier geht es um die Zukunft der Stadt, um einen neuen OB, der fähig und bereit ist, den „bewährten Kurs“ der eingefahrenen Gleise zu verlassen, mit Stagnation und Desinteresse fertig zu werden und mit Phantasie und Einfühlungsvermögen eine lebendige Demokratie der Bürger zu gestalten. Frank Richter hat

das schon einmal gemacht (1989) und er will es wieder tun. Sein Buch „Hört endlich zu“ spricht von Erfahrungen, die er mit grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzungen gemacht hat. Und der Gedanke: Wie weit kann ich auf den Andere zugehen und dabei dennoch auf meiner Position bleiben? durchzieht das Büchlein wie ein roter Faden. Als ob sie es (fast) alle gelesen hätten, diskutierten die Genossinnen und Genossen durchaus scharf in der Sache – aber fast immer verbindlich im Ton. Wenn die Streitkultur der Meißener LINKEN auf die Stadt übergreift, dann wird Frank Richter auch im zwei-

ten Wahlgang die meisten Stimmen bekommen – und OB sein. Da helfen weder Manipulationen von Wahlveranstaltungen noch Schlammschlachten in lokalen Medien. So lebendig wie jetzt war Meißen nie.

Offensichtlich angesteckt vom Schwung des laufenden OB-Wahlkampfes zog der Fraktionsvorsitzende ordentlich vom Leder und erklärte die „Traditionspflege beim Wahlprogramm für beendet.“ Neue Situation im Land und in der Stadt – da gibt es kein „weiter so“. Und besorgt sind nicht nur Bürger auf Pegida-Straßen.

Besorgnis spiegelte sich auch in Gesichtern der Versammelten. Wohin ein Land driftet, wenn es praktisch nicht regiert wird, damit hat man als Ossi seine persönliche Untergangserfahrung. Und gleich ob Chemnitz oder Meißen: Wer sich gegen Nazis stellt, ist noch nicht links, sondern normal. Eine normale Gesellschaft zu gestalten ist durchaus ein linkes Ziel. Beschlüsse wurden nicht gefasst. Aber der „Zeitgeist“, von dem Gregor Gysi einmal in Riesa sprach, will angeeignet und verbreitet sein.

• *Reinhard Heinrich*

Großer Bahnhof in Coswig

Der interkulturelle Garten in Coswig wurde zehn Jahre alt. Dazu stieg am 11. August eine zünftige Geburtstagsfeier. Viele Gäste konnten begrüßt werden. Mitarbeiter, Stadträte, der Bürgermeister, der Pfarrer von nebenan, Medienleute ... Ehrengäste waren u.a. die Integrationsministerin Petra Köpping und unsere Landtagsabgeordnete Kerstin Lauterbach. Seit der Vereinsgründung 2008 haben viele

Menschen mitgeholfen, einen Ort der Begegnung entstehen zu lassen. Zahlreiche Mitglieder und Interessierte erleben hier mittlerweile Zugehörigkeit und sinnvolle Aktion.

Zu den „Gründervätern und -müttern“ gehört auch unsere heutige linke Stadträtin Ludmila Birkle, die damit zunächst etwas für die Integration der ansehnlichen Gemeinde russ-

landdeutscher Spätaussiedler der 1990er Jahre in Coswig tun wollte. An die Flüchtlingsströme von 2015 war damals noch nicht zu denken. Nun wird der Interkulturelle Garten selbstverständlich dankbar mit Unterstützung der Initiative „Coswig – Ort der Vielfalt“ weiter gepflegt. Ludmilas eingelegte Tomaten aus diesem Garten jedenfalls sind vorzüglich. Dem Rundgang durch den mit fleißiger

Arbeit gestalteten Garten schloss sich eine ganze Reihe von interessanten Gesprächen an. Petra Köpping betonte, dass dieser Garten eines von vielen Beispielen gelungener Integration sei. Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag haben mit einer Spende das Projekt unterstützt.

• *Harald Kühne & Reinhard Heinrich*

Neun Vorschläge zur Zukunft der Lausitz

Caren Lay über das Ergebnis ihrer Sommertour durch Bautzen und Umgebung

Gespräche mit dem Betriebsrat des Kraftwerkes Schwarze Pumpe, dem Lausitzer Perspektiven e. V., der Zukunftswerkstatt Lausitz, eine Bürger- und Expertenrunde zur Seenlandentwicklung, ein Besuch bei der Wasser- und Energieagentur Lausitz-Betrieb GmbH und ein Gespräch mit dem Geschäftsführer der Arbeitsagentur Bautzen standen auf dem Programm. Der Fokus lag stets auf dem Strukturwandel in der Lausitz. Ich schlage die folgenden Maßnahmen vor:

1. Beschäftigungsgarantie für die Kohlebeschäftigten für die Zeit nach dem Kohleausstieg

Die Strukturkommission des Bundes wurde beauftragt, ein Datum für den Kohleausstieg festzulegen. DIE LINKE hat immer einen geplanten und mit systematischer Strukturpolitik einhergehenden, mittelfristigen Kohleausstieg gefordert. Anders als in den 1990er Jahren darf dies nicht zum massiven Wegfall von Arbeitsplätzen führen. Deswegen sollten die jetzt in der Kohle Beschäftigten eine Beschäftigungsgarantie erhalten, die sichert, dass die heute in der Kohle Beschäftigten auch nach dem Kohleausstieg einen Arbeitsvertrag auf dem Niveau des bisherigen Tarifvertrages haben. Der Staat muss das sicherstellen und dafür sorgen, dass gleichwertige Arbeitsverhältnisse vorhanden sind. Die Ausarbeitung eines Konzeptes werde ich voranbringen.

2. Energieregion Lausitz erhalten

Die industrielle Basis der Lausitz muss erhalten werden. Die Lausitz muss Energieregion bleiben. Darauf muss mit gezielter Wirtschaftsförderung hingewirkt werden. Der Standort Schwarze Pumpe soll Energie-Standort bleiben. Als Alternativen kommen Wasserstoff-, Gaskraft- oder Speicherkraftwerke in Frage sowie ein Kompetenzstandort für Elektromobilität in Frage.

3. Zukunftsfonds für die Lausitz, Bürgerhaushalte für Kommunen

Kreiswahlversammlung und Kreisparteitag am 17. November 2018 in Pulsnitz

Der Kreisvorstand hat beschlossen, am 17. November 2018 von 9:30 Uhr bis 12 Uhr eine Kreiswahlversammlung zur Wahl der Wahlkreisbewerber/innen der Partei DIE LINKE für die fünf Landtagswahlkreise im Landkreis Bautzen, zu Präferierungen der Wahlkreisbewerber/innen für die Landesliste der Partei und die Wahl der 16 Vertreter/innen für die LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl 2019 vom Landesvorstand einberufen zu lassen. Für 13 bis 16 Uhr wurde ein Kreisparteitag zur Wahl des Mitglieder eines neuen Kreisvorstandes, zur Wahl der zehn Dele-

gierten für die Landesparteitage 2019-2020, zur Wahl der vier VertreterInnen für die BundesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Bundesliste für die Europawahl 2019, zur Wahl der beiden Mitglieder des Landesrates und zur Wahl der Kreisfinanzrevisionskommission (mindestens zwei) einberufen. Beide Veranstaltungen finden im Schützenhaus Pulsnitz, Wettinplatz 2, statt. Eine schriftliche Einladung geht allen Mitgliedern fristgerecht per Post zu. Ihre Kandidaturen für die Wahlkreise zur Landtagswahl haben angekündigt:

4. Elektrifizierung und Ausbau von Eisenbahnstrecken

Wir fordern einen gezielten Ausbau des Schienenverkehrsnetzes. Dadurch soll vor allem das Pendeln erleichtert, aber auch der Tourismus gestärkt werden. Es geht vor allem um diese Projekte:

- S-Bahn-Anschluss von Hoyerswerda nach Dresden
- Elektrifizierung der Strecke zwischen Görlitz und Dresden
- Ausbau einer Schnellverbindung zwischen Cottbus und Berlin
- Vollständige Elektrifizierung der Strecke zwischen Görlitz und Cottbus
- Sicherstellung der Personenbeförderung zwischen Hoyerswerda und Görlitz

Wir fordern, dass der Bund die Strecken prioritär behandelt und seine Finanz-

zuschüsse erhöht. Und wir fordern den Freistaat auf, die Regionalisierungsmittel des Bundes für ein gutes Verkehrsnetz zu nutzen.

5. Experimentierklausel und Risikokapital

Die Lausitz braucht Vordenker*innen. Ob Vereine oder Unternehmen, alle brauchen in ihrer Gründungsphase schnellen, unbürokratischen Zugang zu Fördermitteln. Wir fordern ein Regionalbudget, das unkompliziert Risiko- und Gründungskapital zur Verfügung stellt.

6. Zukunftsfestival Lausitz

Auf Anregung des Vereins Lausitzer Perspektiven e.V. setze ich mich dafür ein, dass in der Lausitz jedes Jahr ein Zukunftsfestival veranstaltet wird. Dabei sollen alle über Ideen zur Zukunft der Lausitz diskutieren können.

7. UNESCO-Welterbeantrag Umgebendehäuser

Ich unterstütze die Idee der Stiftung Umgebendehäuser (Foto), zusammen mit Partnern aus Polen und Tschechien einen Antrag auf Erteilung eines UNESCO-Weltkulturerbetitels Umge-

bindehäuser einzureichen. Nach einem ersten Anlauf scheidet die Umsetzung eines erneuten Versuches aktuell an der Finanzierung, da die Landkreise Bautzen und Görlitz nicht über ausreichend freie Mittel verfügen. Hier muss der Freistaat finanziell und organisatorisch unterstützen.

8. Kein Klein-Klein bei der touristischen Vermarktung

Schon oft war eine der häufigsten Klagen bei der Sommertour: Jeder Akteur „wurstelt“ vor sich hin. Die allgemeine Entwicklung der Oberlausitz muss endlich Vorrang haben vor den Einzelinteressen der Gemeinden. Das Oberland muss gemeinsam touristisch vermarktet werden. Ebenso muss das Lausitzer Seenland bundesländerübergreifend als einheitliche, eigenständige touristische Destination vermarktet werden.

9. Keine Verweigerung gegenüber gemeinsamen Strukturen

Bislang stellt die Bundesregierung über zwei Förderprogramme Geld für den Strukturwandel bereit. Fünf der betroffenen Landkreise und die kreisfreie Stadt Cottbus haben sich für eine GmbH entschieden, der Landkreis Bautzen will eigene Wege gehen. Das ist unhaltbar. Der Landkreis muss sich als Teil der Region Lausitz mit an den Tisch setzen, damit die Region gemeinsam entwickelt werden kann.



Meinen Sohn kriegt ihr nicht!

Mit diesem von mir stammenden Satz überschrieb die „Serbske Nowiny“ einen Artikel zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. Diese lehne ich ab. Ich bin Pazifist aus Überzeugung und aufgrund meiner dreijährigen Militärdienstzeit auch aus Erfahrung. Deshalb erzürnt es mich, wenn CDU-Politiker*innen ohne Diensterfahrung die Söhne und Töchter anderer Leute in den Kriegsdienst verpflichten wollen. Ich kann es auch nicht verstehen, wenn in der CDU die Meinung vertreten wird, „in der Armee seien Charaktere geformt worden“. Militärdienst hatte allen Erfahrungen nach eher charakterliche Deformation und posttraumatische Erkrankungen zur Folge. Abrüstung ist das Gebot und nicht Aufrüstung! Die Absicht, eine Dienstpflicht im Sozial- und Gesundheitswesen einzuführen, ist der Versuch, politisches Versagen auf Kosten der Lebenszeit junger Menschen „zu reparieren“. Gerade dort brauchen wir aber professionell tätiges und gut ausgebildetes Fachpersonal. Rein freiwillige Dienste sollten aber gestärkt werden.

• Heiko Kosel, MdL

Bautzen: Andrea Kubank, Heiko Kosel

Bischofswerda/Oberland: Felix Muster
Hoyerswerda: Ralph Büchner
Kamenz: Marion Junge
Radeberg: Silvio Lang

Bis auf Ralph Büchner wollen alle auch auf der Landesliste kandidieren.

Weitere Kandidaturen, auch für die Delegiertenwahlen oder den Kreisvorstand, mögen bitte in der Kreisgeschäftsstelle unter Tel. 03591-490976 oder per E-Mail an kontakt@dielinke-bautzen.de angezeigt werden.

• Felix Muster, Kreisgeschäftsführer

„Es muss mehr Bier eingekühlt werden“

Luise Neuhaus-Wartenberg, Sprecherin der Landtags-LINKEN für Handwerk, Mittelstand und Tourismus, war wieder einmal auf Tour

Kaum war das Motto ausgesprochen, ging es schon auf Tour: Angesichts der Hitze mehr als angemessen! Es standen Besuche bei kleinen Brauereien auf dem Plan. Weitere Gespräche hatte ich mit Süßwarenherstellern und mit Unternehmen, die Liköre nach ganz alter Tradition produzieren. Mehr als zwei Dutzend Termine durch das ganze Land Sachsen, vom östlichsten Zipfel Görlitz über Nordwestsachsen bis ins Vogtland.

Natürlich ging es mir nicht nur um die Gaumenfreuden. Ich wollte wissen, mit welchen Problemen sich die ganz kleinen Betriebe in dieser Branche herumschlagen. Immer wieder hörte ich Kritik an der Sächsischen Aufbaubank (SAB), die die Unternehmen bei der Beratung im Regen stehen lässt, etwa bei der Antragstellung eher hinderlich als hilfreich ist. Gerade für die Kleinstunternehmen und Soloselbstständigen ist es praktisch unmöglich, sich durch den Dschungel an Förderprogrammen zu wühlen. Hier tun Vereinfachung wie Vereinfachung dringend not. Ein weiteres Problem sind Zumutungen, mit denen die Jobcenter Selbstständigen in der Gründungsphase auf den Füßen stehen, indem sie von ihnen noch in der Bewilligungsphase des Gründungs-

zuschusses Utopisches fordern. „So fördert man kein Unternehmertum, es ist besser, wenn Leute wie wir flunkern anstatt ehrlich zu sagen, was ist und

ne Brauereien aufgeben mussten. Und, wie mir eine Likörmacherin im Vogtland erzählte, sogar die Listung lassen sie sich bezahlen.



was realistisch sein wird“ sagte mir eine Brauerin in Görlitz. Ähnliches bei den Handelsketten: Die drückten so sehr die Preise, dass bereits einige klei-

ne Betriebe den Vertrieb eben in die eigenen Hände und transportieren ihre Getränke schon mal mit dem Handwagen zu einer nahegeleg-

nen Gaststätte. Wichtig sind ihnen vor allem die Originalität und Qualität ihrer Produkte, ökologisch erzeugte Grundstoffe und Ressourcen sparende Verfahren. Sicher wollen sie von ihrer Unternehmung leben können, aber das Geldverdienen steht erst an zweiter Stelle. „Wir sollen immer nur wachsen, wachsen, wachsen“; „Geht es denn nicht, dass wir kleine Brötchen backen oder eben kleine Flaschen brauen?“ Sie wollen das tun, was sie gut können. Und es geht um Kooperation. „Zusammenarbeit ohne Ellenbogen, das muss doch möglich sein.“

Mit dieser Einstellung zu ihren Betrieben und mit der Exklusivität und Originalität ihrer Produkte tragen sie zu einem positiven Lebensgefühl und zum Charme ihrer Stadt oder ihrer Region bei. Umgekehrt, oder sagen wir mal, Hand in Hand muss es gerade in ländlichen Regionen gehen, damit Menschen, ob abhängig beschäftigt oder selbstständig, bleiben und kommen wollen. Und hier ist besonders die Politik gefragt. Kurzum, es geht um Lebensqualität. Ich habe auf meiner Tour wieder einmal wichtige Einblicke gewinnen können, wie Kleinbetriebe so ticken. Auch das steht unserer Partei gut zu Gesicht.

Glauchau bewirbt sich um den Titel „Fairtrade-Town“

Julia Stein, Stadträtin der LINKEN in Glauchau, stellt ein nachahmenswertes Projekt vor

Schon im Januar fand die erste Informationsveranstaltung zur „Fairtrade-Town“-Kampagne in Glauchau statt, welche vom Oberbürgermeister, einem Vertreter der Freien Wähler, einem Vertreter der CDU, der Wirtschaftsförderung, VertreterInnen aus Kirchen, einer Schule, der örtlichen Presse sowie interessierten BürgerInnen angenommen wurde. Damals hatte die Stadtratsfraktion DIE LINKE eingeladen, um das Projekt vorzustellen und Unterstützung für eine Etablierung des Titels in der Stadt zu gewinnen.

Die Referentin Urte Grauwinkel aus Leipzig stellte zunächst die Kampagne vor und berichtete von anderen deutschen Städten, welche bereits „Fairtrade-Towns“ sind oder sich in der Gründungsphase befinden. Der faire Handel und nachhaltiger Konsum sind Themen, die zunehmend an Bedeutung gewinnen und Städte und Gemeinden spielen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung.

„Fairtrade-Town“ ist ein Titel, der Städten und Gemeinden verliehen wird, die sich besonders für den fairen Handel einsetzen. Die internationale Kampagne hat sich in Deutschland als echtes

Erfolgsmodell etabliert. Seit dem Start 2009 gibt es in Deutschland bereits über 500 Fair-Handel-Städte. In Sachsen sind das Dresden, Freiberg, Markkleeberg und Leipzig. Chemnitz ist derzeit noch in der Gründungsphase. Die „Fairtrade-Stadt“ ist ein sichtbares Zeichen, das sowohl im Tourismusbereich als auch in der Öffentlichkeitswirkung einen großen Vorteil für Glauchau erzielen kann. Es ist ein öffentliches Bekenntnis der Stadt, sich für den fairen Handel einzusetzen.

Am 31. Mai 2018 brachte die Stadtratsfraktion DIE LINKE einen Ratsbeschluss zur „Fairtrade-Town“-Kampagne ein, welcher mit einer knappen Mehrheit im Stadtrat angenommen wurde. Die positiven Auswirkungen auch für Glauchau erläuterten die Stadträte in ihrer Begründung. Sie vertreten den Standpunkt, dass die Entscheidung aus humanitären Gründen richtig ist und die Stadt somit die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ergreifen kann, um Produzentinnen und Produzenten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Interessant hierbei ist auch die bis zu 90 Prozent förderfähige Stelle „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“.

Um den Titel „Fairtrade-Town Glauchau“ zu erhalten, müssen folgende Kriterien erfüllt werden:

1. Es liegt ein Beschluss der Kommune vor, dass bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Rates sowie im Oberbürgermeisterbüro Fairtrade-Kaffee sowie ein weiteres Produkt aus Fairem Handel verwendet wird. Es wird beschlossen, als Stadt den Titel „Fairtrade Stadt“ anzustreben.
2. Gründung einer Steuerungsgruppe bestehend aus mindestens drei Personen der Bereiche Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, welche Aktivitäten vor Ort koordinieren.
3. Mindestens fünf örtliche Geschäfte sowie drei Gastronomiebetriebe, die gesiegelte Produkte aus fairem Handel anbieten.
4. Durchführung von Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ in mindestens einer Schule, einem Verein sowie einer Kirche in Glauchau.
5. Die örtlichen Medien berichten über die Aktivitäten auf dem Weg zur „Fairtrade-Stadt“.

Die Fraktion DIE LINKE freut sich über die Entscheidung des Stadtrates und wird nun aktiv daran arbeiten, dass der faire Handel verstärkt einen Platz in Glauchau hat.

Es gibt derzeit ca. 800 Millionen Hungernde weltweit, davon 70 Prozent Klein- und Kleinstbauern. Alle drei Sekunden stirbt ein Mensch an Hunger, es gibt 72 Millionen Kinderarbeiter weltweit, darunter sind 19 Millionen jünger als 11 Jahre. Die Zahlen sprechen ihre eigene Sprache. Die Fairtrade-Bemühungen sind in den 50er Jahren im christlich-demokratischen Umfeld entstanden und die Existenzgrundlage fairen Handelns ist heute mehr denn je gegeben. Aber ist der faire Handel ein wirksames Instrument, um Fluchtursachen zu bekämpfen? Dabei ist klar zu stellen, dass die kriegerischen Ursachen für aktuelle Flüchtlingsbewegungen nicht im Fokus des Fairen Handels liegen können. Allerdings fliehen viele der so genannten Wirtschaftsflüchtlinge vor den katastrophalen Auswirkungen des derzeitigen Weltwirtschaftssystems, die ihnen schlichtweg keine Alternative lassen. Hier setzt die Fairtrade-Bemühung an. Denn diese zielt darauf ab, menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen weltweit zu schaffen bzw. diese zu verbessern, damit Menschen in ihrer Heimat ein Auskommen haben, das es ihnen ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Zur Zusammenarbeit mit anderen politischen Kräften in der Friedensbewegung

Erklärung der LAG Frieden und Internationale Politik, DIE LINKE Sachsen, 30.8.2018

Die Bündnispolitik in der Friedensbewegung bzw. die Breite eines solchen Bündnisses ist seit der Entstehung der Friedensbewegung in den 1950er und 1960er Jahren ein ständig debattiertes Thema. Die LINKE als Friedenspartei und insbesondere LINKE, die sich in der Friedensbewegung persönlich engagieren, müssen sich diesen Debatten stellen.

Die Friedensbewegung ist seit ihrer Entstehung immer eine Koalition unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessengruppen mit sehr verschiedenen politischen Auffassungen – von Rechtskonservativen bis Kommunisten – gewesen. Zur Zeit des Kalten Krieges, insbesondere angesichts der Gefahr eines die Menschheit bedrohenden Atomkriegs, bildeten sie ein breites Bündnis, um gegen diese Gefahr zu protestieren und von ihren Regierungen eine Politik der friedlichen Konfliktlösung zu fordern. Gerade als LINKE bejahen wir eindeutig den Koalitionscharakter dieser Bewegung: Nicht nur Linke können für sich in Anspruch nehmen, für friedliche Konfliktlösungen und gegen Militär-Logik Position zu beziehen.

Die Bandbreite des Bündnisses endet dort, wo Personen unter dem Deckmantel des Friedensengagements rassistische, menschenverachtende und dadurch auch Friedens-feindliche Po-

sitionen propagieren. Wir lehnen jegliches gemeinsame Agieren mit den Verantwortlichen von PEGIDA ab. Eine Organisation, die auf Kriege im Nahen Osten mit Hetze gegen deren Opfer reagiert, hat keinen human-

nistischen und Friedensanspruch verwirrt. Ebenso kann es keine Zusammenarbeit mit der AfD als Partei geben. Diese Partei will Flüchtlinge nach Syrien deportieren lassen und strebt trotz Russlandfreundlicher Fassade das NATO-Aufrüstungsziel und damit eine Verdopplung des deutschen Militärhaushalts an. Eine solche Partei kann niemals Partner für Friedenspolitik sein.

Menschen, die sich aufgrund ihrer Sorge um den Frieden und/oder politischer Unzufriedenheit diesen Organisationen zugewendet haben, sind und bleiben aber Adressaten im politischen Meinungsstreit für uns.

Bei diesen Streitbaren Auseinandersetzungen muss es uns darum gehen, diese Menschen – über das Engagement für den Frieden – wieder für politische Angebote zu gewinnen, die auf humanistischer und demokratischer Grundlage stehen. Der Zusammenhang von Kapitalismus, Imperialismus, Neoliberalismus und Krieg muss hier stärker in den öffentlichen Meinungsstreit getragen werden!

Wir sind uns des Kalküls der oben genannten Kräfte wohl bewusst, öffentliche politische Veranstaltungen – darunter auch die der Friedensbewegung – für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Es wird angesichts des Demonstrationsrechts der Bundesrepublik aber schlechterdings nicht möglich sein, deren Auftauchen zu friedenspolitischen Veranstaltungen jederzeit zu verhindern, solange sie sich nicht verfassungsfeindlich äußern oder verhalten.

Deswegen aber solche friedensbewegte Veranstaltungen von links zu boykottieren oder auch nur zu ignorieren, widerspricht nicht nur den bündnispolitischen Grundsätzen unserer Partei. Es setzt vor allem die Majorität linker Kräfte im Kampf für Frieden und Abrüstung, gegen Bundeswehrein-sätze, NATO-Ost-Strategie und Erhöhung des Militärhaushalts aufs Spiel. Solche Verhaltensweisen scheuen die Auseinandersetzung mit den rechten Kräften. Sie überlassen ihnen dadurch im gesellschaftlichen öffentlichen Raum genau den Platz, den sie ihnen nicht zubilligen. Sie stärken sie, obwohl sie sie bekämpfen wollen. Deshalb verurteilen wir die Aufrufe einzelner Protagonisten aus der sächsischen Linksjugend, z. B. den Aufrufen zum Ostermarsch nicht zu folgen, nachdrücklich.

Sammlungsbewegung als linken Neustart unterstützen

Der Liebknecht-Kreis Sachsen unterstützt nachdrücklich das Projekt „Aufstehen“. Wir sehen darin vor allem die Chance, eine starke außerparlamentarische Bewegung gegen die neoliberale Politik und den politischen Rechtsruck sowie für mehr soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik in Gang zu bringen. Eine Mehrheit in unserem Land will ein Ende der explodierenden sozialen Ungleichheit, Vermögenssteuern für die Reichen, einen höheren Mindestlohn, armutsfeste Renten, bezahlbare Mieten und lehnt die für das nächste Jahrzehnt geplante Verdoppelung der Rüstungsausgaben ab. Eine gesellschaftliche Bewegung von unten muss diesem derzeit vorwiegend stillen Protest eine in den politischen Auseinandersetzungen unüberhörbare Stimme geben. Es gilt wieder einmal, die „versteinerten gesellschaftlichen Verhältnisse dadurch zum Tanzen zu bringen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!“ (Karl Marx, 1844) Nicht zuletzt die negative Reaktionen aus Leitmedien und Bundestagsparteien bestärken uns darin, entschieden für den anstehenden linken Neustart und dabei auch für eine

deutlich kämpferische Linkspartei einzutreten. Natürlich brauchen wir dabei auch eine „linke Machtopion“ und letztlich eine „sozialere Regierung“. Aber wir sollten nicht erneut der Illusion aufsitzen, dass ein wirklicher Politikwechsel gegen den Neoliberalismus und die Militarisierung der internationalen Beziehungen schnell und einfach erreicht werden kann.

Neoliberalismus und Kriegspolitik sind machtpolitisch in keiner Weise am Ende. Nach allen geschichtlichen Erfahrungen (nicht zuletzt der Jahre 1918 und 1968 in Deutschland) wissen wir, dass es für grundlegende politische und sozialökonomische Veränderungen einer gesellschaftlichen Kraft mit geradezu revolutionärer Stärke bedarf. Die Schaffung von linker Gegenöffentlichkeit und politischer, gewerkschaftlicher und geistig-kultureller Gegenmacht sollten von uns als nächste unumgängliche Schritte im Kampf gegen ein tief gestaffeltes politisches System der Kapitalherrschaft verstanden werden.

• Liebknecht-Kreis Sachsen

Strom-Prepaymentzähler in der Praxis

Im Frühjahr 2018 besuchten Marco Böhme, energiepolitischer Sprecher der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Kreisrätin Bärbel Heym, Stadträtin Uta Knebel mit Mitarbeitern der sächsischen Abgeordneten im Bundes- und Landtag die Stadtwerke Riesa. Die Mitarbeiter der sächsischen Abgeordneten der LINKEN im Deutschen Bundestag hatten die Initiative für ein Fachgespräch vor Ort, da gerade in den kalten Wintermonaten das Thema „Stromsperrungen“ und vor allem die damit verbundenen Kosten ein Thema linker Sozialpolitik sind. Wie kann den Betroffenen effektiv geholfen werden, welche politischen Initiativen sollte DIE LINKE ergreifen?

Die Stadtwerke Riesa bieten ihren Kunden einen sogenannten Strom-Prepayment-Zähler an. Der Kunde kann nur den Strom verbrauchen, für den er auch entsprechendes Guthaben auf das Gerät geladen hat. Der Vorteil für den Kunden: Das teure Sperren und Entsperrn des Stromzählers fällt weg, da der Kunde per Chipschlüssel jederzeit Guthaben auf

das Gerät aufladen kann. Das Gerät schaltet sich nicht am Wochenende, an Feiertagen oder außerhalb der Öffnungszeiten des Kundencenters der Stadtwerke ab. Somit kann der aufgrund fehlenden Guthabens stromlose Kunde jederzeit einen Ansprechpartner erreichen, um Lösungen zu finden. Und dies ohne auf ihn umgelegte Mehrkosten.

Das Unternehmen andererseits profitiert von der Kundenbindung und von Einsparungen im Mahnwesen. Auch sinkt die Gefahr, uneinbringliche Forderungen aufgrund von Insolvenzen ausbuchen zu müssen. Ein Prepayment-Zähler kann also Kunden des regionalen Stromanbieters vor hohen Kosten beim Sperren und Entsperrn von Stromanschlüssen schützen. Eine Zwischenlösung. Lasst uns darüber diskutieren, ob wir als LINKE diese Idee flächendeckend fordern sollten oder ob dies unserer Vision einer sozialistischen Gesellschaft widerspricht. Eure Meinung bitte an:

• Jens Hentschel-Thöricht
jens.hentschel-thoericht@gmx.de

Der NSU war nicht zu dritt!

„An diesem Prozess ist Deutschland gewachsen“, meinte der Beobachter der Zeit. Mit dem Urteil gegen Beate Zschäpe seien die NSU-Verbrechen aufgearbeitet, meinen viele Stimmen.

fassungsschutzbehörden, kein Wort zur umfangreichen illegalen Aktenvernehmung, kein Wort zum institutionellen Rassismus der Ermittlungsbehörden.

Daniel Peisker ist gegen einen Schlusstrich

Wir sind gegensätzlicher Meinung. Es ist beschämend, dass das Oberlandesgericht München trotz der Vielzahl widersprechender Belege an der These festhält, der NSU sei ein von der Szene abgekapseltes Trio mit allenfalls einer Handvoll Mittäter_innen gewesen. So wird versucht, einen Schlusstrich zu ziehen. Es ist beschämend, dass Ralf Wohlleben, immerhin Beschaffer der Česká 83, nur zehn und nicht mindestens die beantragten zwölf Jahre Haft erhielt. Und es ist noch viel beschämender, dass André Eminger (der unter anderem 2015 beim Münchner Pegida-Ableger gesichtet wurde und seinen Anwalt im Gericht verlesen ließ, er sei „Nationalsozialist, der mit Haut und Haaren zu seinen Überzeugungen steht“) gar neuneinhalb Jahre weniger bekam und der Haftbefehl gegen ihn direkt aufgehoben wurde – was das Dutzend einschlägig bekannter Neonazis im Gerichtssaal zu offenem Jubel anhielt, ohne dass dies Konsequenzen gehabt hätte.

Nein, einen Schlusstrich unter der Causa NSU darf es definitiv nicht geben. Dieser Meinung waren auch die Protestierenden am Tag der Urteilsverkündung in über 20 Städten. Ihr Ruf: Nazis morden, der Staat macht mit – Der NSU war nicht zu dritt!

Meinen die das ernst?

Nr. 8: Noten abschaffen

Hier stellen wir euch jeden Monat eine Forderung aus dem Linksjugend-Wahlprogramm vor.

Die Forderung:

Das Recht auf Mobilität soll ein Grundrecht sein!

Die Begründung:

In Zeiten der Globalisierung wird die Welt kleiner. Jedoch nur bildlich, denn physikalisch ändert sich nichts. Die Folge ist, dass die Distanzen, die wir zurücklegen, um unsere Freund_innen zu besuchen oder unsere Arbeitskraft zu verkaufen, immer größer werden. Wer sich Mobilität nicht leisten kann, wird ausgegrenzt oder noch schlimmer: kriminalisiert. In Deutschland wandern jährlich mehrere tausend Menschen ins Gefängnis, weil sie Bußgelder fürs Schwarzfahren nicht bezahlen können. Anders ausgedrückt: Weil sie von A nach B müssen, werden sie eingesperrt. Mobilität darf weder Privileg noch Verbrechen sein. Wir fordern deswegen ein Grundrecht auf Mobilität. Dieses lässt sich für uns nur durch einen fahrscheinlosen ÖPNV und alternative Beförderungskonzepte durchsetzen. Beispielsweise können kommunalisierte Car-Sharing-Projekte die Zahl der Autos reduzieren, diese modern halten und die manchmal benötigte Individualität gewährleisten. Sichere Verkehrswege sind eine Selbstverständlichkeit.

Termine

28.-30. September:

Landesjugendplenum in Chemnitz

ENVER ŞİMŞEK
ABDURRAHİM ÖZÜDOĞRU
SÜLEYMAN TAŞKÖPRÜ
HABİL KILIÇ
MEHMET TURGUT
İSMAIL YAŞAR
THEODORUS BOULGARIDES
MEHMET KUBAŞIK
HALIT YOZGAT
MICHÈLE KIESEWETTER

linksjugend
[solid]
Landesverband Sachsen

Auf zum Landesjugendplenum!

Auf, auf zum Landesjugendplenum! Unser liebstes höchstes beschlussfassendes Gremium, das Landesjugendplenum, tagt wieder einmal: vom 28.-30. September in Chemnitz, formerly known as Karl-Marx-Stadt. Im wundervollen Subbotnik werden wir Landes- (Aufpasser-Gremium in der Partei) und Länderrat (Aufpasser-Gremium im Bundesjugendverband) wählen und uns ansonsten ganz viel mit der anstehenden Landtagswahl auseinandersetzen. Neben dem end-

gültigen Beschluss über Grundsatprogramm und Landesjugendwahlprogramm, welche über das letzte halbe Jahr erarbeitet wurden, werden sich die aus unserer Mitte kommenden Jugendkandidat_innen vorstellen und zur Wahl stellen. Das wird ein großer Spaß, nicht zuletzt weil das Ganze in einer pfiffigen Form geschehen wird.

Falls ihr euch fragt, ob es eine ARD-Wahlarena-mäßige Vorstellung geben wird, ihr nicht wisst, was ein Landes-

rat oder ein Länderrat sein wollt oder über unser Programm mitentscheiden wollt, dann meldet euch auf unserer Webseite an (bald verfügbar) und kommt am letzten Septemberwochenende in die Stadt mit den drei o's (Gorl-Morx-Stodt)!

PS: Antragskommission und vermutlich alle Anwesenden würden es ultra feiern, wenn ihr eure Änderungsanträge ans Programm bis zum 23. September zu uns schickt.

Es gibt immer ein erstes Mal

Am Abend des 13.7. und am 14.7. 2018 fand in Leipzig das erste Landesjugend-FLTI*-Plenum der Linksjugend Sachsen statt. FLTI* steht für: Frauen, Lesben, Trans- und Interpersonen. Teilnehmen konnten alle Menschen, die sich einer dieser Gruppen zugehörig fühlen.

Die Idee für so ein „Flenum“ kam uns auf dem letzten Landjugendplenum in Görlitz während des dortigen FLTI*-Plenums. Während des FLTI*-Plenums tauschen wir uns darüber aus, was es bedeutet, als Frau* an einer Veranstaltung wie dem Landesjugendplenum teilzunehmen bzw. wie es ist sich in der Linksjugend Sachsen zu engagieren. Das Feedback war fast so erdrückend wie der Frauen*anteil im Verband. Vie-

le fühlen sich nicht gehört und eingeschüchtert von dem Verhalten der Typen. Aber gleichzeitig war es auch ein sehr schönes Gefühl, sich in so einem Schutzraum auszutauschen und es kam die Idee auf, so etwas auch mal auf Landesebene stattfinden zu lassen.

Daraufhin nahmen drei Frauen aus dem Beauftragtenrat die Organisation in die Hand. Es trafen sich etwa zehn Frauen im Interim und redeten über die Schattenseiten, die das politische Engagement als Frau in einer politischen Struktur mit sich bringt. Wichtig war auch die Frage, wie wir mehr FLTI*-Personen dazu bewegen können, sich in der Linksjugend Sachsen zu engagieren und woran es liegen könnte, dass wir es schon mehrfach erlebten, dass

Frauen Plena von unseren Ortsgruppen besuchten, aber dann nicht wiederkamen.

Die Veranstaltung wurde von den Teilnehmerinnen als sehr angenehm und produktiv wahrgenommen. Das lag auch viel an unserer tollen Moderatorin Ines, die uns geholfen hat, strukturiert und mit passenden Methoden an die Sache ranzugehen. Die Ergebnisse des ersten Landesjugend-FLTI*-Plenums werden auf dem nächsten Landesjugendplenum in Chemnitz vorgestellt. Wir wollen nun auf Landesebene eine FLTI*-Struktur gründen, die in den Jugendverband hineinwirkt. Aber vor allem soll dies nicht unser letztes „Flenum“ gewesen sein! Wir freuen uns. :-)

Nächste Ausfahrt LINKS.

Ein Kommentar zur europäischen Automobilwirtschaft von

Frederic Beck, Büro MdEP Cornelia Ernst

Wettbewerb muss gut sein?! Warum? Ganz einfach: Er bedeutet Wohlstand und Wohlstand bedeutet Freiheit und ohne diese Freiheit ist das Leben wohl kaum lebenswert. Blöd nur, dass scheinbar all die Automobilunternehmen genau dieses Prinzip, das sie stets nach außen so hoch halten, selbst missachten, indem sie Kartelle bilden und sich munter zu Bremsen, Abgasreinigung oder Spritoptimierung absprechen.

Eine solche Inkonsistenz wirkt infantil. Helfen sich die Firmen gegenseitig, so zeugt dies von Solidarität unter Gleichgesinnten, sobald es aber an Mitarbeiter*innen und Kund*innen geht, endet diese abrupt. Plötzlich heißt es, dass Geld sei zu knapp für höhere Löhne, das Geld sei zu knapp für bessere Nachrüstungen, das Geld sei zu knapp für mehr Forschung in grüne Technologien. Gut dass es Mutter Staat gibt, an der sich die Kinderlein namens VW, Daimler, PSA und Co. nähren können. Im Zweifel eine Abwrackprämie hier, eine Subvention für Technologie dort und schon werden die Söhne und Töchter dick und rund. Das Geld, das diese dann erwirtschaften, geht schließlich aber nicht etwa zurück an den Staat und damit zu Teilen auch in den Haushalt der Union, welche es für gesellschaftliche Zwecke einsetzen könnte, um den für die Firmen arbeitenden Menschen etwa Kultur, Altersvorsorge und soziale Absicherung zu bieten, sofern es denn, wie es auch die GUE/NGL immer wieder nachhaltig betont, endlich auch eine soziale Säule im Konstrukt EU gäbe.

Nein, anstatt umzuverteilen, wird das Geld dank Steueroptimierung, Abschreibungen, dubiosen Konten und so weiter und so fort den Unternehmen belassen und kommt am Ende als fetter Bonus für die Top-Manger*innen sowie Superrendite für die Aktionär*innen raus. Das muss ein Ende haben. So fordert DIE LINKE im Europaparlament seit ge-

europäischen Wirtschaft und damit der Bevölkerung beruht, scheint grundlegend die falsche Drehbewegung vorzugeben. Anstatt dass die Hersteller etwas an die Menschen zurückgeben (via Staat oder EU), erbringen nur ihre Mitarbeiter*innen immer neuen Input für die Firmen. Opel ist da ein exzellentes Beispiel. Unter dem Vorwand der Arbeitsplatzsicherung werden

den Grundfesten der Arbeitsrechte, so z.B. im Bereich Kündigungsschutz oder Tarifbindung. Das kommt auch dem hiesigen Autobauer PSA zugute, der nicht nur in Deutschland sondern auch in Frankreich versucht, massiv an seinen Arbeitskräften, die über Jahre gute Arbeit geleistet haben, zu sparen. Krisengeschüttelte Länder wie Italien, wo FIAT sein Unwesen mit illegitimen Wettbewerbspraktiken, z.B. im Bereich Abgasmanipulation treibt, oder in Spanien legten schon vor einigen Jahren den Schalter um. Seitdem heißt es auch dort: freie Fahrt für die Unternehmen. Das Nachsehen haben dann die Verbraucher*innen und die Umwelt.

Auch deshalb sollten sich die Europäischen Politgranden vor allem einmal damit beschäftigen, wie sie nachhaltig und mit den Menschen den Wohlstand innerhalb der Union wahren und vor allen Dingen fair verteilen können. Ein Anfang im Bereich Automobile wäre eine Europäische Überwachungsbehörde, wie sie auch Cornelia Ernst seit langem fordert: „Nur eine übernationale Behörde kann es schaffen, dem Wirrwarr aus nationalen Prüfinstanzen, die sich in korrupter Manier die Typengenehmigungen zuschachern, ein Ende zu setzen und so das Vertrauen der geschädigten Verbraucher*innen wiederzugewinnen.“ DIE LINKE im Europaparlament wird auch weiterhin dafür kämpfen, dass es sozial und ethisch nachhaltige Richtlinien für alle Unternehmen, ob in der Automobilbranche oder anderswo, geben wird.



Foto: Jakob Huber/Campact / CC BY-NC 2.0

raumer Zeit, dass die Gehälter von Geschäftsführer*innen und Firmenvorständen gedeckelt werden, damit die Lohnlücke zwischen Angestellten und Chefs nicht immer weiter auseinanderklafft. Das bisherige Konzept, auf dem angeblich der Erfolg der eu-

dort bisher geplante Lohnerhöhungen einfach ausgesetzt und die Produktion heruntergefahren. Die Berliner Politik äußert sich nicht dazu. In anderen europäischen Staaten sieht es nicht besser aus. Im Gegenteil, Macron rüttelt in Frankreich gerade an

Investieren in die Energiewende! Jetzt!

Die bedrohliche Trockenheit, das Niedrigwasser und die extremen Wetterereignisse zeigen: Der Klimawandel ist in vollem Gange, und die Zeitungen schreiben schon vom „Klimawandel in Mitteldeutschland“. Den Bauern im Osten und Norden Deutschlands drohen empfindliche Ernteausfälle.

Ende 2015 einigten sich 195 Staaten weltweit darauf, dass die globale Temperatur nicht stärker als um zwei Grad Celsius ansteigen darf. Nun soll beim nächsten Klimagipfel, der am 3. Dezember 2018 in Katowice (Polen) beginnt, eine Bestandsaufnahme gemacht werden: Reichen die Reduktionsziele der Unterzeichnerstaaten aus, um das Zwei-Grad-Ziel einzuhalten? Und wie sollen die Richtlinien für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens aussehen?

Für die EU müssen wir leider feststellen: Die selbstgesteckten Reduktionsziele für den CO₂-Ausstoß reichen bei weitem nicht aus. Das Ziel liegt bei

gerade 40 Prozent CO₂-Einsparung bis 2030, müsste aber bei mindestens 55, besser bei 70 Prozent liegen, um das Zwei-Grad-Ziel von Paris noch einzuhalten. Hier muss also dringend nachgebessert werden. Und das bedeutet: Wir müssen bei der Erzeugung von Energie zukünftig auf Kohle verzichten. Zumindest die zwanzig dreckigsten Kohlekraftwerke in Deutschland müssen wir sofort abschalten, sonst kommen wir nicht mal in die Nähe des Zwei-Grad-Ziels. Bis spätestens 2035 müssen wir komplett aus der Kohleverstromung aussteigen, jedoch haben weder Deutschland noch Polen ein Ausstiegsdatum festgelegt.

43 Prozent des Stroms in Deutschland kommt aus der Braunkohle, in Polen kommen 80 Prozent des Stroms aus Stein- und Braunkohle. Beide Länder müssen massiv in erneuerbare Energien investieren und gegensteuern, denn momentan nimmt der Ausbau der Erneuerbaren in der EU sogar ab. Und: Solange so viel Kohlestrom im

Netz unterwegs ist, „verstopft“ er quasi das Netz und erlaubt kein schnelleres Wachstum der erneuerbaren Energien. Der Strukturwandel, der durch den Kohleausstieg zwangsläufig folgt, muss aber aktiv gestaltet werden: Es müssen die Zivilgesellschaft, die Gewerkschaften, kleine und mittlere Unternehmen und Kommunalpolitiker*innen einbezogen werden. Das Braunkohleunternehmen LEAG in der Lausitz hat seine Arbeitsplatzgarantie nur bis 2020 ausgesprochen – was danach kommt, ist ungewiss. Es ist also höchste Zeit, gezielt in alternative Sektoren zu investieren. Doch es ist nicht nur die Nutzung erneuerbarer Energieträger auszubauen, es müssen auch der öffentliche Personennahverkehr und der Schienenverkehr gefördert werden. Dafür benötigen wir öffentliche Gelder, sowohl von der EU als auch von den Mitgliedstaaten. Doch im mehrjährigen EU-Finanzrahmen wird es bei den so wichtigen Strukturfonds Einbußen von fünf bis zehn Prozent geben, während andererseits plötzlich Milliarden in die

Militarisierung der EU gehen. Allein 13 Milliarden Euro werden für einen EU-Fonds für Rüstungsforschung bereitgestellt – viel Geld, das besser in den sozial-ökologischen Umbau investiert werden sollte.

Bis zum 9. Oktober 2018 läuft noch die öffentliche Konsultation der Europäischen Kommission, bei der alle Interessierten Vorschläge zur Verringerung der Treibhausgasemissionen einreichen können: www.bit.ly/2wOnZbP

Die EU muss, bevor sie ihre Vertreterinnen und Vertreter zum Klimagipfel nach Katowice schickt, dringend das CO₂-Reduktionsziel heraufsetzen, auf mindestens 55 Prozent bis 2030. Und sie muss gleichzeitig ein EU-Budget planen, das mehr und nicht weniger Geld für den sozial-ökologischen Umbau bereitstellt. Dafür setzt sich die LINKE im Europaparlament ein.

• Cornelia Ernst (MdEP) und Manuela Kropp (MA)

Eine soziale Garantie

Caren Lay plädiert dafür, beim Thema Kohleausstieg ökologische und soziale Lösungen zu verbinden und auf die Kumpel zuzugehen



Der Kohleausstieg kommt. Das sehen mittlerweile auch die Beschäftigten in der Energiewirtschaft, mithin die Betroffenen so. Nicht zuletzt auch deshalb, weil ihr Arbeitgeber bereits de facto ein Enddatum gesetzt hat. Im Revierkonzept des Vattenfall-Nachfolgers LEAG steht das Datum 2045 und schon heute die Festlegung, kei-

rates auch ein klares Bekenntnis zur Akzeptanz des menschengemachten Klimawandels und der Verantwortung dazu durch die Braunkohle. Eine Aussage, die man so vor einigen Jahren sicher nicht gehört hätte und die auch in klarer Abgrenzung zu AfD-Positionen in dieser Frage getätigt wurde. Dass es deshalb unter den Beschäftig-

schiedene Positionen zu den Aktionen von „Ende Gelände“ 2017) zu überwinden. Da sind wir bereits auf einem guten Weg. So hatten die Landtagsfraktionen in Sachsen und Brandenburg zuletzt wieder regelmäßigen Austausch mit der Bergbaugewerkschaft IG BCE. Deshalb habe ich mich sehr gefreut, dass mich unser sächsischer

der jemanden, auf den das zutrifft. Außerdem müssen wir uns klar machen: Die Beschäftigten der LEAG genießen das, was wir als LINKE für alle Beschäftigten wollen – einen gut verhandelten Tarifvertrag mit anständiger Bezahlung. Natürlich haben sie ein Interesse daran, nach dem Kohleausstieg nicht unter dieses Niveau zu sinken. Dabei reden wir dann über, je nach Schätzung, nur noch jeden dritten „Kohlekumpel“ nach heutigem Stand. Der Rest wird 2040 oder 2045 längst in Rente sein.



Die entscheidende Frage für uns als LINKE ist deshalb, was wir anzubieten bereit sind, um denjenigen eine Perspektive zu bieten, die nach dem Aus der Braunkohleförderung bislang ohne positive Zukunftsaussicht dastehen. Wir müssen also die fraglos richtige, ökologische Position mit der sozialen Dimension zusammendenken. Was nicht passieren darf, ist der komplette Zusammenbruch einer ganzen Region wie in den frühen 1990er Jahren. Dieses Trauma ist gerade in der Lausitz tief verwurzelt und es ist unsere Aufgabe, den Menschen die Angst vor einem erneuten Strukturbruch zu nehmen.

Mein Vorschlag dazu, den ich zusammen mit Rico Gebhardt dem Betriebsrat des Kraftwerkes vorgestellt habe, wäre eine Beschäftigungsgarantie für alle, die heute bereits in der Kohle beschäftigt sind und zum Zeitpunkt des Kohleausstieges noch nicht das Renteneintrittsalter erreicht haben. Wir brauchen eine Beschäftigungsgarantie für die jetzt in der Kohle Beschäftigten, wenn wir Mehrheiten für den notwendigen Kohleausstieg gewinnen wollen. Ökologische und soziale Interessen wollen wir LINKE gemeinsam denken!

ne neuen Braunkohletagebaue in der Lausitz mehr aufzuschließen. Damit liegt man nur knapp über der beschlossenen Position unseres sächsischen Landesverbandes, der 2040 als Enddatum für die Kohle vorgesehen hat. Ebenso erfreulich: Im Gespräch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Belegschaft im Kraftwerk Schwarze Pumpe gab es seitens des Betriebs-

ten der LEAG jetzt große Sympathien für DIE LINKE geben würde, ist aber Wunschdenken. Eine Annäherung an die noch immer knapp 8.000 „in der Kohle“ Tätigen und damit auch an ihre Familien sollte dennoch Ziel sein, wollen wir in Ostsachsen wieder Wählerinnen und Wähler für uns gewinnen. Dazu gilt es zunächst, entstandene Konflikte (etwa durch weiterhin ver-

Fraktionsvorsitzender Rico Gebhardt zu meinem Termin mit dem Betriebsrat des Kraftwerkes Schwarze Pumpe im Rahmen meiner Sommertour begleitet hat.

Das Einkommen vieler Menschen in der Lausitz ist auch zukünftig direkt oder indirekt von der Kohleförderung abhängig – oder zumindest kennt je-

Solidarität mit Halberg-Guss zahlt sich aus

Es begann Mitte Juni wie ein unerträgliches und skandalöses Lehrstück aus dem kapitalistischen Tollhaus. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit eröffnete der Autozulieferer Prevent auf dem Rücken der 700 Beschäftigten von Halberg-Guss in Leipzig mit dem Wolfsburger Automobilgiganten VW den Kampf um noch höhere Profite. Anfang 2018 hatte das Bundeskartellamt dem Kauf der Saarbrücker Gießerei-Gruppe Neue Halberg-Guss durch den deutsch-bosnischen Zulieferer Prevent zugestimmt und den Weg für diesen Machtkampf frei gemacht. Als Prevent mit seinen überhöhten Forderungen zu scheitern drohte, kündigte man Mitte Juni kurzerhand die Schließung des traditionsreichen Werkes in Leipziger Westen für Ende 2019 an.

Diese Rechnung wurde aber ohne die Belegschaft gemacht, die kurzerhand in den Ausstand trat. Wenige Tage nach Beginn des Streiks besuchte ich erstmals den Betrieb, um mich über die aktuelle Lage zu informieren und die solidarischen Grüße der Bundestagsfraktion sowie der Leipziger LINKEN zu überbringen. Im Gespräch mit den Beschäftigten und der Streikleitung – darunter mit dem Betriebsratsvorsitzenden Thomas Jürs und dem Leipziger IG-Metall-Chef Bernd Kruppa – erfuhr ich sehr viel Neues über die Hintergründe des Konflikts. Ich war zugleich sehr beeindruckt von der kämpferischen Geschlossenheit und Disziplin der Beschäftigten, die sich nicht vom Eigentümer provozieren ließen. Die LINKE stand von Anfang an

fest an der Seite der Streikenden und unterstützte sie nach Kräften; bei einem späteren Besuch übergab ich gemeinsam mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Leipziger Stadtverbandes Kay Kamieth eine Spende in Höhe von 500 Euro, die mit viel Beifall aufgenommen wurde.

Der unbefristete Streik erhielt schnell bundesweite Aufmerksamkeit, deshalb reichte ich Ende Juni eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung ein, um Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) endlich aus seinem Dornröschenschlaf zu erwecken. Dessen kraftlose Reaktion war allerdings ein Armutszeugnis für die Bundespolitik. In den folgenden Wochen fanden in Frankfurt/Main harte Verhandlungen

zwischen der IG Metall und Prevent statt, die mehrmals völlig ergebnislos endeten. Dann am 22. August der Paukenschlag bzw. eine komplette Kehrtwende: Das Unternehmen rückte von seinen Schließungsplänen ab und ist nunmehr bereit, über ein Fortführungskonzept zu verhandeln. Sicher ist es zum Jubeln noch zu früh, aber dieser erste Erfolg zeigt, dass sich der wochenlange mutige Streik, die kämpferische Haltung der Belegschaft und die vielfache Solidarität durchaus gelohnt haben. Eine Fortführung des Werkes wäre nicht nur wichtig für die Beschäftigten, sondern auch für den Erhalt des Industriestandortes Leipzig.

• Sören Pellmann



Ankerzentren

Kurzstudie zu möglichen Auswirkungen für die Kommunen

Seite 2

Bürgerbeteiligung

Aktuelle Studie zu kommunaler Bürgerbeteiligung

Seite 3

Daseinsvorsorge

Pressemitteilung von Verbänden zum Tag der Daseinsvorsorge

Seite 4

Nachhaltigkeit

Umsetzung der Agenda 2030 durch Kommunen

Seite 4

Kommunale Demokratie im Schwinden?

Vom französischen Philosophen und Politiker Alexis de Tocqueville (1805-1859) stammt der Ausspruch von den Gemeinden als den „Schulen der Demokratie“. Dort sollen Bürgerinnen und Bürger elementar und am unmittelbarsten erfahren wie Politik und Demokratie funktionieren. Gemeinhin wird angenommen, dass die Bürger in der Kommune lernen könnten, Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen und damit den Grundstein für ein demokratisches, von der Bürgerschaft getragenes Gemeinwesen legen würden.

Und einschlägige Lehrbücher verraten, die „Schule der Demokratie“ biete eine Vielzahl demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger. Kommunalpolitische Fragen betreffen die Bürger oft direkt, die Problemlagen seien im allgemeinen überschaubar, die Folgen des eigenen Engagements seien unmittelbar erfahrbar. Und wer sich in der Kommunalpolitik engagiere, und sei es nur für ein konkretes Projekt für kurze Zeit, der erlerne dabei die Spielregeln demokratischer Entscheidungsprozesse und das Handwerk der Kompromissuche.

Seit geraumer Zeit wird aber beklagt, dass es Risse im Gebälk der kommunalen Demokratie gebe und bei den Bürgern ein Vertrauensverlust in die „Schule der Demokratie“ eingetreten sei. Festgemacht wird das u.a.

- an einer tendenziell abnehmenden Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen und
- einer teilweise sinkenden Bereitschaft zur Übernahme kommunaler Ehrenämter und Mandate.

Sinkende Wahlbeteiligung

Die Zunahme der Nichtwähler bei kommunalen Wahlen, was nicht nur in Sachsen, sondern in allen Bundes-

ländern zu beobachten ist, kann nicht auf einen absoluten Trend zu größerer Wahlenthaltung auf allen Ebenen der Politik zurückgeführt werden. Zwar ist auch bei Bundestags- und Landtagswahlen ein Rückgang der Wahlbeteiligung zu registrieren, aber dieser Rückgang war, im Vergleich zu dem Wählerschwund auf lokaler Ebene, deutlich geringer. Bemerkenswert ist zudem, dass bis zu Beginn der 1990er Jahre die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen zwar nie so hoch wie bei Bundestagswahlen, doch mit Anteilen von über 70 Prozent deutlich höher war als heute. Für Sachsen weist die Wahlbeteiligung folgende Entwicklung auf:

■ Gemeinderatswahlen

- 1990: 76,0 %
- 1994: 70,4 %
- 1999: 53,9 %
- 2004: 46,1 %
- 2009: 47,7 %
- 2014: 48,9 %

■ Kreistagswahlen

- 1994/95: 66,9 %
- 1999: 53,8 %
- 2004: 48,2 %
- 2008: 45,8 %
- 2014: 49,7 %

■ Landtagswahlen

- 1990: 72,8 %
- 1994: 58,4 %
- 1999: 61,1 %
- 2004: 59,6 %
- 2009: 52,2 %
- 2014: 49,1 %

■ Bundestagswahlen (Wahlbeteiligung in Sachsen)

- 1990: 76,2 %
- 1994: 72,0 %
- 1998: 81,6 %
- 2002: 73,7 %
- 2005: 75,7 %
- 2009: 65,0 %
- 2013: 69,5 %
- 2017: 75,4 %

Erklärungsversuche

Mitunter wurde in den letzten Jahren an Wahlabenden nach Kommunalwahlen die geringe Wahlbeteiligung damit erklärt, dass dies auf den Unmut der Bürger über die „Politik in Berlin“ zurückzuführen sei. Doch bei näherem Hinsehen überzeugt dieses Argument nicht, denn wie ist dann die sichtlich höhere Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen zu erklären, wo es ja um die „Politik in Berlin“ geht. Offensichtlich können die Wähler sehr wohl zwischen den Politikerebenen unterscheiden, demzufolge die Wahlentscheidung bei der Kommunalwahl nicht bloß als Reflex auf die politische Großwetterlage zu erklären ist.

Nach einer Forsa-Untersuchung vom Mai 2018 sei der Grund für die schrumpfende Wählerzahl bei Kommunalwahlen in der Kommunalpolitik selbst zu suchen. In der Wahrnehmung der Befragten würden sich die Kommunalpolitiker nicht mehr um die wirklichen Probleme und Sorgen der Bürger vor Ort kümmern, die auf kommunaler Ebene betriebene Politik würde zunehmend weniger den Erwartungen der Bürger entsprechen. Zudem seien die Kandidaten, die bei kommunalen Wahlen antreten, zu wenig bekannt, nicht profiliert genug und daher nicht in ausreichendem Maße überzeugend.¹

Aber auch die Forsa-Untersuchung scheint nur an der Oberfläche zu bleiben und keine ausreichende Erklärung für die sinkende Wahlbeteiligung zu liefern. Die Ursachen dafür liegen tiefer und sind in einer zunehmenden Entfremdung der Bürger von der repräsentativen Demokratie auch auf kommunaler Ebene zu suchen. Die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung in Deutschland sei auf eine „Restzuständigkeit“ reduziert, wenn

es um eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten und frei verfügbare Ressourcen gehe, denn mehr als 90 Prozent der kommunalen Tätigkeit dürfte inzwischen durch das Land, den Bund und die EU weitgehend rechtlich und oft auch sachlich vorgegeben sein.²

Viele kommunale Politikfelder sind inzwischen dermaßen verrechtlicht, dass sie für Außenstehende, ja mitunter auch für ehrenamtliche Kommunalpolitiker, als ein Minenfeld von Paragraphen erscheinen. Zudem ist eine häufig sperrige Verwaltungssprache eine zusätzliche Barriere für das Verständnis der Zusammenhänge des jeweiligen Problemfeldes. Auch die Einführung der Doppik in der kommunalen Haushaltswirtschaft hat es für Außenstehende nicht einfacher gemacht, sich hier einen Durchblick zu verschaffen, wenn der Haushaltsentwurf gemäß Gesetz an sieben Tagen öffentlich auszufragen ist und hier für Einwohner und Abgabepflichtige die Möglichkeit besteht, Einwendungen gegen den Entwurf zu erheben. Wer da nicht über eine entsprechende fachliche Ausbildung verfügt, sieht sich dem riesigen Zahlenwerk ziemlich hilflos ausgesetzt.

Auch die seit den 1990er Jahren vollzogenen Gebiets- und Verwaltungsreformen und damit die Konzentration in größeren Einheiten haben die Distanz der Bürger zu ihren Kommunen vergrößert und „in ihrer binnenorientierten Managementperspektive die Bürgerinnen und Bürger zunächst fast völlig vergessen und die zivilgesellschaftlichen Kooperationspotentiale vernachlässigt.“³

Die Entfremdung der Bürger von der kommunalen Demokratie sei auch durch die Liberalisierungs- und Privatisierungstendenzen herbeigeführt

Fortsetzung auf Seite 2

Auswirkungen von Ankerzentren

Anfang August 2018 sind in Bayern die ersten Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren („Anker-Zentren“) in Betrieb gegangen. Weitere Einrichtungen in anderen Bundesländern sollen folgen. Geflüchtete sollen bis zu 18 Monate in einem Anker-Zentrum bleiben, nur Personen mit anerkanntem Asylstatus oder positiver Bleibeperspektive sollen anschließend auf die Kommunen verteilt werden.

Zahlreiche Fragen zu den Anker-Zentren sind jedoch noch offen: Beschleunigen sie die Asylverfahren? Werden die betroffenen Kommunen entlastet? Welche Folgen haben die Anker-Zentren für die Geflüchteten? Diesen Fragen geht die vorliegende Kurzstudie nach.¹

Die Untersuchung zeigt: Anker-Zentren werden die Probleme verschärfen, die derzeit bereits in Sammelunterkünften zu beobachten sind. Zudem werden die Folgen weit über die Zentren hinaus spürbar sein: In ihrer näheren Umgebung, aber auch gesamtgesellschaftlich können sie enorme Konflikte hervorrufen.

Kerngedanke der Ankerzentren

In den Anker-Zentren sollen, gewissermaßen unter einem Dach, Asylverfahren durchgeführt werden sowie Unterkunft und Verpflegung bereitgestellt werden. Diese Neuorganisation soll ermöglichen, Anträge zügiger zu bearbeiten sowie abgelehnte Antragsteller schneller abschieben zu können. Im besten Fall soll das Asylverfahren inklusive aller Rechtswege binnen weniger Tage oder Wochen abgeschlossen werden, allerdings ist eine maximale Aufenthaltsdauer von bis zu 18 Monaten in den Anker-Zentren vorgesehen. Bisher wurden Schutzsuchende nach sechs Monaten in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften oder in dezentralen Wohnungen in Kommunen untergebracht, sofern sie nicht aus einem „sicheren Herkunftsland“ stammen.

Mit den Anker-Zentren sollen nur noch Personen, deren Asylstatus anerkannt wird oder die eine „gute Bleibeperspektive“ haben, im Anschluss in Kommunen untergebracht werden. Alle anderen Personen sollen abgeschoben werden oder direkt aus den Anker-Zentren „freiwillig rückkehren“. Sowohl Residenzpflicht als auch Sachleistungsprinzip sollen in den Einrichtungen gelten.

Auswirkungen auf die Kommunen

Ein wichtiges Ziel der Anker-Zentren ist es, die Kommunen zu entlasten. Nur noch Personen mit anerkanntem Asylstatus oder mit positiver Bleibeperspektive sollen auf einzelne Kommunen verteilt werden. Ob die Kommunen durch diese Neuregelung tatsächlich entlastet werden, ist jedoch fraglich. Um die Folgen für die Kommunen einschätzen zu können, ist zwischen Kommunen, auf deren Gebiet die Anker-Zentren eingerichtet werden sollen, und anderen Kommunen zu unterscheiden.

Für die Kommunen, in denen keine Anker-Zentren eingerichtet werden, ist zunächst mit einer Entlastung ihrer Haushalte zu rechnen. Kosten für

die Unterbringung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie für Sprachkurse werden vermutlich sinken, wenn ein Teil der Asylsuchenden die Kommunen nie erreicht. Jedoch kommen auf die Kommunen hohe Folgekosten zu. Werden Geflüchtete erst nach 18 Monaten auf Kommunen verteilt, entstehen Kosten wegen des verspäteten Einstiegs in den regionalen Arbeitsmarkt sowie wegen eines größeren Unterstützungs- und Beratungsbedarfs. Weitere Kosten erfolgen durch „nachholende“ Vorbereitung auf selbstständige Lebensführung vor Ort, „nachholenden“ Beziehungsaufbau durch geeignete Maßnahmen und Programme zwischen Geflüchteten, ehrenamtlichen Unterstützern und kommunaler Bevölkerung sowie „nachholende“ und daher noch kostenintensivere Sprachförderung sowie erschwerte, da verspätete Integration in Schule und Ausbildungseinrichtungen vor Ort. Die Ausgaben können ein Vielfaches der Mittel betragen, die nicht schon bei Ankunft investiert wurden. Zugleich fallen für Bund und Länder sehr hohe Kosten für den umfangreichen Bau oder Ausbau der Anker-Zentren an. Die Kosten einer vielerorts praktizierten dezentralen Unterbringung dürften insgesamt niedriger liegen. Statt den Neubau von Anker-Zentren zu finanzieren, könnten Bund und Länder mit dem Geld die Kommunen daher auch direkt entlasten.

In den Kommunen, auf deren Gebiet die neuen Anker-Zentren eingerichtet werden, ist mit zusätzlichen Problemen und Dynamiken zu rechnen. Zwar könnten Teile der lokalen Ökonomie von den Zentren profitieren: Bund und Land übernehmen die Einrichtungskosten und durch die schiere Größe der Einrichtung von bis zu 1.500 Bewohnern sind neue Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten z.B. im Dienstleistungssektor zu erwarten. Unter anderem könnte der Konsum und die Nachfrage etwa im Einzelhandel, im Handwerk oder im Feld medizinischer Leistungen steigen. Diesem möglichen ökonomischen Gewinn durch den ‚Wirtschaftsfaktor‘ Anker-Zentrum stehen jedoch die hohen sozialen Folgekosten der Einrichtungen gegenüber:

Die räumliche Segregation, die durch abgelegene Standorte wie ehemalige Kasernengelände oder Industriegebiete noch gesteigert wird, dürfte Beziehungen zwischen den Bewohnern der Anker-Zentren und der lokalen Bevölkerung, kommunalen Einrichtungen und Initiativen nachhaltig belasten. Aller Voraussicht nach werden Flüchtlingsinitiativen, Journalisten oder andere Bürger nur einen eingeschränkten und eng kontrollierten Zugang zu den Zentren haben. So wird verhindert, dass engere soziale Netzwerke und Beziehungen zwischen dem ‚Innen‘ des Zentrums und seiner Umgebung entstehen, Kontakte zu Alteingesessenen sowie zu anderen Migranten vor Ort werden erschwert. Die Zentren werden als Fremdkörper in oder neben der Kommune wahrgenommen werden. Es steht zu erwarten, dass

sie wie andere segregierte Gemeinschaftsunterkünfte zudem Zielscheibe gewaltsamer, oft rechtsextremer Mobilisierung werden. Isolation und nicht Integration wird die Folge sein.

2015 wurde das große Potential lokaler Unterstützungsstrukturen sichtbar, mit den Anker-Zentren bliebe es ungenutzt. Kommunale Netzwerke

der Flüchtlingsarbeit, der Teilhabeförderung und der Konfliktprävention würden nicht gestärkt, sondern geschwächt werden. Auf diese Weise entfallen viele Möglichkeiten, die durch die dezentrale Unterbringungsformen entstanden sind: der Unterstützung,

Fortsetzung auf Seite 3 unten



Fortsetzung von Seite 1

Kommunale Demokratie ...

worden, die seit den 1990er Jahren zu einem Steuerungsverlust der Kommunalvertretung und zu erheblichen Transparenzdefiziten geführt haben. Dabei wurden zum Teil die Zuständigkeiten und die politische Verantwortung der kommunalen Gremien und Organe in intransparente, semidemokratisch und monothematisch dominierte Parallelstrukturen verlagert (Outsourcing).

Die Steuerung und Kontrolle der Aufgabenwahrnehmung unterliege von daher erheblichen Transparenzverlusten. Das werde noch dadurch verstärkt, dass Entscheidungs- und Steuerungsgremien unter Ausschluss der Öffentlichkeit, teilweise sogar unter Verschwiegenheitsvorgaben gegenüber den delegierenden Räten und Kreistagen beraten und gefällt werden. Das so entstehende undurchschaubare Geflecht intransparenter Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten führe dann zur Distanz der Bürgerinnen und Bürger zu ihren Gemeinderäten und Kreistagen und der dort betriebenen Politik.⁴

Sinkende Wahlbeteiligung (nicht nur bei Kommunalwahlen) hat auch damit etwas zu tun, dass die sozial schwachen Schichten sich mehr und mehr von der demokratischen Teilhabe verabschieden und sich zunehmend apathisch oder gar destruktiv verhalten.

Die Annahme, über die lokale kommunale Ebene zu einer Stärkung oder Erneuerung der Demokratie insgesamt beitragen zu können, scheint vor dem Hintergrund der Ergebnisse verschiedener Studien eher fraglich.

Folgerungen

In seinen „Thesen zur Weiterentwicklung lokaler Demokratie“ des Deutschen Städtetages vom November 2013 wird „eine umfassende –formelle wie informelle – Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungsprozessen und anderen kommunalpolitischen Entscheidungen“ als geeignet angesehen, deren Qualität und Akzeptanz entscheidend zu verbessern. Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger müsse deshalb von Rat und Verwaltung

als eine Chance verstanden werden.

Dafür sind wiederum ein umfassendes Angebot an Information, an Möglichkeiten der Kommunikation und Transparenz der Verfahren die entscheidenden Voraussetzungen, damit die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Planungs- und Entscheidungsprozessen zu einem konsensualen und befriedigenden Ergebnis führen kann. Hierzu gehören insbesondere eine frühzeitige Offenlegung aller Rahmenbedingungen von Planungsprozessen und der Gründe, die für, aber auch gegen ein Vorhaben sprechen.

Gleichzeitig muss aber davor gewarnt werden, Bürgerbeteiligungen als bloße Alibiveranstaltungen zu inszenieren. Geraten lokale Beteiligungsangebote in eine „Niedlichkeitsfalle“ oder wird Beteiligung zur „Treppe ins Nichts“, führt das umso mehr zur Enttäuschung der Bürgerinnen und Bürger.⁵

AG

¹ <https://kommunal.de/artikel/ende-der-kommunalpolitik>, 4. Juni 2018

² Vgl. Roland Roth, *Handlungsoptionen zur Vitalisierung der Demokratie. Expertise für die Bertelsmann Stiftung*, S. 17.

³ Roland Roth, *ebenda*.

⁴ Vgl. Helmut Delle, *Selbstdemontage der kommunalen Demokratie*, in: *AKP*, Nr. 4/2011.

⁵ Vgl. Roland Roth, *ebenda*, S.20.

Impressum

Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V.
Großenhainer Straße 99
01127 Dresden
Tel.: 0351-4827944 oder 4827945
Fax: 0351-7952453
info@kommunalforum-sachsen.de
www.kommunalforum-sachsen.de
Red., Satz und Layout: A. Grunke
V.i.S.d.P.: P. Pritscha



Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene

Informelle Bürgerbeteiligung genießt bei den zuständigen Verwaltungsmitarbeiter/innen deutscher Kommunen einen hohen Stellenwert. Dabei hat die Kommunengröße und Ausstattung der Verwaltung erheblichen Einfluss auf Relevanz, Akzeptanz und Selbstverständlichkeit informeller Bürgerbeteiligungsangebote. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie der Beratungsunternehmen Neuland-Quartier und pollytix. An der Studie teilgenommen haben Verwaltungsmitarbeiter/innen von Kommunen mit einer Größe über 20.000 Einwohner/innen, die schwerpunktmäßig mit dem Thema Bürgerbeteiligung befasst sind. Die Online-Befragung mit anschließenden qualitativen Tiefeninterviews fand im Zeitraum August bis Dezember 2017 statt. Insgesamt nahmen 124 Kommunen (97 West, 27 Ost) teil.

Die Kommunalverwaltungen

In den Interviews stuften alle Kommunen die informelle Bürgerbeteiligung als wichtig ein. Dabei wurden drei Aspekte hervorgehoben: Demokratisches Gebot, Qualitätssteigerung und Akzeptanzsteigerung. Für viele der Befragten gehört es zu einer lebendigen Demokratie, die Bürger/innen an Gestaltungsprozessen zu beteiligen. Die Beratschlagung mit den Bürgerinnen und Bürgern erhöht in ihren Augen zudem – durch die Erweiterung der Perspektive und der Expertise – die Qualität der Ergebnisse. Und schließlich erfährt nach Einschätzung der Befragten eine geplante Maßnahme eine höhere Akzeptanz, wenn sie transparent und bürgernah durchgeführt wird.

Die Tiefeninterviews offenbarten aber auch eine skeptische beziehungsweise vorsichtige Haltung vieler Kommunen. Durch eine erfahrungsgemäß selektive Annahme der Einladungen zur Beteiligung seitens der Bürger/innen kommt es nach Ansicht der Befragten zu einer Verzerrung der Interessenvertretung. Außerdem sehen sie eine ausgeglichene Berücksichtigung der Interessen dadurch gefährdet, dass „Normalbürger/innen“ der Überblick



und die fachliche Expertise bei komplexen Fragestellungen fehlten.

Vor allem auf mittlerer Führungsebene herrschte – nach Angaben der Interviewpartner/innen – anfänglich die Ansicht vor, man brauche solche Verfahren nicht, da bereits durch gutes Fachpersonal alle relevanten Aspekte abgewogen würden. Zudem wird häufig die für Beteiligungsverfahren zuständige Person auf der Hierarchiestufe eines/r Sachbearbeiter(s) angesiedelt, wo das Thema nach Ansicht der Befragten nicht die notwendige Aufmerksamkeit erlange. Doch diese verwaltungsinternen Widerstände sehen manche Interviewpartner als Generationenproblem, da jüngere Kolleg/innen den informellen Beteiligungsverfahren von vornherein meist aufgeschlossener gegenüber stünden. Viele berichteten, dass die Situation sich ändere, wenn die kommunalpolitischen Führungssämter an Jüngere übertragen werden.

Größe der Kommunen

90% der befragten Kommunen bieten bereits informelle Beteiligungsverfahren an, im Durchschnitt 7,7 pro Jahr. Allerdings ist die Verteilung keinesfalls gleichmäßig. Die Studie bestätigte die naheliegende Vermutung, dass die durchschnittliche Anzahl jähr-

lich durchgeführter Verfahren mit zunehmender Größe ansteigt. So besitzen Städte ab 100.000 Einwohner/innen bereits ausnahmslos Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungen, von denen sie im Durchschnitt 16,7 pro Jahr durchführen, während die kleinsten Kommunen mit 20.000 bis 25.000 Einwohner/innen nur zu 79% eine Beteiligungspraxis haben und im Durchschnitt lediglich 4 Verfahren realisieren. Bei Kommunen zwischen 25.000 und 50.000 Einwohner/innen und einer Anwendungsquote von 90% – d.h. 90% der befragten Kommunen bieten bereits informelle Beteiligungsverfahren an – sind es 5,2 und zwischen 50.000 und 100.000 bei 91% 8,1 Verfahren pro Jahr.

Konsultation im Mittelpunkt

Obwohl die reine Informationsveranstaltung offenbar noch die meiste Verbreitung unter den Beteiligungsverfahren besitzt, sah die überwiegende Mehrheit der Befragten (71%) die Bürger/innen als Ratgeber, während die wenigsten (13%) den Bürger/innen bloß die Rolle der Informationsempfänger/innen zuerkannten. Fast ebenso gering ist allerdings der Anteil derjenigen Kommunen (16%), welche „in der Regel“ Bürger/innen als Mitentscheider/innen sehen, was der intensivsten Partizipation entspricht. Offenbar

möchten die meisten Kommunen das Zepter nicht ganz aus der Hand geben.

Themenbereiche und Formate

Mit 91% konnten die meisten Kommunen Beteiligungserfahrungen im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung vorweisen. Es folgten unter den Top 5 die Kinder- und Jugendarbeit (68%), Infrastruktur (63%), öffentlicher Verkehr (54%) sowie Bildung und Kultur (51%). Auf die Frage, welches Beteiligungsformat schon einmal genutzt wurde, entfiel der höchste Anteil mit 94% auf die reine Informationsveranstaltung. Zu den Top 5 gehören desweiteren Workshops (71%), Arbeitskreise (71%), runde Tische (64%) und Zukunftswerkstätten (62%). Online-Dialoge belegen mit 41% den achten Platz. Deren zunehmende Nutzung wird von einigen Interviewpartner/innen kritisch gesehen. So würden insbesondere ältere Menschen tendenziell von der Teilnahme ausgeschlossen. Zudem berichteten viele Interviewpartner/innen, dass die Online-Plattform fast immer von bestimmten, nicht repräsentativen Akteur/innen „gekapert“ und beispielsweise von rechtsextremen Gruppierungen mit Fake-News stark emotionalisiert werden. Man müsse den Online-Dialog daher gut moderieren, wofür gerade kleineren Kommunen häufig das Personal fehle.

Externe Unterstützer/innen

Die interviewten Verwaltungsangestellten sehen auch die Notwendigkeit, zur Bewältigung des neuen Aufgabengebietes externe Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Erstens könne nicht jede/r Verwaltungsangestellte „plötzlich“ ein guter Moderator werden. Zweitens würden sich Externe nicht in einem unverständlichen Fachjargon verfangen. Drittens habe man mit der neutralen Position externer Moderator/innen gute Erfahrungen gemacht. Viertens sei es nicht sinnvoll, permanente Kapazitäten für gelegentliche große Verfahren vorzuhalten. Fünftens hätten Externe grundsätzlich mehr

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 2

... Ankerzentren

der Orientierung, der Integration durch Sport, der besseren Einschätzung der Asylverfahren sowie des Spracherwerbs. In den vergangenen Jahren wurde die Rolle der Kommunen in der Asyl- und Integrationspolitik durch Praxis und Forschung immer stärker betont. Sie haben sich zu entscheidenden und erfolgreichen Akteuren im Politikfeld entwickelt. Die Anker-Zentren ignorieren diese Entwicklung. In der Folge läuft man Gefahr, das Erfahrungswissen der Kommunen zu verlieren, was die deutsche Flüchtlingspolitik um Jahre zurückwerfen würde.

Geradezu verantwortungslos wäre es, die Integration geflohener Kinder und Jugendlicher in die Regelklassen kommunaler Schulen und Ausbildungsstätten zu verhindern. Durch eine segregierte Beschulung während der bis zu

18-monatigen Wartezeit in zentrumsinternen Ersatz- oder Sonderklassen würden wertvolle Zeit und Möglichkeiten der sozialen Integration verloren gehen.

Anker-Zentren haben noch eine weitere Folge für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die seltener diskutiert wird: Indem Schutzsuchende in großen Lagern zusammengefasst werden, werden sie in der öffentlichen Wahrnehmung ihrer Individualität beraubt. Sie erscheinen nicht als die „Flüchtlingsfamilie aus dem Nachbarhaus“, sondern als anonyme, gesichtslose Gruppe. Diese Entpersonalisierung wiederum ist die Grundlage für das Entstehen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die räumliche Trennung und der somit fehlende Kontakt wird negative Zuschreibungen geradezu heraufbeschwören und die Unterscheidung zwischen ‚uns‘ und ‚denen‘ zementieren. Folgt man zudem der Kontakthypothese,

so reduziert engerer Kontakt mit Geflüchteten die Vorurteile gegenüber der gesamten Gruppe der Geflüchteten. Da durch die Anker-Zentren weniger Kontakt zwischen Asylsuchenden und Aufnahmegesellschaft möglich sein wird, ist dies der beste Nährboden für Vorurteile. Kommt zu Berichten über Missstände im Zentrum, wie fehlender Sauberkeit, Aggressionen oder Gewaltausbrüchen auch eine höhere, nicht auszuschließende Kriminalitätsbelastung im Umfeld des Zentrums hinzu, wird bald ein ghettoaähnliches Bild entstehen. Auch wenn die Lokalmedien den ‚Problemort‘ Anker-Zentrum thematisieren, wird eine negative Stereotypisierung befördert werden. Dadurch wird der Aufbau und die Vertiefung sozialer Beziehungen zwischen Ortsbewohnern und Geflüchteten erschwert oder verunmöglicht. Anker-Zentren sorgen also dafür, dass Fremdenfeindlichkeit steigen kann. Sie

befördern damit auch das Erstarken rechtspopulistischer Parteien.

¹ Hier in der Kommunal-Info ein Auszug aus: Welche Auswirkungen haben „Anker-Zentren“? Eine Kurzstudie für den Mediendienst Integration von Prof. Dr. Sabine Hess, Prof. Dr. Andreas Pott, Prof. Dr. Hannes Schammann, Prof. Dr. Albert Scherr und Prof. Dr. Werner Schiffauer August 2018 (Quelle: www.medienintegration.de)



Daseinsvorsorge

Zum Tag der Daseinsvorsorge am 23. Juni haben der Deutsche Städtetag (DST), der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und der Verband kommunaler Unternehmen (Vku) gemeinsam erklärt, dass kommunale Infrastrukturen Grundlage und Lebensadern unseres Wohlstandes und unserer Wirtschaft sind.

„Die Kommunen und ihre Unternehmen sind mehr als nur Dienstleister und Versorger der Bürger. Mit ihren Leistungen ermöglichen und betreiben sie die Grundstrukturen unseres gesellschaftlichen Lebens und Wirtschaftens“, erklären der Hauptgeschäftsführer des DST, Helmut Dedy, der Hauptgeschäftsführer des DStGB, Dr. Gerd Landsberg, und die Hauptgeschäftsführerin des Vku, Katherina Reiche: „Der Beitrag der Daseinsvorsorge für unseren Wohlstand und eine gute Versorgung der Bürgerinnen und Bürgerinnen mit Dienstleistungen wird im Koalitionsvertrag anerkannt, das ist eine solide Basis für die Legislaturperiode.“

Die kommunale Infrastruktur passt sich den Herausforderungen und Bedürfnissen an und sorgt für verlässliche, nachhaltige und bezahlbare Ver- und Entsorgung im Sinne des Gemeinwohls. „Anders als bei Privatunternehmen steht nicht die Gewinnmaximierung, sondern die Erfüllung der Bedürfnisse der Menschen in den Kommunen und Regionen im Vordergrund. Daher genießen Kommunen und kommunale Unternehmen deutschlandweit ein sehr hohes Ansehen bei den Bürgerinnen und Bürgern“, so Dedy, Landsberg und Reiche.

„Die hohe Qualität der Daseinsvorsorge in Deutschland, die durch die Kommunen und kommunalen Unternehmen erhalten und immer weiter verbessert wird, ist zu einem europäischen Standortvorteil geworden. Deshalb müssen wir bei den EU-Instituti-



onen und dem europäischen Parlament für dieses Erfolgsmodell werben und den Schulterschluss mit Vertretern der anderen EU-Mitgliedsstaaten suchen“, erklären Dedy, Landsberg und Reiche weiter.

Zur kommunalen Infrastruktur gehören Straßen, Brücken und Gebäude genauso wie Strom- und Wasserversorgung sowie die Abwasser- und Abfallentsorgung. Die Qualitätsstandards, die die deutschen Kommunen und ihre Unternehmen in der Daseinsvorsorge erfüllen, gehören zu den höchsten weltweit.

Am Tag der Daseinsvorsorge wollen kommunale Unternehmen diese Leistungen in den Mittelpunkt rücken: Daseinsvorsorge funktioniert an 365 Ta-

gem in Kommunen mit über 100.000 Einwohner/innen. Eigene Abteilungen, die dem Thema eine größere Geltung verleihen, findet man nur in Großstädten.

Von vielen Kommunen wird aber auch die geringe Teilnahmebereitschaft der Bürger/innen sowie deren fehlendes Durchhaltevermögen bei lang anhaltenden Partizipationsverfahren beklagt. Außerdem beteiligten sich häufig immer nur dieselben, was dem Sinn einer Bürgerbeteiligung zuwider läuft. Inwiefern auch hier der Personal- und Budgetmangel eine Rolle spielt, weil entsprechende Verfahren nicht in angemessener Geschwindigkeit, Attraktivität und Qualität konzipiert und durchgeführt werden können, bleibt Spekulation.

Fazit

Festzuhalten ist, dass sich das Selbstbild der Verwaltung nach Aussagen der Studienteilnehmer/innen in den letzten Jahren gewandelt hat und mehr Beteiligungsverfahren ermöglicht. Die politische Kultur und somit das Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Verwaltungsakteuren befindet sich im Wandel. Man kann davon ausgehen, dass Bürgerbeteiligungsverfahren in der Verwaltung bekannter und als selbstverständlicher wahrgenommen werden. Ob diese Einschätzung auch die Bürgerschaft teilt, muss allerdings offen bleiben.

(Kaletsch, Stefan: *Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 08/2018, www.buergergesellschaft.de*)

im Jahr, rund um die Uhr und das oft unbemerkt und im Hintergrund. Gezeigt wird, was die Daseinsvorsorge jeden Tag für die Bürgerinnen und Bürger leistet – heute und in Zukunft. (www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Publikationen/Pressemittelungen)

Nachhaltigkeit

„Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen können nur gemeinsam mit den Kommunen erreicht werden“, sagte Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des DStGB, zum Auftakt der Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit. Damit das gelingt, forderte Landsberg eine einheitliche und umfangreiche Förderung der kommunalen Umsetzung der Agenda 2030. „Im Koalitionsvertrag wird die Agenda 2030 als Richtschnur und Maßstab des Regierungshandelns festgelegt. Dem müssen nun Taten folgen!“, so Landsberg.

Deutschland hat im September 2015 zusammen mit allen anderen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen verabschiedet. Im Koalitionsvertrag macht sich die neue Bundesregierung die ambitionierte Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele selbst zur Aufgabe. Damit das gelingt, muss die kommunale Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie umfangreich gefördert werden. „Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie darf nicht das gleiche Schicksal ereilen, wie die bislang noch nicht erreichten Klimaschutzziele“, betonte Landsberg.

Die Kommunen können zur Umsetzung der Agenda 2030 einen erheblichen Beitrag leisten. Neben Ziel 11, das Städte und Gemeinden direkt an-

spricht, können auch alle anderen Ziele durch Kommunen umgesetzt werden. „Regionalität bei Lebensmitteln in Kindergärten und Kitas, Bildung für nachhaltige Entwicklung, umweltschonende Abfallentsorgung und die Entlastung unseres Wassers stehen auf vielen kommunalen Agenden und werden durch die 17 Ziele aufgegriffen“, so Landsberg. „Von diesem freiwilligen Engagement der Kommunen profitieren am Ende alle. Mit einer strukturierten und umfangreichen Förderung kann die Bundesregierung Anreize schaffen, um den kommunalen Einsatz auszubauen und zu vertiefen“, so Landsberg weiter.

Neben den positiven Auswirkungen, die eine kommunale Umsetzung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene hat, sind aber auch globale Zusammenhänge von großer Bedeutung. Die 17 Ziele adressieren und reduzieren globale Ungleichheiten und tragen so zu verbesserten Perspektiven der Menschen in allen Ländern bei. „Nachhaltiges Handeln ist Fluchtursachenbekämpfung vor Ort. Durch die Umsetzung der Agenda 2030 können Kommunen einen erheblichen Beitrag zu verbesserten Perspektiven und Zukunftsfähigkeit, gerade in den Entwicklungsländern, leisten“, so Landsberg.

Derzeit wird die Umsetzung der Agenda 2030 über eine Vielzahl verschiedener Stellen gefördert. Eine ganzheitliche Umsetzung ist dadurch erschwert. „Die 17 Ziele sind untrennbar miteinander verbunden und bedingen einander. Deswegen brauchen wir statt einzelner Maßnahmen, die einzelne Ziele fördern, eine finanziell gut ausgestattete Förderstelle, die die Agenda 2030 im Blick hat“, forderte Landsberg abschließend.

Fortsetzung von Seite 3

Bürgerbeteiligung ...

Chancen, alle in der Verwaltung Beteiligten mit ins Boot zu holen und sie zu motivieren. Sechstens erhoffe man sich auch von den Erfahrungen externer Spezialisten zu profitieren und sich an Best Practice Fällen zu orientieren. Allerdings erwarte man keine „Schema-F-Beratung“, sondern individuelle Lösungsansätze, die der jeweils spezifischen Situation voll gerecht würden.

Personalmangel und wenig Budget

Fragt man nach den Herausforderungen, welche die Verwaltungen in der neuen Beteiligungskultur sehen, stößt man überall auf dieselben Probleme: Personalmangel und zu wenig Budget. Fast alle Befragten berichten von einem anhaltenden Sparzwang, der zu einer Konzentration auf die gesetzlich unumgänglichen Aufgaben führe.

Nur knapp ein Drittel der Kommunen stellt ein eigenes Budget für Bürgerbeteiligung. Und lediglich ein Viertel verfügt bislang über Leitlinien. Gerade kleinen Kommunen fällt es schwer, für die informelle Bürgerbeteiligung feste Strukturen aufzubauen. Größtenteils müssten sich Mitarbeiter/innen nebenbei darum kümmern, was schnell zur Überlastung führe. Große Kommunen haben hingegen einen Personalpuffer und können eine tiefere Arbeitsleistung mit speziellen Fachabteilungen realisieren. Feste Ansprechpartner/innen oder gar „Beauftragte“ sowie externe Dienstleister/innen existieren vor-

Vorschau auf Seminare

INTENSIVSEMINAR:

Kommunikation in der Kommunalpolitik II Argumente in Texten und Reden

26. Oktober 2018, 18:00 - 28. Oktober 2018, 13:30

Landhotel Frankenberg, Dammpplatz 3
09669 Frankenberg

Im Mittelpunkt des Workshops stehen Argumentationen, die wir als roten Faden für Texte oder Reden verwenden können. Hierfür wollen wir miteinander erarbeiten, was überhaupt gute Argumente ausmacht und in welcher Form und Abfolge ich sie bestmöglich anbringen kann. Wir betrachten Argumentationsschemata und auch die Frage, ob denn ein Argument immer so verstanden wird, wie es eigentlich gemeint ist. Weiterhin werfen wir einen Blick auf die sogenannte »schwarze« Rhetorik, woran manipulative Argumentation zu erkennen ist und wie man sich vor ihr schützen kann.

INTENSIVSEMINAR:

Kommunikation in der Kommunalpolitik III Freies Reden und sicheres Auftreten

23. November 2018, 18:00 - 25. November 2018, 13:30

Landhotel Frankenberg, Dammpplatz 3
09669 Frankenberg

Wir wollen üben, aus dem Stegreif kleine Reden zu halten. Dabei liegen die Übungsschwerpunkte auf Unbefangenheit, Spontaneität und spielerischem Umgang mit ernsthaften Themen. Hierzu schauen wir auf die Bedeutung von Anlass und Aufbau einer Rede und wie man den roten Faden nicht verliert. Wir wollen aber auch gemeinsam üben, wie eine Rede gut rübergebracht werden kann. Hierbei legen wir das Augenmerk auf den angemessenen Ton und Ausdruck, stimmige Bilder, Analogien und Metaphern sowie authentische Stimme und Körpersprache. Zusammen entsteht so überzeugendes, freies Reden.

Referent*innen:

- Dr. Christian Wirrwitz (Dozent, Trainer, Coach)
- Dr. Romy Jaster (wiss. Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität)

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

gerade erst hatte ich angeboten, unter den Demokratinnen und Demokraten ein Bündnis für Humanität zu schmieden – prompt zeigte die CDU, dass sie wieder nichts gelernt hat. Ihr Vize-Fraktionschef Stephan Meyer warf die Ablehnung einer humanitären Asylpolitik mit einem noch ungeklärten Verbrechen in einen Topf und betrieb damit dasselbe Geschäft, mit dem AfD und Pro Chemnitz Stimmung machen. Natürlich haben Waffen und waffenähnliche Gegenstände in Stadtzentren nichts zu suchen. Das gilt für alle Menschen. Mit welchen politischen und polizeilichen Mitteln das erreicht wird, liegt in der Verantwortung von Innenministerium und Regierungskoalition. Meyers Mitteilung enthält dazu keine sachdienlichen Hinweise. Die nach der Gewalteskalation zwischen Rockerbanden vollmundig angekündigte Waffenverbotszone in einem Leipziger Viertel beispielsweise gibt es immer noch nicht.

Die Polizei-Kaputtsparer machen sich zum Gespött, denn die Polizeibeamten, die auf der Straße Sicherheit schaffen, hat die CDU jahrelang wegrationalisiert.

Indem die CDU ihre „Null-Toleranz-Politik“ auf eine Bevölkerungsgruppe fokussiert, hier Asylbewerber, leistet sie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit Vorschub. Das zeigt die Schizophrenie der Politik von Michael Kretschmer und seiner Partei: Sie kritisieren den Rechtsradikalismus und eifern ihm gleichzeitig nach. Das ist politischer Selbstmord auf Raten.

Umso mehr werden wir die Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft unterstützen, die sich für ein friedliches Miteinander ohne Hass engagieren. Davon gibt es mehr als oft vermutet wird – gerade auch in Chemnitz.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Gerade jetzt: Menschlichkeit!

In Chemnitz ist ein junger Mensch gewaltsam gestorben. Ein solches Verbrechen macht Angst und viele auch wütend. Es wird noch ermittelt, wer Daniel H. weshalb zu Tode gebracht hat – doch die Diskussion hat sich längst von diesen Fakten entfernt, die zu kennen für ein Urteil aber bitter nötig ist. Das liegt nicht nur daran, dass die politische Rechte die Tat ausschaltet und es dabei wie üblich mit der Wahrheit nicht genau nimmt. Nein, das liegt vor allem daran, was in den Folgetagen in Chemnitz geschehen ist.

Da gab es friedliche Demonstrationen für Toleranz und ein beeindruckendes Konzert, aber auch abscheuliche Jagdszenen und Gewalt gegen Menschen – aufgrund ihrer vermuteten Herkunft oder politischen Einstellung. Erst zwei Wochen später wurde bekannt, dass auch das jüdische Restaurant „Schalom“ zur Zielscheibe von Übergriffen geworden ist. Der Wirt berichtet von einem Dutzend Vermummter und von antisemitischen Sprüchen. Auch Hitlergrüße wurden gezeigt. Inzwischen ist eine dreistellige Zahl von Ermittlungsverfahren zu diversen Straftaten anhängig, und es wird noch dauern, bis das ganze Geschehene aufgearbeitet ist. Das gilt auch für das rechtswidrige Durchstechen des Haftbefehls gegen einen Tatverdächtigen, das sich in einem Prozess übrigens strafmildernd auswirken könnte. Und das gilt auch für die Einsatztaktik der Polizei. Damit fällt das Parlament nicht den Beamtinnen und Beamten in den Rücken, sondern handelt auch in ihrem Interesse. Aus Fehlern ist zu lernen – dazu muss man aber bereit sein, sie zu erkennen.

Auch der Landtag hat sich mit dem Tötungsdelikt befasst und damit, was seitdem in Chemnitz geschehen ist. Ministerpräsident Kretschmer gab eine Regierungserklärung ab und wurde bundesweit vor allem mit diesem Satz zitiert: „Klar ist: Es gab keinen Mob, keine Hetzjagd und keine Pogrome.“ Es ist keine Wortklauberei, wenn zahlreiche Augenzeugen – darunter die LINKE Abgeordneten Marco Böhme und Klaus Bartl – dieser Deutung deutlich widersprechen. Die Betroffenen wird die Linksfraktion bei einer öffentlichen Anhörung zu Wort kommen lassen.

Wir finden uns nicht damit ab, dass „das Bild des hässlichen Deutschen scheinbar eine Renaissance erlebt“, wie es der **LINKE-Rechtspolitiker Klaus Bartl** formuliert: „das Bild des hässlichen Deutschen, der seine Konflikte dadurch zu lösen und seine vermeintlich berechtigten Interessen dadurch zu behaupten sucht, dass er Menschen anderer Hautfarbe, anderen Glaubens, anderer Kultur oder anderer Weltanschauung

kleinmacht, diskreditiert oder gleich unter Generalverdacht stellt.“ So tief oft berechtigter Frust auch sitze, so Bartl in der Debatte – nichts rechtfertigt es, Menschen zu jagen. Und wer kein Nazi sei, müsse trotzdem überlegen, wem er durch seine Teilnahme an Demonstrationen den Rücken stärke.

Auch den **LINKE-Fraktionschef Rico Gebhardt** „hat der Tod von Daniel in Chemnitz betroffen gemacht. Mann oder Frau darf sich darüber empören. Daniel H. war nach allem, was wir wissen, ein lebensfroher und freundlicher Mensch. Er sollte noch viel Leben vor sich haben.“ Was AfD, Pegida, Pro Chemnitz und andere Rechte seit diesem Verbrechen veranstalteten, sei ekelregend, kritisierte Gebhardt: „Ihr politisches Geschäftsmodell ist die Zerstörung unserer Zivilgesellschaft!“ Denn jedes Verbrechen, an dem auch nur vermutlich Menschen nichtdeutscher Herkunft beteiligt sind, dient als willkommenes Mittel, um die riesige Mehrheit jener verächtlich zu machen, die sich korrekt verhält.

Ministerpräsident Kretschmer sei indes unglaublich, kritisierte Gebhardt. Zwar habe er bei den Protesten gegen das Nazi-Rockkonzert in Ostritz und beim 1. Mai in Chemnitz zivilgesellschaftliches Engagement gewürdigt,

rechts. Sie negieren ein vorherrschendes Problem seit Jahren. Sie kriminalisieren lieber zivilgesellschaftlichen Protest. Jeder Protest gegen rechts ist bei Ihnen links.“

Gebhardt machte Kretschmer dennoch ein Angebot: „Ich nehme Ihre Bitte auf, es möge nicht alles schlechtgeredet werden. Man möge zum Wohle der Menschen in Sachsen zusammenarbeiten.“ Er habe schon 2015 seine Bereitschaft erklärt, für eine humane Gesellschaft ohne Ausgrenzung zu kämpfen. Aber CDU-Fraktionschef Frank Kupfer habe ein solches Bündnis für Humanität ausgeschlagen. „Also fordern Sie nicht die Menschen auf, sich einen Ruck zu geben, sondern fangen Sie bei sich selbst an.“ Nichts hindere Demokratinnen und Demokraten daran, sich in Chemnitz zusammzusetzen und Strategien zu suchen, um eine tief gesplittene Stadtgesellschaft, ein tief gesplittenes Land zu einen. „Geben Sie sich einen Ruck und öffnen Sie sich unserer Idee, dem Land einen Antisemitismusbeauftragten zu geben. Notwendig sind rasche Aufklärung und konsequente Verfolgung von rechten Straftätern und Hassverbrechern. Benötigt wird ausreichend fachkundiges Personal bei Polizei und Justiz. Notwendig ist die Entkriminalisierung des vielfältigen Protestes gegen rechte Aufmärsche und Solida-



rität mit Opfern rechter Gewalt.“ Die Landesregierung müsse dafür sorgen, dass Fort- und Weiterbildungsangebote zur präventiven Arbeit gegen extreme Rechte verstärkt werden, für Lehrerinnen und Lehrer, die Verwaltung in den Kommunen, für Polizei und Justiz.

Der Versuch, bei Rechten mit AfD-Positionen zu punkten, werde scheitern, so Gebhardt. „Die Rechten werden gewinnen, wenn wir uns weiter ihre Themen aufdrücken lassen. Die Zeit für entschlossenes Handeln ist reif!“

Ein Geldberg – doch zu wessen Nutzen?

„Historisch“, „Der Staat ist zurück“, „Der Tanker Sachsen ist um 180 Grad gedreht“, „nachhaltige und generationenfeste Politik“: CDU und SPD gaben sich ganz unbescheiden, als die Landesregierung im August dem Parlament ihren Landes-Etat 2019/2020 vorlegte. Erstmals gibt es mehr als 20 Milliarden Euro im Jahr zu verteilen, zweifellos ein Rekordwert. Den aber haben die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ermöglicht, nicht die Regierung. Die trockenen Zahlenkolonnen halten am Ende fest, was umgesetzt wird und was nicht. Ohne Moos nix los!

Verena Meiwald, Finanzexpertin der Linksfraktion, fand wenig Grund zum Loben. „Denn das viele Geld muss für die Fehlerkorrektur der CDU-Regierungen ausgegeben werden. Das wird nun deutlich teurer, als wenn man rechtzeitig umgesteuert hätte. Schade um das viele Geld – welche wirklichen Verbesserungen hätte man damit umsetzen können!“ Solange das Geld über dutzende komplizierte Förderrichtlinien vergeben wird, die nur Experten durchschauen, komme der Geldregen auch oft nicht an. „Wir fordern seit Jahren Entbürokratisierung und Pauschalen.“

Wirkliche Errungenschaften seien nicht in Sicht. So könne die SPD zwar kostenlose KITAS fordern, im Entwurf stehe dazu aber nichts. „Drängende Fragen bei Bildung, Personennahverkehr, Gesundheitsversorgung oder Kommunalfinanzien bleiben unbeantwortet.“

Bestes Beispiel: der Sozialhaushalt. „Der schwindende soziale Zusammenhalt wird zwar oft beklagt, aber im Sozial-

haushalt findet sich trotz der guten Kassenlage keine erwähnenswerte Idee, um den Zusammenhalt zu fördern.“ Stattdessen verstecke die Landesregierung ihre Ideenlosigkeit hinter möglichst unübersichtlichen Tabellen. „Sie, meine Damen und Herren der regierungstragenden Fraktionen, können sich auf eine üppig ausgestattete Ministerialbürokratie verlassen. Wir schieben Nachtschichten, um mit 600



Bild: Pixabay / CC0

Zeilen langen Excel-Tabellen ansatzweise den Überblick zu behalten. So geht man nicht mit dem Parlament um!“

Und die Mängelliste wird noch länger. So seien weitere Lehrerstellen und Lehramts-Studienplätze zwar gut, aber angesichts steigender Schülerzahlen immer noch zu wenig. Geld für Zulagen an ältere Lehrkräfte, die nicht

verbeamtet werden können, sucht man vergeblich. Die Kulturräume blieben langfristig unterfinanziert, ebenso die Hochschulen. Und beim großen Thema Integration, das für den sozialen Frieden enorm wichtig ist, kam Meiwald ins Staunen: „Ganze 300.000 Euro stehen für die Umsetzung des neuen Zuwanderungs- und Integrationskonzepts bereit. Das ist doch nicht Ihr Ernst, oder ist es ein Kniefall vor Rechtsaußen?“

Der Gesetzgeber müsse dafür sorgen, dass der Staat funktioniert und die Kommunen in der Lage sind, vor Ort ein lebenswertes Leben zu bieten. Dazu gehörten flächendeckender Nah- und ein attraktiver Ausbildungsverkehr, am besten kostenlos; ein wirksamer öffentlicher Gesundheitsdienst sowie ärztliche Versorgung in allen Regionen; genug ausgebildete Pädagog-

innen, Erzieherinnen und Pflegekräfte. Dazu gehörten aber auch kulturelle und sportliche Angebote für alle, eine gut ausgestattete und ausgebildete Polizei sowie eine schlagkräftige Justiz. „All dies und vieles mehr kann man mit einem Haushalt regeln, wenn man den Mut und die Ideen dazu hat. Ihnen fehlt trotz Rekordsummen leider beides!“

Der **kommunalpolitische Sprecher André Schollbach** kritisierte besonders die Geldnot der Kommunen. „Die Gemeinden sind die Keimzellen der Demokratie. Deshalb müssen die Städte und Gemeinden so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben vernünftig erfüllen können.“ Selbstverwaltung heiße nicht Mangelverwaltung. Dennoch könnten viele Städte und Gemeinden kaum oder nur unter erheblichen Anstrengungen auch nur ihre Pflichtaufgaben erfüllen. „Dann stellt sich die Frage, welcher Jugendclub geschlossen, bei welcher Sozial Einrichtung gekürzt oder welcher städtische Betrieb privatisiert werden soll.“ In Sachsen habe zu Jahresbeginn jede dritte Kommune noch keinen beschlossenen Haushalt gehabt – darunter Annaberg-Buchholz, Hoyerswerda oder Görlitz. Die Folge: vorläufige Haushaltsführung – und solange keine Investitionen in Straßen, Kindergärten oder Schulen. Die Linksfraktion hat Vorschläge gemacht, um gegenzusteuern (siehe Artikel rechts).

Wir werden mit Änderungsanträgen zeigen, wie ein sozial gerechtes Sachsen aussehen kann, wenn nicht mehr die CDU den Finanzminister stellt. Das wäre wirklich historisch!

Für Friedfertigkeit in Sachsen und in der Welt

Friedenspolitik gehört nach Berlin oder Brüssel, nicht nach Dresden? Falsch! Auch Landesregierungen müssen zum Frieden beitragen. Deshalb ließen wir kurz nach dem Weltfriedenstag den Landtag debattieren – Thema: „Haltung zeigen in Sachsen. Für Demokratie und Frieden – gegen Hass und Gewalt.“

„Der 1. September ist nicht ohne Grund gewählt“, so **Lutz Richter, demokratiepolitischer Sprecher der Linksfraktion**. „An diesem Tag des Jahres 1939 entfesselte das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg. Welches Datum könnte für uns Deutsche besser geeignet sein, um sich mit unserer Geschichte, mit unserer Rolle in der Weltgemeinschaft auseinanderzusetzen?“ Zu prüfen sei, was in Sachsen für den Frieden getan, wie die Gesellschaft auf allen Ebenen ziviler werden könne.

Die Proteste gegen den Jugoslawienkrieg seien noch groß gewesen. „Der Grundsatz, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf, galt von diesem Zeitpunkt an in dieser

Schärfe nicht mehr.“ Seitdem habe sich die Gesellschaft verändert. Die Menschen hätten sich daran gewöhnt, dass deutsche Soldatinnen und Soldaten in Krisen- und Kriegsgebieten kämpfen, dass Parlamentsbeschlüsse zu Krieg



und Frieden im Bundestag nur noch eine Randnotiz sind. „Die Empörung lässt nach“, so Richter, auch darüber, dass noch immer Tiefflieger über die Sächsische Schweiz donnern. Oder darüber, dass Sachsen Durchmarschgebiet für NATO-Truppen ist und Flughäfen als Drehkreuze gebraucht werden. „Das ist eine Frechheit“, rief Dr. Stephan Meyer von der CDU Richter da entgegen. Doch der setzte fort mit seiner Kritik: „Das Thema Frieden geht uns insbesondere

auch etwas an, weil die Bundeswehr aggressiv an Schulen, Universitäten und auf Berufsmessen sowie auf Festlichkeiten wirbt. Doch das ist kein Job wie jeder andere.“ Die Landesregierung dürfe zu alledem nicht schweigen – weder hier noch in

Berlin oder Brüssel!

Rich-

ter

dankte allen, die sich für den Frieden engagieren – „speziell 22 sächsische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister verschiedener Parteien, die sich in der Organisation Mayors for

Peace, Bürgermeister für den Frieden, einsetzen, für eine Welt ohne Atomwaffen und für Abrüstung.“

Rechtspolitiker Klaus Bartl verwies auf die Landesverfassung: Ihre Leitlinien seien Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der uns umgebenden Welt. Frieden meine „sowohl die Forderung nach Friedensstaatlichkeit als auch das Demokratiegebot, das Voraussetzung für den inneren Frieden ist.“ 1990 habe das sächsische Volk eine historische Umwälzung im Grundsätzlichen gewaltfrei vollzogen. Heute aber sei „eine Minderheit offenbar nicht willens, eine neu herangereifte gesellschaftliche Kontroverse, die niemand bestreitet, in ähnlicher Weise mit Anstand und Friedfertigkeit auszutragen.“ Alle Demokraten müssten darauf dringen, dass Konflikte stets friedlich ausgetragen werden.

Koalitionspolitiker flüchteten sich allerdings vor allem in die Ansicht, der Landtag sei für all das nicht zuständig.

Sonne aufs Dach, auch aufs landeseigene!

Der Staat sollte Vorbild sein für seine Bürgerinnen und Bürger – auch beim Thema saubere Energieversorgung. Deshalb hat die Linksfraktion die Landesregierung aufgefordert, selbst zur Nutzung von Solarenergie beizutragen (Drucksache 6/14505). Sie soll die Dächer der 4.000 landeseigenen Gebäude, die bisher weder Photovoltaik- noch Solarthermie-Anlagen tragen, auf ihre Eignung für diesen Zweck prüfen lassen. Ein Solaranlagenkataster, das es in vielen Kommunen schon gibt, soll landesweit erstellt werden. Solare Wärmenutzung soll bei Baumaßnahmen gegenüber fossilen Alternativen bevorzugt werden.

Bis Ende 2022 sollen alle Dachflächen, die geeignet sind und mit geringem Aufwand umgebaut werden können, die Sonnenenergie einfangen und Speicheranlagen damit füllen. Das soll entweder in Eigenregie geschehen – oder in der Hand von Bürgerenergiegenossenschaften oder Stadtwerken, die solche Flächen nutzen dürfen.

Marco Böhme, energie- und klimapolitischer Sprecher der Linksfraktion, stellte fest: „Was wir fordern ist kein Hexenwerk, sondern angewandte Praxis. In Thüringen wurde schon 2008 beschlossen, landeseigene Gebäude auf die Eignung für Photovoltaik-Nutzung zu prüfen, um sie

dafür zu verpachten. Die PV-Leistung landeseigener Gebäude stieg daraufhin von 30 kW im Jahr 2008 auf über 1.900 kW.“ Auch in Dresden werden in diesem Jahr erste städtische Gebäude mit solchen Anlagen bestückt.

Der Anteil der Photovoltaik an der sächsischen Stromversorgung wächst seit 2014 nur sehr langsam – auch das spricht dafür, entschlossen voranzugehen. So lassen sich außerdem Bürgerenergiegenossenschaften fördern. Sie treiben eine dezentrale, konzernunabhängige und ökologische

Energieerzeugung voran. Sie schaffen dort Wertschöpfung, wo erneuerbare Energieträger genutzt werden, und sorgen für deren Akzeptanz.

Damit der Sprung ins saubere Energiezeitalter gelingt, muss es deutlich mehr dezentrale Anlagen geben. Die CDU-geführte Regierungskoalition lehnte die Vorschläge ab und zeigt damit einmal mehr, wie fest sie sich an die Braunkohleverstromung klammert. Doch deren Ende kommt – und dann? Vorbereitung wäre angesagt, im Großen wie im Kleinen.



German Steamtanks Steamtanks / flickr.com / CC BY-NC 2.0

Schluss mit der Finanznot der Kommunen

In den Kommunen spielt das Leben – sie regeln vieles, das für unseren Alltag wichtig ist. Zu Pflichtaufgaben wie Feuerwehren, Schulwesen, Wasserversorgung oder Kulturpflege kommen freiwillige Aufgaben wie Wirtschaftsförderung, Energieversorgung, der Betrieb sozialer Einrichtungen, von Erholungsstätten oder die Sportförderung. Das und mehr können die Städte und Gemeinden aber nur erledigen, wenn sie genug Geld haben. In Sachsen haben sie in der Regel zu wenig. Denn das Finanzministerium in Dresden rechnet den Freistaat auch auf Kosten der Kommunen arm, lässt Städte und Gemeinden ausbluten – und rühmt sich dann solider Staatsfinanzen auf der Landesebene. Die Rekordzahlen im Landeshaushalt dürften vielen kommunalen Kämmerinnen und Kämmerer als Teil einer anderen Welt vorkommen. Das muss sich dringend ändern!

Die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN luden Ende August zum öffentlichen Fachgespräch über die Zukunft der Kommunalfinanzen. Während die Weichen für den Landeshaushalt 2019/2020 gestellt werden, widmeten wir uns dem Veränderungsbedarf am kommunalen Finanzausgleich, der Teil des Landes-Etats ist. Zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister waren gekommen. Prof. Dr. Gisela Färber, Professorin für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer hielt

den Einführungsvortrag. Danach nahmen Thomas Kunzmann, Bürgermeister von Lauter-Bernsbach und Mitautor des „Forderungspapiers der ‚Parteiunabhängigen Bürgermeister des Erzgebirgskreises‘“, sowie Prof. Dr. Lothar Ungerer, Bürgermeister der Stadt Meerane, zur kommunalen Sicht Stellung.

Es entwickelte sich eine rege Diskussion, denn Lösungen sind nötig. Sie bestehen nicht in Wahlgeschenken wie den symbolischen 70.000 Euro, die das Kabinett Kretschmer allen Kommunen zukommen lässt. Deren Wirkung auf die Lebensqualität vor Ort wird, vorsichtig formuliert, überschaubar sein. Wir wollen grundsätzlich an das System des Finanzausgleichs ran. Die kommunalen Gliederungen müssen stärker selbst

bestimmen können, wofür sie Geld ausgeben. Im Finanzausgleich müssen dauerhaft 400 Millionen Euro jährlich zu Gunsten der kommunalen Ebene umverteilt werden. Damit erhielte jede Gemeinde pro Einwohner und Jahr 100 Euro mehr an Schlüsselzuweisungen. Zweitens schlagen wir vor, für die Landkreise und kreisfreien Städte Regionalbudgets in Höhe von jährlich zehn Millionen Euro als frei verfügbare Mittel bereitzustellen. Das wären noch einmal 32 Euro je Einwohner. Denn nicht die Dresdner Ministerien, sondern die Menschen vor Ort wissen am besten, wo Geld fehlt.

Nun gibt es viel Material auszuwerten – über Schlussfolgerungen und Forderungen werden wir noch informieren.



Mehr Ermäßigungen für Familien!

Kennen Sie den „Sächsischen Familienpass“? Wahrscheinlich nicht – denn er führt im Freistaat ein Schattendasein, zu Unrecht. „Der Familienpass berechtigt die Inhaber mit ihren Kindern, unentgeltlich bestimmte Einrichtungen des Freistaates Sachsen – Museen, Sammlungen, Burgen und Schlösser zu besuchen.“ Das verkündet das Sozialministerium. Den Pass gibt's beim Einwohnermeldeamt, Jugendamt, im Bürgerbüro oder im Büro des Bürgermeisters, und er hängt nicht vom Einkommen ab.

Eigentlich eine gute Sache – aber warum wird sie auch nach 20 Jahren kaum genutzt? Sachsen-Anhalt hat 14.000 Familienpässe vergeben. Zum Vergleich: In Großenhain sind es bisher 15. Landesweite Zahlen existieren nicht. Und auch die Angebote, die genutzt werden könne, ist mit etwa 30 hierzulande gering. In Brandenburg sind es 650. Grund für die Misere sind die Bedingungen: Den Pass erhalten nur Eltern mit mindestens drei kindergeldberechtigenden Kindern, Alleinerziehende mit mindestens zwei kindergeldberechtigenden Kindern oder Eltern mit einem kindergeldberechtigenden Kind, wenn es eine schwere Behinderung hat. Und: Der Pass muss jährlich neu beantragt werden.

Die Linksfraktion will den Familienpass attraktiver machen (Drucksache 6/8851). Er soll schon ausgestellt werden, wenn ein Kind unter 18 Jahren bzw. mit Kindergeldanspruch im Haushalt lebt. Großeltern sollen einbezogen werden. Ein Antrag soll bis zur Selbstständigkeit des letzten Kindes genügen und über eine zentrale Stelle einfach und online besorgt werden. Die Angebote sollen ausgeweitet werden, Kommunen, Unternehmen und Vereine sollen mitmachen können. Und Sachsen sollte darauf hinarbeiten, dass Familienpässe auch in anderen Bundesländern gelten. LINKEN-Familienpolitikerin Kerstin Lauterbach forderte „eine Kampagne ‚Sachsen vergibt den Familienpass‘, damit er endlich bekannt wird.“

Und Janina Pfau, kinder- und jugendpolitische Sprecherin, sieht im Familienpass einen „kleinen Beitrag, den wir als Freistaat leisten können, um der Kinderarmut entgegenzuwirken.“ Von Armut betroffen seien auch Familien mit nur einem oder mit zwei Kindern. Der Pass sei selbst Personen, die in der Familienhilfe arbeiten, nicht bekannt.

CDU und SPD sahen keinen Handlungsbedarf. So wird der Familienpass wohl erst unter einer sozialen Regierung seine Kraft entfalten können.



Plenarspiegel

August / September 2018

Die 76. Sitzung des Landtages fand am 16. August 2018 statt. Dort brachte die Regierung ihren Entwurf für den Landeshaushalt 2019/2020 ein. Die 77. und die 78. Sitzung fanden am 5. und 6. September 2018 statt. Die Linksfraktion war mit diesen parlamentarischen Initiativen dabei:

Aktuelle Debatte

„Weltfriedenstag mahnt: Haltung zeigen in Sachsen. Für Demokratie und Frieden – gegen Hass und Gewalt.“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Stärkung des subjektiven Rechtsschutzes und der innerparteilichen Demokratie bei Wahlen zum Sächsischen Landtag“ (Drucksache 6/11223)

„Gesetz zur Weiterentwicklung des Vergaberechts im Freistaat Sachsen“ (Drucksache 6/13914)

Anträge

„Sächsischen Familienpass attraktiver ausgestalten!“ (Drucksache 6/8851)

„Sonne aufs Dach! – Solarenergienutzung auf landeseigenen Immobilien in Sachsen ausbauen!“ (Drucksache 6/14505)

Termine

Öffentliches Forum:

„Entgeltfreier ÖPNV für alle! Diskussion über entgeltfreien ÖPNV, Bürger* innentickets und steigende Fahrpreise in Leipzig“ 18. September 2018, 18 Uhr, Lindenauer Markt, Leipzig

Fachgespräch zum Entwurf der Linksfraktion für ein Integrationsgesetz

04.10.2018, 18:30 Uhr, Steinhäuser Bautzen, Steinstraße 37
08.10.2018, 18:30 Uhr, Bürgerinitiative Chemnitzer City, Projekt „All-In“, Rosenhof 18, Chemnitz
11.10.2018, 18:30 Uhr, Wir AG Dresden, Martin-Luther-Straße

Kurz gemeldet



Plakatkampagne für längeres gemeinsames Lernen gestartet

In den ersten Septembertagen ist die Linksfraktion sachsenweit mit einer Großflächenkampagne präsent. Damit werben wir für längeres gemeinsames Lernen und das Recht, Gemeinschaftsschulen als weitere Schulform zu gründen. Vor einem Jahr hatte eine von uns beauftragte Meinungsumfrage gezeigt, dass zwei Drittel der sächsischen Wählerschaft eine „Schule für alle“ befürworten und sogar drei Viertel einen Volksentscheid für längeres gemeinsames Lernen wollen. Derzeit bereitet ein zivilgesellschaftliches Bündnis einen Volksantrag dazu vor. Das Schulgesetz soll geändert werden, um die unsinnige und erzwungene Trennung der Kinder nach der 4. Klasse beenden. Nach dem Vorbild Thüringens sollen Schulen künftig selbst darüber entscheiden dürfen, ob sie eine Gemeinschaftsschule gründen. „Wir wollen eine Bildungspolitik, die sich die Überwindung der sozialen Spaltung auf die Fahne schreibt – und deshalb die klare Ansage, die ja auch von Stimmen aus dem sächsischen Handwerk unterstützt wird: Die gegliederte Schule des vergangenen Jahrhunderts steht der Zukunft Sach-

sens im Weg“, so **Fraktionschef Rico Gebhardt**, der gemeinsam mit der **Bildungspolikerin Cornelia Falken** das Motiv präsentierte.

Linksfraktion beim Tag der Sachsen in Torgau

Auch in diesem Jahr nahm die Linksfraktion am „Tag der Sachsen“ teil. In Torgau waren wir diesmal am Friedrichplatz mit einem Stand vertreten, zwischen den Ständen der Koalitions-



fraktionen. Motto der Fraktionspräsenz bei diesem Mal: Frieden – Solidarität – Toleranz – Gerechtigkeit. Thematisch erwarteten die Besucherinnen und Besucher neben einem breitgefächerten Angebot an Informationsmaterial eine Fotoaktion, ein

Quiz und ein besonderes Glücksrad: Wer sächsische Wörter versteht und richtig ins Hochdeutsche übersetzte, gewann. Fraktionschef Rico Gebhardt und weitere Abgeordnete nutzten die Gelegenheit für Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch mit dem Landessportbund, dem SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, dem Landestourismusverband oder der Verbraucherzentrale. Am Torgauer Denkmal der Begegnung, das an das Zusammentreffen der Alliierten an der Elbe am 25. April 1945 erinnert, legten Rico Gebhardt und Marco Böhme für die Fraktion einen Kranz nieder.

Aus dem Spendentopf: Hilfe für Tschernobylhilfe-Verein

Nicht nur um Diätenerhöhungen sinnvoll einzusetzen, füllen die Mitglieder der Linksfraktion einen Spendentopf. Daraus fließt Geld an Vereine, Projekte, Bürgerinitiativen und Privatpersonen. Die Abgeordneten unterstützen vor allem Kinder- und Jugendarbeit, Demokratieprojekte, soziale, kulturelle, sportliche und interkulturelle Initiativen. So übergab der **Landtagsabgeordnete Heiko Kosel** eine Spende in Höhe von 200 Euro an die Tschernobyl-Initiative des Vereins Gesellschaft Sachsen-Osteuropa e.V. in Bautzen. Dieser lädt jährlich Kinder aus der Gegend um Tschernobyl zur Erholung ein. Diesmal waren 14 Kinder von 9-15 Jahren der Tanzgruppe „Milawitza“ aus Buda Koschelewo in der Region. Bis heute leidet die dortige Bevölkerung unter den gesundheitlichen Folgen der Katastrophe.



Jana Pinka auf Sommer(Kultur)Tour

Von Dr. Jana Pinka, Sprecherin für Umweltschutz und Ressourcenpolitik

Im August war ich unter dem Motto „Kultur: -Schätze suchen, -Orte bekannt machen, -Regionen verbinden“ in zwölf Städten und Ortsteilen der Erzgebirgsregion Mittelsachsen unterwegs.

Beim Wandern durch die Natur über- und untertage, aber vor allem während der vielen Gespräche mit engagierten und kreativen Menschen gewann ich viele Erkenntnisse für die Arbeit unserer Fraktion im Landtag. Wandern ist eine Kulturtechnik, die neue Kultur entdecken lässt – gestalterische, musische, Bergmannskultur, Gedenkkultur, Gesprächskultur ... Und so führte mich der Weg zum Beispiel in die Sommergalerie Hofefeld in Frauenstein, das Freiburger Stadt- und Bergbaumuseum oder ins Besucherbergwerk „Trau-

auf Gott Erbstollen“ in Lichtenberg. Die Grüne Schule grenzenlos versucht unermüdlich, den Naturgedanken, Naturschutz sowie die naturnahe Bildung deutschen und tschechischen Kindern und Jugendlichen zu vermitteln. Während der Wanderung auf dem Kunsterlebnisweg in Frauenstein erläuterten mir die Wanderwegewarte ihre Bemühungen, die Nachbarregionen zu verbinden. Das gelingt mit dem Geopark-Projekt bereits etwas besser. Hier beteiligen sich mehrere Gemein-

den an einem touristischen Konzept. Ich danke allen, die mir einen neuen Blick auf Unbekanntes ermöglichten!

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

